Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
# 1946

61 (30.7.1946)

Visual Library

# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH.
Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53.
Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang | Karlsruhe, Dienstag, 30. Juli 1946 | Nummer 61

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksaug. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.


# Auftakt der großen Friedenskonferenz

**Attlee führt englische Abordnung — Der Anfang, nicht das Ende der Friedensbemühungen — Auch Bidault für deutsche Wirtschaftseinheit**
**Für Einhaltung der Potsdamer Vereinbarungen**

Die DANA gibt unter dem 29. Juli folgende Meldungen:

**Paris.** Die Stellvertreter der Außenminister der vier Großmächte trafen am Sonntag Abend noch einmal zusammen, um die letzten Vorbereitungen zur Eröffnung der allgemeinen Friedenskonferenz zu treffen. Der französische Ministerpräsident Georges Bidault eröffnete am Montag formell die Konferenz der 21 Nationen.

Bidault hieß die Delegierten im Namen Frankreichs willkommen und sagte u. a.: „Wir sind überzeugt, daß alle Nationen in Eintracht und im Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit an der wichtigen Aufgabe mitarbeiten werden, die ihnen übertragen wurde." Zum zweiten Male seien in 30 Jahren die Vertreter der Regierungen der Welt in Frankreich zusammengekommen, um über den Frieden zu beraten. „Frankreich ist sich dieser hohen Ehre doppelt bewußt. Zum zweiten Male befindet sich Frankreich in der vordersten Front der Nationen, die für die Demokratie kämpften."

Nach dem Hinweis, daß Versailles nicht den Ausbruch eines neuen und noch schlimmeren Krieges verhindert hätte, fuhr Bidault fort: „Die Schwierigkeiten sind ungeheuer. Es ist nicht mehr als recht, daß die Entscheidungen der Außenminister den anderen Ländern zur umfassenden Erörterung vorgelegt werden. Die Grundlagen, auf denen während dieser Konferenz die Diskussionen geführt werden sollen, werden so weit wie möglich sein."

Im Laufe des Sonntag kamen Delegierte und weitere Konferenzteilnehmer aus allen Teilen der Welt in der französischen Hauptstadt an. Der britische Premierminister Attlee, dr au Stelle des erkrankten Außenministers Bevin die Abordnung Großbritanniens auf der Friedenskonferenz führt, landete um 16 Uhr auf dem Flugplatz le Bourget. Kurz vorher war bereits der amerikanische Außenminister Byrnes in Begleitung seiner Gattin auf dem Flughafen Orly eingetroffen.

## Aufgabe und Verfahren der Konferenz

Die von den Ver. Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion und Frankreich einberufene Konferenz gibt den 17 eingeladenen Nationen die Gelegenheit, Vorschläge für die Friedensverträge mit den einzelnen ehemaligen Feindstaaten zu unterbreiten. Die vier Großmächte, die während der vergangenen Monate die Friedensvertragsentwürfe ausgearbeitet haben, werden diese endgültig fertigstellen und unterzeichnen, nachdem sie die Ansichten der übrigen 17 Nationen gehört haben. Die Unterzeichnung der Friedensverträge durch die anderen 17 Mächte ist nicht notwendig, obgleich diese dazu aufgefordert werden; auch wenn kleinere Nationen sich weigern, zu unterzeichnen, werden die Friedensverträge in Kraft treten.

**Friedensbestimmungen für Deutschland später**

Die Konferenz wird sich nicht mit der Frage der Friedensbestimmungen für Deutschland, Österreich, Japan und Korea befassen, da bisher noch keine Entwürfe ausgearbeitet worden sind.

Ministerpräsident Bidault wird mit einer Begrüßungsansprache die Konferenz eröffnen. Als wichtige Verfahrensfrage muß zunächst entschieden werden, ob ein ständiger Präsident aus einer der Teilnehmernationen gewählt werden soll, oder ob dieses Amt entweder von den vier Großmächten oder von allen 21 Nationen abwechselnd übernommen werden soll. Ein anderer wichtiger Punkt ist die Entscheidung darüber, ob eine Zweidrittelmehrheit oder eine einfache Mehrheit für die Beschlüsse der Konferenz entscheidend sein soll.

## Erklärungen der Staatsmänner

**Washington.** „Die Pariser Konferenz soll der Anfang und nicht das Ende der Bemühungen zur Herstellung des Friedens sein", heißt es in einer Erklärung Außenminister Byrnes, die Senator Tom Vonally am Samstag im Rundfunk verlas. „Ich glaube, daß die Hoffnung, einen neuen und furchtbaren Krieg zu vermeiden, größtenteils davon abhängt, wie rasch es uns gelingt, die nach dem Krieg gebliebenen Spannungen zu beseitigen. Nach Monaten dauernder Anstrengung bin ich davon überzeugt, daß wir auf dem Weg zurück zum Frieden sind."

**Paris.** Byrnes sagte bei anderer Gelegenheit, die Ver. Staaten würden auf der Konferenz für die Friedensvertragsentwürfe eintreten, über welche die Außenminister der vier Großmächte bereits Uebereinstimmung erzielt hätten. Amerika behalte sich jedoch das Recht vor, seine Einstellung in solchen Fragen zu ändern, die bisher nicht durch gemeinsamen Beschluß der vier Außenminister geregelt worden seien.

Präsident Truman erklärte in einer kurzen Ansprache anläßlich Byrnes Abreise nach Paris auf dem Flughafen: „Die Vereinigten Staaten stehen hinter Mr. Byrnes in seinen Anstrengungen, einen gerechten Frieden für die Welt zu erreichen, einen Frieden, der auf den Grundsätzen der Atlantik-Charta und der Charta der Vereinten Nationen aufgebaut ist, zu denen sich unser Land jetzt und in aller Zukunft bekennt."

Edwin Pauley, Trumans persönlicher Berater in Reparationsfragen, erklärte in einer Rundfunkansprache: „Der gegenwärtige Zustand ist ein kritischer Punkt auf dem Wege zu einem dauerhaften Frieden" und wies auf die Notwendigkeit hin, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Pauley erklärte erneut, daß die Alliierten Gefahr laufen würden, in die Fehler nach dem ersten Weltkrieg zu verfallen, wenn sie die Vereinbarungen von Potsdam nicht beachten. „Wenn wir aber nach den Potsdamer Beschlüssen handeln", fuhr Pauley fort, „und die Reparationsklauseln gerecht und weise anwenden, werden wir die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden geschaffen haben."

Dr. Evatt, der australische Außenminister, erklärte, der Friede müsse durch Anwendung demokratischer Methoden zustandekommen. „Jede Nation", führte er weiter aus, „die den Krieg gewinnen half, soll mit gleichen Rechten an den Friedensabschlüssen beteiligt sein."

**St. Etienne.** Ministerpräsident Bidault erklärte am Sonntag in St. Etienne: „Deutschlands Bestehen ist eine Tatsache und es kann nicht als ein schwarzes Loch in der Mitte Europas betrachtet werden. Es besteht kein Zweifel, daß Berlin die Hauptstadt bleiben wird, was auch immer die Alliierten aus Deutschland machen werden. Frankreich unterstützt die völlige Entwaffnung und Entnazifizierung Deutschlands, seine verwaltungstechnische und politische Dezentralisation sowie die Errichtung einer demokratischen Regierung. Frankreich ist bereit, Deutschland mit Ausnahme des Saargebietes als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Jede Zentralverwaltung aber würde unserer Sicherheit widersprechen, ehe nicht Deutschlands Grenzen endgültig festgelegt sind". Bidault fügte abschließend hinzu, daß die französische Politik nur die nationalen Interessen Frankreichs vertrete.

General de Gaulle sprach sich für eine enge Verbindung zwischen Frankreich und Großbritannien aus. Diese Verbindung sei eine Voraussetzung für die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Kräfte in der Welt.

Ministerpräsident McKenzie King stellte fest: „Für die künftige Sicherheit Kanadas ist es unerläßlich, daß die Friedensregelung, die wir hier vornehmen wollen, eine gerechte und dauerhafte sein wird."

## Vor Veröffentlichung der Friedensvertragsentwürfe

**Paris.** Der vollständige Wortlaut der Friedensvertragsentwürfe wird, wie nach einer Sitzung der stellvertretenden Außenminister am Montag nachmittag bekanntgegeben wurde, am Dienstag um Mitternacht gleichzeitig in Paris, London, Washington und Moskau veröffentlicht werden. Den einzelnen Delegationen, die an der Friedenskonferenz teilnehmen, wurden die Entwürfe bereits am Montag zugestellt.

## Rußland unterstützt Tschechei

„Rußland wird die tschechoslowakischen Forderungen auf der Pariser Friedenskonferenz unterstützen", wurde am Freitag von der Regierung in Prag bekanntgegeben. Das Kommunique deutet an, daß Rußland vor allem die volle Unterstützung gegen Grenzenberichtigungen zugunsten Ungarns gewähren wird. Es wird ferner hinzugefügt, daß die Sowjet-Union und die Tschechoslowakei ein Abkommen über das beschlagnahmte deutsche Eigentum in der Tschechoslowakei, unter dem sich auch die synthetische Treibstoffabrik „Stalinwerke" befindet, getroffen haben. (AP)

## Die kleinen Nationen in Paris

**Paris.** Außenminister Byrnes erklärte am 28. Juli vor Pressevertretern, er werde jeden Versuch einer der kleinen Teilnehmernationen begrüßen, die Probleme einer Friedensregelung mit Deutschland und Oesterreich ebenfalls auf der Konferenz zu erörtern. Er persönlich beabsichtige nicht, die deutsche und die österreichische Frage wieder zur Sprache zu bringen. Nach den in Moskau getroffenen Vereinbarungen habe die Pariser Konferenz lediglich den Zweck, die Friedensverträge mit Italien, Finnland und den Balkanstaaten zu erörtern. Die Ver. Staaten hätten dieser Abmachung zugestimmt und könnten daher von sich aus die Frage Deutschlands und Oesterreichs nicht vorbringen. Die 17 sogenannten kleinen Nationen seien dagegen nicht ausschließlich an die Erörterung der fünf Friedensverträge gebunden. Ueberhaupt solle den kleinen Nationen jede Möglichkeit gegeben werden, ihre Ansichten darzulegen.

## Gegen Mißbrauch des Vetorechts

**Paris.** „Die Anwendung des Vetorechts im Sicherheitsrat der Ver. Nationen ist ein unerwünschter, aber notwendiger Schritt auf dem Wege zu einer freien Weltorganisation", erklärte der französische Delegierte beim Weltsicherheitsrat, Alexander Parodi. „Im Prinzip", führte Parodi aus, „ist Frankreich gegen den alleinigen Gebrauch des Vetorechts. Das Vetorecht ist jedoch ein wesentlicher Bestandteil der Charta der Ver. Nationen; denn es garantiert die moralische Unabhängigkeit der Großmächte." Der französische Delegierte warnte dann vor einem Mißbrauch des Vetorechts und schloß: „Sobald das Vertrauen zwischen den einzelnen Ländern voll hergestellt ist, wird das Vetorecht selten zur Anwendung gebracht werden und nicht die Arbeit der Vereinten Nationen lahmlegen." (INS)

## De Gaulle für föderatives Deutschland

**Bar-Le-Duc, 29. Juli.** (DANA) General de Gaulle erklärte am Sonntag in seiner zweiten öffentlichen Rede seit dem vergangenen Januar, daß die beste Lösung ein aus neun föderativen Staaten bestehendes Deutschland sei, mit Oder als Ost- und Rhein als Westgrenze. „Das Ruhrgebiet muß unter internationale Kontrolle gestellt werden, damit die Kohle zwischen Deutschland und den anderen bedürftigen Ländern aufgeteilt werden kann."

Zur Frage der Außenpolitik erklärte der General, daß das Gleichgewicht der Kräfte durch eine enge Verbundenheit zwischen Frankreich und Großbritannien hergestellt werden müsse.

## USA gegen Sowjetpolitik in Ungarn

**Washington, 29. Juli.** (AP) Der Botschafter der Ver. Staaten in Moskau, Bedell Smith, überreichte dem sowjetischen Außenminister Molotow im Namen der amerikanischen Regierung am Freitag ein Schreiben, worin der Sowjetunion vorgeworfen wird, Ungarn Lebensmittel und lebenswichtige industrielle Rohstoffe zu entziehen. Die Sowjetunion wird darin aufgefordert, zusammen mit den Ver. Staaten und Großbritannien das wirtschaftliche Chaos in Ungarn zu überwinden. In dem Brief wird ferner zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjets sich nicht an die im Yalta-Abkommen aufgestellten Grundsätze halten, die ehemals mit Deutschland verbündeten Staaten bei der Lösung ihrer vordringlichen wirtschaftlichen Probleme zu unterstützen.

# Weltlebensmittelvorräte u. Ernteaussichten

**Washington, 29. Juli.** (AP) Das Landwirtschaftsministerium der Ver. Staaten sagt in einem Bericht an Präsident Trumans Komitee zur Bekämpfung der Welternährungskrise für das Erntejahr 1946/47 einen ungewöhnlichen Tiefstand der Lebensmittellage der Welt voraus. Der Ernteertrag werde größer sein als im Erntejahr 1945/46, aber dieser Zuwachs werde durch den stärkeren Rückgang der Reserven zum größten Teil wieder aufgehoben.

Die Weizenernte werde nach vorliegenden Meldungen einen Stand von 5 900 000 000 Bushel erreichen. Im vorigen Jahr war der Ernteertrag 5 200 000 000 Bushel. Für Nordamerika wird eine Rekordernte erwartet. In Afrika und der Türkei ist die Weizenproduktion gestiegen. Die Ernte in Europa wird nach eine Bericht des Ministeriums fast 90 Prozent der Vorkriegsjahre erbringen. Im Erntejahr 1945/46 waren es etwa 80 Prozent. Brotgetreide sind noch knapp. Die Welternte in Mais und Roggen soll besser sein als die des vorigen Jahres, aber doch noch unter dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre liegen. Im ganzen gesehen sind die Ernteaussichten 1946/47 wie folgt:

1. Die Welternte wird größer sein als die der vergangenen Jahre. Die Ver. Staaten werden ihre Produktion um ein Viertel steigern können.
2. Die Fett- und Oelvorräte werden nach vorliegenden Meldungen bei weitem nicht für die Befriedigung des Bedarfs ausreichen.
3. Die Weltvorräte an Fleisch, Milcherzeugnissen und Eiern werden infolge Futtermangels voraussichtlich geringer sein als im Jahre 1945/46. In den Ver. Staaten wird eine Rekordernte in Futtermitteln vorausgesehen. In Japan wird wegen Mangels an Düngemitteln die Ernte unter dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre bleiben. Die Ernteerträge in der Sowjetunion sind nach den vorliegenden Berichten erheblich besser als vor einem Jahr, liegen aber auch unter dem Vorkriegsniveau. Am 1. Juli waren die Ernteaussichten in Amerika nach einem Bericht des Ministeriums besser als je zuvor, mit Ausnahme des Jahres 1942, obwohl geringere Vorräte an Brotgetreide vorhanden sind und weniger Fleisch, Eier und Milchprodukte in Aussicht stehen.

## Sonderzuteilungen für die Bergleute der US-Zone

**Wiesbaden, 29. Juli.** (DANA) Vom 1. August ab erhalten nach Mitteilung des großhessischen Wirtschaftsministeriums alle Bergleute in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands zwecks Steigerung der täglichen Förderungsleistung Sonderzuteilungen in der Form von Reise-Lebensmittelmarken sowie Schnaps und Tabak in natura, die von den verantwortlichen Betriebsleitern der Zeche ausgegeben werden.

## Keine Sonderkarten für ausländische Lebensmittel

**Stuttgart, 29. Juli.** (DANA) Nach einer Meldung von Radio Hamburg sollte beabsichtigt sein, Lebensmittel, die aus dem Auslande eingeführt werden, in Zukunft nur noch auf eine Sonderkarte an die deutsche Zivilbevölkerung in der amerikanischen Zone auszugeben. Beim Kauf einheimischer Lebensmittel, also aus deutscher Erzeugung, sollten dieser Meldung zufolge nur die allgemeinen deutschen Lebensmittelkarten gelten.

Diese Meldung ist, wie aus einer Mitteilung der zuständigen Stelle des Länderrats hervorgeht, nicht zutreffend. Es ist lediglich geplant, bei den nach der diesjährigen Ernte herauszugebenden Lebensmittelkarten die aus deutschen Erzeugnissen stammenden Lebensmittelzuteilungen besonders abzugrenzen. Diese Rationen sollen im kommenden Zuteilungsjahr ständig auf der gleichen Höhe bleiben und betragen, wie der Arbeitsstab Statistik des Sonderbevollmächtigten für Ernährung und Landwirtschaft in der amerikanischen Zone mitteilt, zwischen 900—1000 Kalorien täglich.

Die aus dem Ausland stammenden Lebensmittellieferungen, die mit den deutschen Erzeugnissen die Gesamtzuteilung für die Verbraucher bilden, werden auf den Lebensmittelkarten ebenfalls besonders kenntlich gemacht und jeweils vor Beginn der fälligen Lebensmittelzuteilungsperiode aufgerufen.

Radio Hamburg meldete weiterhin, daß in einer Konferenz der Ernährungsminister der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone am 31. Juli die Neufestsetzung der Rationen in der amerikanischen Zone besprochen werden solle. Auch diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Bei dem beabsichtigten Treffen der drei Ernährungsminister am Mittwoch, 31. Juli, handelt es sich um eine Hauptausschußsitzung des Länderrats, bei der lediglich Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugung behandelt werden sollen.

## Erhöhung der Fleischversorgung

**Berlin, 29. Juli.** (DANA) Die Fleischversorgung in der amerikanischen Zone Deutschlands wird durch die Abschlachtung von 256 000 Rindern erhöht werden. Diese Schlachtungen erfolgen, wie der amerikanischen Militärregierung durch General Lucius D. Clay bekanntgegeben wurde, zusätzlich zu den bisher schon zur Schlachtung freigegebenen Tieren, da sich in der amerikanischen Zone mehr Vieh befindet als auf Grund der Futtermittellage gehalten werden kann. Eine kürzlich vorgenommene Prüfung hat außerdem gezeigt, daß weniger Vieh geschlachtet worden ist, als genehmigt wurde. Etwa 16 Prozent des Rindviehbestandes waren zur Schlachtung freigegeben worden, während nur rund 13 Prozent tatsächlich geschlachtet wurden.

Ein Teil des durch die erhöhte Schlachtquote anfallenden Fleisches wird für den Verbrauch im kommenden Winter konserviert werden. Aus General Clays Bericht geht weiter hervor, daß bis Ende des Jahres rund 100 000 Stück Vieh für den Interzonenhandel zur Verfügung stehen werden. Von den 13 000 Stück Vieh, die an die Sowjet-Zone verkauft wurden, ist die Hälfte bereits geliefert worden.

# Zum Verhältnis Württemberg-Baden

Zu den Ausführungen von Oberbürgermeister Veit, Karlsruhe, in der verfassunggebenden Landesversammlung über das Verhältnis Württemberg—Baden (Nr. 59 BNN) sendet uns Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier folgende auszugsweise Abschrift aus der am 19. Juli in der Landesversammlung abgegebenen Regierungserklärung:

„Noch ein kurzes Wort zur Frage Württemberg — Baden. Es sind Worte der Kritik gefallen, Worte verfrühter Kritik und damit unberechtigter Kritik. Meine sehr verehrten Abgeordneten, die Badener haben durch die gegenwärtige Vereinigung einen großen Vorteil erreicht, nämlich den Vorteil, für die übergroßen Nöte des Tages und die Nöte der Gegenwart einen neuen Sündenbock gefunden zu haben. (Heiterkeit.) Berlin ist so fern und Stuttgart ist nahe gerückt (sehr gut!) und so naheliegend ist nun ein Schuttabladen auf Stuttgart geworden. Meine Herren, sehen wir doch die Dinge, wie sie sind. Die allerwichtigsten Ministerien sind von uns vertrauensvoll in die Hände von badischen Männern gelegt worden. Das wichtige Gebiet der Arbeit, das wichtige Gebiet der Finanzen, das wichtige und allumfassende Gebiet der Wirtschaft von Nordwürttemberg—Nordbaden, liegen in den Händen von badischen Männern und zur Uebertragung weiterer sehr wichtiger zentraler Staatsaufgaben an badische Herren ist es nur deshalb nicht gekommen, weil die Badener abwehrend die Arme erhoben haben: Laßt, liebe Schwaben, ab mit Eurem Segen! (Heiterkeit.)

Meine sehr verehrten Abgeordneten, es geht in der Frage Württemberg—Baden, wie Herr Dr. Keßler eben so eindrucksvoll gesagt hat, wahrhaftig um mehr als um den Streit der Landeswirtschaftsämter, um die Verteilung von Kochtöpfen, um die Verteilung von hüben und drüben nicht vorhandener Mangelartikel, es geht um die Schaffung eines haltbaren, unzerreißbaren Bausteins für das neue Deutschland, darum, eine Verfassung zu schaffen, in welcher alle Deutschen zwischen dem Odenwald und dem Oberrhein, zwischen dem Taubergrund und dem Bodensee ihre endgültige politische Heimat finden können, die sie sich nicht mehr entreißen lassen wollen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)"

Im Anschluß an die vorstehende Regierungserklärung dürften folgende Ausführungen von Interesse sein, die wir der Rede entnehmen, die der CDU-Abgeordnete, Bürgermeister Kaufmann, Ettlingen, am 19. Juli vor der Landesversammlung hielt:

**„Zum Verhältnis der Landesteile Baden und Württemberg** spricht sich der vorliegende Verfassungsentwurf nicht ausreichend klar aus. Es wird notwendig sein, im Verfassungsausschuß eine klarere Formulierung der Gleichberechtigung beider Landesteile zu finden. Die bisherigen praktischen Erfahrungen in den einzelnen Landesdirektorien werden dazu helfen müssen.

Je mehr in dieser Hinsicht Konfliktsgründe von vornherein ausgeräumt werden können, desto rascher wird das erwünschte organische Zusammenwachsen möglich sein.

Es handelt sich hier bei dem noch bestehenden Konflikt um ganz konkrete praktische Fälle und keineswegs um königlichen und großherzoglichen Lokalpatriotismus, wie Dr. Heuß meint. Ich war von vornherein dieser Zwangs- oder Vernunftehe gut Freund. Vernunftehen bringen erfahrungsgemäß weniger Ehescheidungen als die sogenannten Liebesehen. Aber es müssen klarste Verträge entstehen und loyalste Handhabung. Die verehrliche Ministerial-Bürokratie wird das lernen müssen."

# Wirtschaftseinheit britische und US-Zone

**Britische Regierung nahm USA-Vorschlag prinzipiell an**

**Washington, 29. Juli.** (DANA) Das amrikanische Außenministerium gab am Montag bekannt, daß die britische Regierung den Vorschlag Außenminister Byrnes auf Zusammenschluß der übrigen Besatzungszonen Deutschlands mit der amerikanischen Zone zu einer wirtschaftlichen Einheit „im Prinzip" angenommen hat.

**London, 29. Juli.** (DANA) Staatsminister Noel Baker gab im Unterhaus bekannt, daß die wirtschaftliche Einheit der britischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands hergestellt werden wird. Baker erklärte, die britische Regierung habe sich entschlossen, das amerikanische Angebot zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der amerikanischen und den übrigen Besatzungszonen Deutschlands grundsätzlich anzunehmen. Britische Beamte seien beauftragt worden, sich mit den zuständigen amerikanischen Stellen in Verbindung zu setzen, um die Errichtung einer gemeinsamen Verwaltung für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Finanzwesen in beiden Zonen zu diskutieren.

**Stuttgart, 29. Juli.** (DANA) Offiziere des Koordinierungsamtes der amerikanischen Militärregierung beim Länderrat und drei hohe Offiziere der britischen Militärregierung berieten am 26. Juli über eine Zusammenfassung der britischen und amerikanischen Zone.

Durch die vorgesehene Umorganisierung der zahlreichen Verwaltungsbezirke der britischen Zone in drei oder höchstens fünf größere Länder, so wurde bei den Beratungen zum Ausdruck gebracht, würde die Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zone stark erleichtert werden. Im Augenblick müsse die Zusammenfassung der Zonen eher in einer Verstärkung der Beziehungen als in einer verwaltungsmäßigen Vereinigung bestehen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der fortschreitenden Zusammenfassung, so sagte ein amerikanischer Offizier, würden sich erst allmählich bemerkbar machen.

## Gegen Fortsetzung der UNRRA-Tätigkeit

**Washington, 29. Juli.** (DANA) Auch die Ver. Staaten und Kanada haben sich nach einer Meldung des britischen Rundfunks nunmehr entschlossen, auf dem Genfer UNRRA-Treffen gegen eine Fortsetzung der UNRRA-Tätigkeit im kommenden Jahr Stellung zu nehmen, nachdem Großbritannien diese Absicht bereits am Freitag dem amerikanischen Außenministerium mitgeteilt hatte. William Clayton, Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium und Leiter der Delegation der Ver. Staaten für die Genfer Tagung, erklärte in diesem Zusammenhang, daß es nicht möglich sei, die hilfsbedürftigen Nationen auf die Dauer durch eine internationale Organisation zu bevormunden.

DANA funkt:

# Aus aller Welt

**London.** Ein Plan des anglo-amerikanischen Palästina-Ausschusses, der die Aufteilung Palästinas in gesonderte jüdische und arabische Provinzen unter einer Bundesregierung vorsieht, wurde von der britischen Regierung als „Verhandlungsgrundlage" gebilligt. (AP)

**Moskau.** Die Rationierung von Brot, Mehl und Getreideerzeugnissen wird, wie der Moskauer Rundfunk am Samstag bekanntgab, in diesem Herbst in der ganzen Sowjetunion aufgehoben werden.

**Washington.** Das Repräsentantenhaus nahm am Freitag ein Kompromißgesetz an, wonach die staatliche Kontrolle der Atomenergie einer Kommission überantwortet wird, die nur aus fünf Zivilpersonen besteht. Das Gesetz wird nunmehr dem Senat als letzte Instanz des Kongresses unterbreitet. (AP)

# Letzte Neuigkeiten

**Wiesbaden, 30. Juli.** (DANA) Der Leiter der Militärregierung für Groß-Hessen, Oberst James R. Newman, hat gestern Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler ermächtigt, das Rücktrittsgesuch des ehemaligen Innenministers Hans Venedey anzunehmen. Die Geschäfte des Innenministeriums werden zur Zeit von Dr. Valentin Heckert wahrgenommen (KPD).

**München, 30. Juli.** (DANA) Der Kommunistischen Partei im Stadtkreis München war es für die Zeit vom 21. bis 27. Juli 1946 von der Militärregierung für Bayern verboten, politische Versammlungen abzuhalten. — Die KPD hatte wiederholt die Anordnungen der Militärregierung nicht befolgt, wonach vor Abhaltung von politischen Versammlungen die Erlaubnis der Militärregierung eingeholt werden muß.

## Reparationsleistungen an Frankreich

**Paris, 29. Juli.** (DANA) Die vor kurzem ergangene amerikanische Anordnung, alle Reparationsleistungen aus der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland einzustellen, bezieht sich, wie am Donnerstag in Paris amtlich bekanntgegeben wurde, nicht auf die Reparationslieferungen an Frankreich. Die Frankreich von der internationalen Reparationskommission zugesprochenen Fabrikanlagen in der amerikanischen Zone seien, wie die französische Presseagentur erklärend hinzufügt, noch vor Erlaß der amerikanischen Anordnung für verfügbar erklärt worden.

## Fünf Jahre Ehrverlust für Flandin

**Versailles, 29. Juli.** (DANA) Pierre Etienne Flandin, ehemaliger Vichy-Außenminister, wurde am Freitag vom Versailler Gerichtshof zu fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Das Gericht erläuterte den Spruch dahin, daß er eine Verurteilung im „Prinzip" in Wirklichkeit jedoch einen Freispruch darstelle. Flandins Tätigkeit als Außenminister Petains sei keine „Zusammenarbeit mit dem Feinde" gewesen, er sei nur im „Prinzip" verurteilt worden, „da die mit dem Urteilsspruch verbundenen Strafmaßnahmen nicht angewandt werden würden". Bei der Urteilsbegründung erwähnte das Gericht das Zeugnis Randolph Churchills, des Sohnes des früheren britischen Ministerpräsidenten, daß die Alliierten Flandins Bemühungen zu Gunsten ihrer Sache gewürdigt hätten.

In seinem Plädoyer für Flandin hatte sein Verteidiger, Camille Grassin, erklärt: „Ich bitte in Erwägung zu ziehen, welches die Folgen gewesen wären, wenn mein Mandant den Eintritt in die Regierung Petains abgelehnt und Laval seine verhängnisvolle Politik hätte weiterführen lassen." Er erklärte ferner, indem er auf die Ende 1940 zwischen Vichy und der britischen Regierung gepflogenen Verhandlungen Bezug nahm, daß, wenn diese Verhandlungen auch zu keinem Erfolge führten, Flandin Grund zu der Annahme hatte, daß er nach seinem Eintritt in die Petain-Regierung der Sache der Alliierten nützen könne. Flandins Bemühungen sei es auch zu verdanken, daß die Blockade gelockert und Frankreich vor dem äußersten Elend bewahrt wurde.

„Diese Verhandlungen", sagte der Verteidiger, „sind allein hinreichend, um Flandin von der gegen ihn erhobenen abscheulichen Verleumdung zu befreien". Flandins kurze Tätigkeit als Vichy-Außenminister vom 15. Dezember 1940 bis zum 8. Februar 1941 hat Frankreich, nach den Worten Grassins „Die Schande eines Militärbündnisses mit Deutschland erspart", denn Flandins erste und bedeutendste Aufgabe sei es gewesen, die zwischen Laval und den Deutschen begonnenen Verhandlungen abzubrechen, die sonst den Deutschen die Benutzung der französischen Mittelmeer- und nordafrikanischen Häfen gesichert hätten.


BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Demokratie und Toleranz

Von Theodor Zwecker

Kein Wort wird jetzt so oft und leidenschaftlich gesprochen wie das Wort Demokratie. Es ist Vorzug und Tragik der Demokratie zugleich, daß die Toleranz einen ihrer Wesenszüge darstellt. Duldung der gegnerischen Ansichten, Gleichberechtigung innerhalb des politischen Wettbewerbs, Verständnis für freie Diskussion, das sind ihre unbestrittenen Vorzüge. „Demokratie ist Diskussion" definierte der große Demokrat Masaryk. Und in der Tat wird in der Demokratie viel diskutiert. Der Faschismus kennt keine Diskussion oder Gleichberechtigung. Hier wird nach dem Führerprinzip entschieden. Aber gerade diese Vorzüge wie: freie Diskussion und Gleichberechtigung waren es, die eine Minderheit faschistischer Despoten mißbrauchte, um ihre dunklen Ziele in die Tat umzusetzen. In jener Zeit hatte der Begriff Demokratie verzweifelt ausgesehen. Es herrschte das Gefühl, Demokratie ist etwas so Verstaubtes, Behäbiges und Kampfunentschlossenes, daß es sich nicht lohnt, dafür zu kämpfen und einzusetzen. Eine solche Idee, für die wir nicht zu sterben bereit sind, kann auch nicht leben. Eine Demokratie, die aufhört zu kämpfen, gibt sich in Wahrheit selbst verloren, und dies war in der ersten Republik der Fall. Die Faschisten haben die Toleranz oder die Verwelkung der Demokratie ausgenutzt. Sie sind gegen die Demokratie Sturm gelaufen und haben, gefördert durch manche politischen Auswüchse früherer Jahre, einen sehr großen Teil unseres Volkes für sich gewonnen. So gelang es dann den Söldnern des Kapitals, mit Hilfe dieser Toleranz sich in den Besitz der Macht zu setzen.

So viele wollten damals nicht glauben oder annehmen, wie nahe die Gefahr lag, und haben so durch Toleranz dazu verholfen, die Gewerkschaften und die demokratischen Parteien zu zerschlagen. Viele von uns haben aus diesen Erfahrungen gelernt oder sollten wenigstens gelernt haben. Wenn wir uns jedoch im Kreise unserer Mitkämpfer für die Demokratie umblicken, erkennen wir aber einige, die den Ernst der Lage immer noch nicht begriffen haben. Die Lehre, die wir aus dem Wesen des Faschismus und des braunen Mordregimes empfangen haben, kann nur lauten: Die Rechte, die die Demokratie ihren Bürgern gewährt, können nur jenen zugebilligt werden, die sich der Pflichten gegenüber der Demokratie auch bewußt sind. Die zweite Lehre kann nur heißen: Unser neuer demokratischer Staat muß mit allen Vollmachten ausgestattet sein, um gegen seine Feinde rasch, rücksichtslos und unerbittlich vorgehen zu können. Wir wollen keine Bespitzelungen oder Konzentrationslager nach Nazimethoden, aber wer sich gegen die Demokratie und Menschenrechte verstößt, muß nach vorsorglichen Gesetzen bestraft werden.

Es wird in bedeutendem Maße davon abhängen, in welcher Weise es gelingen wird, die demokratischen Grundrechte zu sichern. Es soll eine neue Demokratie mit Kraft werden, die sich durch ihre staatliche Gesetzgebung und Verwaltung Achtung im Volke und der Welt verschafft. Wir wollen eine Demokratie, gegen deren Grundsätze man nicht ungestraft sündigen darf. Sie soll sozial und progressiv sein, aber stark genug, um mit jedem inneren Gegner fertig zu werden. Dies ist der Wunsch der Arbeiterschaft; sie wird in erster Linie das Fundament sein, auf dem sich die positiven Kräfte in freier politischer Entfaltung aufbauen. Die Schaffenden werden die Hüter wahrer Demokratie sein. Wer sich gegen die Grundsätze der Demokratie versündigt, ist ein Verräter am Neuwerden der menschlichen Gesellschaft. Es darf keine demokratischen Rechte für die Feinde der Demokratie geben. Wer mit aller Brutalität die Freiheit unterdrückt hat oder aktiv bei der Beseitigung der Demokratie mitwirkte, kann nicht ungesühnt das Recht auf Wohlwollen in Anspruch nehmen.

Wir müssen deshalb wachsam bleiben und alle die Kreise gut beobachten, die schon wieder vergessen haben, welcher Verbrechen sie mitschuldig geworden sind. Wir müssen sorgen, daß sie sich nicht nochmals erheben. Denn schon keimen in den Kreisen, die in den gerade überwundenen Ideen verfangen waren, neue Hoffnungen, über kurz oder lang durch die Spielregeln der Demokratie die Möglichkeit zu haben, das machtpolitische und verbrecherische Spiel von einst zu wiederholen. Dies würde neuerlich den Sturz der Demokratie bedeuten.

Das tragische Spiel ist aus. Das Dritte Reich, das grausamste und barbarischste Regime der Kriegsbrandstifter und des Massenmordes liegt zerschmettert am Boden; aber noch immer lebt der Ungeist des Nazismus und des Faschismus. Er wirbt an den Stammtischen und höheren Schulen, wo sich die letzten zwölf Jahre das intellektuelle Mittelständlertum in ekelhaften Haßorgien gegen den Marxismus austoben durfte. Alle erdenklichen Gerüchte werden wieder ins Volk getragen und die Gemüter aufgeputscht.

Dieser Ungeist kann die Bedeutung und Tragweite gewisser Ereignisse nicht abschätzen. Wenn zwei fremde Staatsmänner in Auseinandersetzung geraten, hört er schon die Waffen klirren und glaubt, politische und ökonomische Gegensätze, die auftreten, seien nicht anders auszutragen als mit Blut und Eisen. Daraus entstehen dann die Gerüchte. Wer hat den Vorteil und ist Nutznießer all dieser Beunruhigungen, Beängstigungen und Unsicherheiten? Es sind die Feinde der Demokratie, die, wenn sie schon den materiellen Frieden nicht stören können, doch wenigstens den Seelenfrieden untergraben möchten, zum Nachteil unserer jungen Demokratie. Daher kann es nur eine Parole geben: Äußerste Wachsamkeit und energische Abwehr, bis einmal die Vernunft siegt und das Volk insgesamt seine Freiheiten erkennt und selbst zu schützen weiß.

### Um den Paragraphen 218

**Versammlung der Darmstädter KPD**

**Darmstadt,** 29. Juli. (DANA) Auf Grund der Verhaftung des Darmstädter Frauenarztes Dr. Walther im Zusammnehang mit dem § 218 (Verbot der Abtreibung) veranstaltete die KPD in der großen Montagehalle des hiesigen Eisenbahnwerkes eine Versammlung. Es wurde eine möglichst baldige Lockerung und gänzliche Beseitigung des heute unhaltbaren Rechtszustandes gefordert. Diese Forderung kam in der Annahme einer Entschließung an das Oberhessische Staatsministerium zum Ausdruck.

Friedrich Avemarie betonte, daß die KPD damit keinesfalls der Unzucht das Wort reden wolle, aber gerade in der heutigen Nachkriegszeit mit ihren Folgeerscheinungen auf sittlichem Gebiet müsse eine Schwangerschaftsunterbrechung in Fällen der gesundheitlichen Gefahr, der Notzucht und der sozialen Indikation erlaubt werden.

In einer Entschließung wurde gefordert: 1. daß eine Schwangerschaftsunterbrechung zulässig ist, wenn mit der Schwängerung eine strafbare Handlung nach § 176 Abs. 2, oder § 177 des Strafgesetzbuches begangen worden ist, aber auch, wenn es der soziale Notstand erfordert; 2. daß die Schwangerschaftsunterbrechung nur durch einen Facharzt oder in einem Krankenhaus, ebenfalls nur durch Fachärzte, vorgenommen werden muß; 3. schärfste Maßnahmen gegen jede Person, die aus gewinnsüchtigen Gründen die seelische und soziale Not der Frau mißbraucht.

Darüber hinaus wurde die politische Säuberung der Aerztekammer und deren Besetzung mit fachlichen, aber auch politisch zuverlässigen Aerzten verlangt. In den Aerztekammern müßten Vertreter der sozialpolitischen Organisationen mitsprechen. Die Versammelten erwarten von dem Justizminister eine Gesetzesvorlage, die auch hier die Fehler der Vergangenheit restlos beseitigt. An den Ministerpräsidenten und die Minister der Großhessischen Regierung wurde die Bitte gerichtet, schnellstens einer fortschrittlichen Gesetzesänderung ihre Zustimmung zu geben.

### Das Blutbad von Nanking

**Tokio,** 29. Juli. (DANA) Im Tokioter Kriegsverbrecherprozeß am 25. Juli schilderte der amerikanische Chirurg eines Nankinger Hospitals grauenhafte Einzelheiten des Massakers und der Vergewaltigungen, die im Jahre 1937 von japanischen Truppen in Nanking verübt wurden. Unter den 27 Angeklagten befindet sich der ehemalige japanische General Iwane Matsui, der zu der fraglichen Zeit das Nankinger Gebiet befehligte. Der Zeuge schilderte die unsäglichen Greueltaten, die an chinesischen Zivilpersonen begangen wurden. Ein Chinese, namens Liang, war der einzige Ueberlebende einer Gruppe, die von den Japanern mit Bajonettstichen und Maschinengewehrfeuer getötet wurden. Der Zeuge sah selbst zwei Japaner zwei chinesische Frauen vergewaltigen, welch letztere er ins Hospital brachte, wo eine an Syphilis erkrankte. Ein Chinese kam mit Brandwunden bedeckt ins Hospital. Er war der einzige Ueberlebende einer Gruppe, die von den Japanern mit Draht zusammengebunden, mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt wurde.

### Lebenslängliche Zwangsarbeit

**Paris,** 29. Juli. (DANA) Amadee Bussiere, Polizeipräfekt von Paris während der deutschen Besetzung, wurde am Freitag durch einen Pariser Gerichtshof wegen Zusammenarbeit mit dem Feinde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, Einziehung seines Vermögens und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

### 11 Schiffe sanken bei Bikini

**Bikini,** 29. Juli. (AP) 11 Schiffe, darunter das Schlachtschiff „Arkansas" und der Flugzeugträger „Saratoga", sind nach bisherigen Meldungen durch die Atombombenexplosion unter Wasser in der Lagune von Bikini gesunken. Auch vier von den sechs unter Wasser verankerten U-Booten gingen auf Grund. Die Lagune hat eine Tiefe von etwa 60 Metern. Vier an die Wasseroberfläche hochgekommene Bojen zeigten an, daß die U-Boote gesunken waren.

## Es geht doch so / Stellungnahme von Dr. James K. Pollock

**Stuttgart,** 29. Juli. (DANA) Wenn nach Ansicht der deutschen Journalisten die zuständige Stelle des Länderrats ungenügend und mangelhaft arbeite, so sei es Sache der deutschen Presse, hier Abhilfe zu schaffen, erklärte der Leiter des amerikanischen Koordinierungsamts im Länderrat, Dr. James K. Pollock, in einer Unterredung mit einem Pressevertreter zu dem am 23. Juli in der „Frankfurter Rundschau" erschienenen Artikel „So geht es nicht", der die Arbeitsweise des Länderrats in scharfer Form kritisiert. „Der Journalist, der den betreffenden Artikel über den Länderrat geschrieben hat, geht in mehreren Punkten seiner Ausführungen von nicht richtigen Rückschlüssen aus", erklärte Dr. Pollock weiter. „Die Arbeit des Länderrats unterscheidet sich nicht von dem Programm, dem die demokratischen Regierungen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien sowie auch andere Demokratien folgten. Es ginge nicht, daß bei vorbereitenden Diskussionen, denen zweckmäßigerweise nur die Sachverständigen der verschiedenen Ausschüsse des Länderrats beiwohnten, Pressevertreter zugelassen würden. Dadurch würde es nur zu Verstümmelungen und falschen Berichten kommen. Den Vertretern der Presse, sagte Dr. Pollock weiter, wäre durch die wöchentlich stattfindenden Konferenzen, die von Pressereferenten des Länderrats geleitet würden, ausreichend Gelegenheit gegeben, sich über alle laufenden Fragen im Länderrat zu unterrichten. Ferner könne die deutsche Presse bei den allmonatlichen Ratssitzungen, die stets öffentlich seien, von den der Militärregierung zur Begutachtung und Bestätigung vorzulegenden Vorschlägen des Länderrats Kenntnis nehmen und sich dazu äußern.

„Man hat sich auf Seiten des Koordinierungsausschusses im Länderrat seinerzeit darüber gewundert, daß die deutsche Presse ungefähr bis zum Februar dieses Jahres den Länderrat, dieses wichtige Regierungsinstrument der amerikanischen Besatzungszone, fast völlig unbeachtet gelassen hat. Wenn jetzt deutsche Journalisten über Arbeitsweise und Arbeit desselben unzureichend unterrichtet sind, so ist das ihre eigene Schuld."

Es sei auch unrichtig, daß der Länderrat lediglich die Anordnungen der amerikanischen Militärregierung auszuführen habe, stellte Dr. Pollock weiter fest. Die Unterausschüsse, Ausschüsse, das Direktorium und der gesamte Länderrat berieten vollständig unabhängig und ohne irgendwelche Vorschriften der Militärregierung. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, daß diese Methode der Selbstverwaltung durchaus von Erfolg gekrönt gewesen wäre. Die Militärregierung hätte zwar schon oft Gelegenheit gehabt, Probleme, die erst später vom Länderrat diskutiert und gelöst worden seien, durch einfache Anordnungen der Militärregierung zu erledigen. Sie habe jedoch mit Absicht davon Abstand genommen, um den Deutschen Gelegenheit zu geben, eine möglichst weitreichende Selbstverwaltung zu entwickeln. Es sei außerordentlich bedauerlich, sagte Dr. Pollock, wenn durch unangebrachte Kritik die fruchtbare Arbeit des Länderrats gestört und in ein falsches Licht gerückt würde. Er hoffe jedoch, daß irgendwelche Mißverständnisse möglichst rasch und zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst werden könnten.

## *Das freie Wort*

Herr Armand Adler, Karlsruhe, schreibt zu dem Artikel Urlaubsregelung im Baugewerbe in der BNN am 16. Juli „Habt Ihr wirklich noch nichts hinzugelernt und verfallt wieder in die alten Fehler, euch gegenseitig zu bekämpfen. Wenn die Artikelschreiber bestätigen, die wohlerworbenen Rechte der Beamten und Angestellten der öffentlichen Dienststellen nicht schmälern zu wollen, wie verträgt sich das mit der vorher gemachten Bemerkung „soll wieder ein Berufsbeamtentum geschaffen werden"? Hat der Betriebsrat der Baufirma Leicht sich damit klar gestellt, in diesem Satz die grundsätzlichen Rechte der Beamten angefochten zu haben? In den nachfolgenden Ausführungen der Artikelschreiber wird doch ausdrücklich anerkannt, daß es sich um wohlerworbene Rechte der Beamten handelt. Wie war es doch in der guten alten Zeit beispielsweise bei den Postbeamten. 10—12 Jahre und noch länger als Posthelfer im Arbeitsverhältnis, später Postbote oder Hilfspostschaffner mit einem Verdienst, der noch nicht mal an die Hälfte des Lohnes eines Bauarbeiters heranreichte. Dazu noch Nacht-, Spät- und Sonntagsdienst, während der Industrie- und Bauarbeiter Samstagmittag und Sonntags Freizeit hatte und selten seine Nachtruhe opfern mußte. So hat der Postbedienstete sein Beamtentum durch Aufopferung seiner besten Mannesjahre unter den kärglichsten Verdienstverhältnissen in einer harten Vorschule verdienen müssen. Viele Tausende dieser Beamten kommen ihr ganzes Leben lang über einen Höchstgehalt von brutto 200 bis 270 RM pro Monat nicht hinaus. Es sind im Baugewerbe Baliere und sonstige Spezialisten, die mit ihrem Verdienst mit keinem Beamten tauschen würden. Nein, auf diese Art kommen wir nicht weiter. Wir alle Beamten, Hand- und Kopfarbeiter, müssen in dieser großen Not zusammenstehen und durch die Gewerkschaft unsere gemeinsamen Interessen und Ziele erkämpfen. Die Gewerkschaft als überparteiliche und religiös neutrale Organisation ist das Sprachrohr aller Schaffenden. Was alle angeht, muß als geschlossenes Ganzes durch die Gewerkschaft verfochten und durchgesetzt werden. Das ist in erster Linie 1. eine tragbare Lebenshaltung, ausreichender Verdienst und Ernährung, Kleidung, Wohnung und gesicherte Kranken- und Altersversorgung., Darum laßt uns unermüdlich zum Beitritt für die Gewerkschaft werben, denn eine starke Gewerkschaft muß unsere Forderungen mit Erfolg durchsetzen. Durch diese enge gewerkschaftliche Verbundenheit auf demokratischer Grundlage müssen auch die Alliierten anerkennen, das deutsche Volk verdient es weiter zu leben und in den Bund aller friedliebenden Völker aufgenommen zu werden."

**Gegen die Nichtstuer.** In einem Artikel „Man nehme . . ." in Nr. 60 der BNN war zum Schluß empfohlen worden, den Nichtstuern den Brotkorb etwas höher zu hängen. Seitens einer (nur einer) besorgten Hausfrau wird uns die Frage gestellt, ob auch die Hausfrauen etwa zu den Nichtstuern gerechnet werden sollen. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß eine solche Unterstellung den BNN völlig fernliegt. Wir schließen uns gerne der Meinung der Einsenderin an, die u. a. schreibt: „Ich glaube, daß wir Hausfrauen in der heutigen Zeit fast soviel leisten, wie die, welche arbeiten. Den ganzen Tag auf den Beinen, von morgens früh bis abends spät, dabei vollführt das Gehirn die reinste Akrobatik, was man mittags und abends auf den Tisch bringen soll; wenn man die hälfte Zeit kein Gemüse bekommt und dabei noch am Brot und an Kartoffeln sparen soll. Von der anderen Arbeit garnicht zu reden, vorausgesetzt, daß man, wie ich, alles allein und ohne Hilfe besorgen muß."

## Von der Erlanger Universität

**Eine Untersuchung eingeleitet**

**München,** 29. Juli. (DANA) Auf Grund der in einer Radiosendung und in Zeitungsartikeln aufgestellten Behauptung über die Zustände an der Universität Erlangen hat die Abteilung für Erziehung und Religion der amerikanischen Militärregierung den bayerischen Erziehungsminister angewiesen, den neu ernannten Rektor der Universität Dr Brenner und den Prorektor Dr. Liermann zu einer sofortigen Untersuchung aller gegen die Fakultäten und die Studentenschaft erhobenen Beschuldigungen zu veranlassen. Zur Durchführung einer umfassenden, gründlichen und gerechten Untersuchung wird die Militärregierung dem Ministerium und der Universitätsverwaltung jede Unterstützung gewähren. Im Rahmen der Untersuchung werden von der Militärregierung die Fragebogen aller Lehrpersonen der Universität und der Universitätsklinik nochmals überprüft. Alle dabei als politisch unzuverlässig befundenen Mitglieder der Fakultäten sollen entlassen werden. Auch die Studentenschaft muß sich einer eingehenden Ueberprüfung unterziehen.

**Erlangen,** 29. Juli. (DANA) „Der Kreis der „Jungen Demokraten" in der Universitätsstadt Erlangen und die in den Parteien aktiven Studenten sind bemüht, den Studenten zum geistigen Träger eines friedliebenden Deutschlands innerhalb der Völkergemeinschaft zu formen", heißt es in einer Erklärung des Kreises der „Jungen Demokraten" vom 18. Juli. Die erneuten Angriffe in Presse und Rundfunk erweckten in dem unbefangenen Beobachter den Eindruck, daß der reaktionäre, faschistische und militaristische Geist die Universität beherrsche. Wahr sei, daß sich unter den 5000 Erlanger Studenten auch unreife, verantwortungslose Elemente befänden.

Wer aber heute einen Blick in die Hörsäle der Universität werfe, könne feststellen, wie intensiv gearbeitet werde, das nicht- oder falsch Erlernte oder Vergessene aufzuholen.

„Wir sind nicht Reaktionäre", kommt in der Erklärung zum Ausdruck, „sondern wir wollen unsere Zukunft aufbauen. Die studentische Jugend will durch persönliche Leistung mithelfen, daß unser Volk wieder aus dem Druck und Sumpf herauskommt."

Die politischen Debattierklubs unter Leitung erfahrener Professoren und die Arbeitsgemeinschaften der „Jungen Demokraten" zeigten, wie gut sich Studenten von heute im Grunde ihren gesunden Menschenverstand trotz der einseitigen Erziehung der letzten Jahre erhalten und durch objektives Denken und loyale Haltung bewiesen hätten.

„Wir sind für jede Unterstützung von außen", schließt die Erklärung, „die uns in diesem geistigen Ringen bewährt wird, dankbar".

### Zerstörung nationalsozialistischer Denkmäler

**Berlin,** 29. Juli. (DANA) Der Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrates billigte und unterzeichnete am 12. Juli eine Neufassung des Artikels 4 der Anordnung Nr. 30 des Kontrollrates über die Zerstörung deutscher militärischer und nationalsozialistischer Denkmäler und Museen.

Nach dieser Neufassung bleiben alle Denkmäler von der Zerstörung verschont, die zur Erinnerung an die Toten der regulären deutschen Armee errichtet wurden, vorausgesetzt, daß sie weder in ihrer Darstellung noch in ihren Inschriften nationalsozialistischen oder militärischen Geist widerspiegeln und die NSDAP nicht verherrlichen. Ausgenommen sind die Denkmäler der SS und Waffen-SS und militärähnlicher Organisationen, ferner können solche Monumente bestehen bleiben, an denen nationalsozialistische oder militärische Verherrlichungen durch Aenderungen in der architektonischen Gestaltung, in den Inschriften oder der Dekoration beseitigt werden können.

Ebenfalls von der Zerstörung ausgenommen sind private Monumente, vorausgesetzt, daß sie weder in ihrer Darstellung, noch in ihren Inschriften nationalsozialistischen oder militaristischen Geist widerspiegeln.

### Export-Ausstellung in Stuttgart

**Stuttgart,** 29. Juli. (DANA) Eine Exportausstellung deutscher Firmen, auf der 300 Betriebe Tausende von Mustern ihrer Erzeugnisse zur Schau bringen, wird am 1. August 1946 im Württembergischen Landesmuseum in Stuttgart eröffnet. Sie soll drei Monate dauern und wird von Wirtschaftlern aus den Vereinigten Staaten sowie von Geschäftsleuten und Ausschüssen aus dem übrigen Auslande besucht werden. Unter den Persönlichkeiten, welche die Ausstellung eröffnen werden, wird sich Generalmajor William H. Draper, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, befinden.

Die Export-Importausstellung des Wirtschaftsausschusses der amerikanischen Militärregierung gibt bekannt, daß sich unter den interessantesten Ausstellungsartikeln ein eineinhalbstöckiges Fertighaus befinden wird, dessen Hersteller die Firma Kübler in Göppingen ist.

In einem der Räume werden nur Holzerzeugnisse aus Württemberg-Baden ausgestellt. Die meisten dieser Artikel sind Gebrauchsgegenstände, unter anderem Schüsseln, Teller, Holzschnitzereien und Einlegearbeiten.

### SPD-Oberbürgermeister in Frankfurt

**Frankfurt,** 29. Juli. (DANA) Der Sozialdemokrat Walter Kolb wurde am Donnerstag von den Frankfurter Stadtverordneten mit 32 gegen 28 Stimmen zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt gewählt.

### Noch keine Lebensmittelpakete aus der Schweiz

**Berlin,** 29. Juli. (DANA) In der „Neuen Zeitung" vom 12. Juli, Seite 3, befand sich unter dem Titel „Lebensmittelpakete aus der Schweiz" ein Hinweis, daß nach der Mitteilung der schweizerischen Caritas-Zentrale in Luzern jetzt Lebensmittelpakete an Deutsche in allen Zonen, mit Ausnahme der Sowjetzone geschickt werden können. Diese Mitteilung trifft, wie der Leiter der Abteilung für internat. Angelegenheiten und Verkehr bei der amerikanischen Militärregierung, A. E. Bevier, mitteilt, nicht zu. Die Schweiz unterstützt deutsche Hilfsorganisationen durch Vermittlung des Internat. Roten Kreuzes mit großen Sendungen von Lebensmitteln. Ein unmittelbarer Versand von Einzelpaketen aus der Schweiz an deutsche Einzelpersonen ist dagegen noch nicht zugelassen.

### Rumänisches Warenaustausch-Abkommen

**Bukarest,** 29. Juli. (DANA) Rumänien hat mit Frankreich und der Schweiz je ein Warenaustauschabkommen geschlossen. Frankreich wird Rumänien Güterwagen, Automobile, Motorteile, Bereifung, sowie chemische und pharmazeutische Produkte im Gesamtwerte von 400 Millionen franz. Franken liefern und im Austausch Weizen und Erdölprodukte erhalten. Der Handelsvertrag mit der Schweiz beläuft sich auf 35 Millionen Schweizer Franken und sieht den Austausch von Maschinenteilen und chemischen Produkten aus der Schweiz gegen Erdölprodukte aus Rumänien vor.

## Vor allem Gesundheit

Ich habe heute „Familien-Ehrendienst". In der langen Schlange von Frauen, die vor dem Milchgeschäft stehen, warte ich mit meinem Kännlein, um Milch für das Kind zu holen und lausche auf die Gespräche der Mütter. Wichtig erzählt hinter mir eine Frau: „Alle Schulkinder sind jetzt gemessen und gewogen worden, denken Sie, mein Kind hat 10 kg Untergewicht. Nachher will ich zu meinem Hausarzt gehen, daß er ihm Krankenmilch verschreibt." Eine andere Frau fällt ihr ins Wort: „Da werden Sie kein Glück haben, die gibt es nur für Schwerkranke, z. B. Tuberkulöse oder solche mit Magengeschwüren. Gestern war ich beim Doktor, da waren mindestens 20 Menschen, die Lebensmittelzulage haben wollten, aber er hat uns alle mit freundlichen Worten abweisen müssen."

Sinnend gehe ich nach Hause und vor meinen Augen steht das eindrucksvolle Bild der Käte Kollwitz „Brot", das ich vor über 20 Jahren in mein Zimmer gehängt habe. Weiter steigen aus meinem Gedächtnis jene Bilder aus dem Jahre 1922, als in Mannheim um einen Tisch herum einige Schul- und Fürsorgeärzte saßen, vor ihnen eine frische, energische Amerikanerin, die ihnen erklärte: „Ich bin Abgesandte der Quäker, wir wollen sorgen, daß kein Kind hungert, sorgt ihr für die Organisation der Verteilung, ich sorge für Milch, Mehl und Geld. In wenigen Wochen entstand in allen Großstädten Deutschlands die Kinderspeisung. Wieviele Erwachsene erinnern sich heute noch an diese Spenden edler Menschen aus Amerika und Schweden, die noch bis 1926 verteilt wurden. Sofort taucht die Frage auf, warum kommt das heute nicht? Ist die vorbeugende Gesundheitsfürsorge, wovon die Kinderspeisung ein Teil war, heute nicht mehr notwendig? Fehlt es an leidenschaftlichen Verfechtern dieser Idee? Längst vergessene Namen tauchen auf, wie z. B. Professor Lust, Stephanie, Paul und A. Oder liegt hier ein Organisationsfehler im Gesundheitswesen vor?

Ich mache einen Rundgang und besuche zuerst einen Direktor einer Mittelschule. Er zeigt mir die Tabelle der Gewichte und Größen seiner Schulkinder. Ueber 90 Prozent sind untergewichtig. Das gleiche höre ich von einem Lehrer der Volksschule, wobei ich feststellte, daß mit steigendem Alter die Kinder immer mehr von der Normaltabelle abweichen. Fast jeden Tag, erzählt man mir, wird eines oder das andere der Kinder oder ein Lehrer ohnmächtig.

Weiter gehe ich zu den caritativen Verbänden (Caritas, Ev. Jugend- und Wohlfahrtsdienst und Arbeiterwohlfahrt). Dort erzählt man mir: „Ja, wir haben schon begonnen mit der Aufbauarbeit, in unsere Kindergärten bekommen Kleinkinder Zuschüsse in Form von Suppen oder Milch. Eine Walderholung ist im Gange, wo bisher Kleinkinder Aufnahme fanden und von übernächster Woche ab 200 Schulkinder verpflegt werden. Unsere Listen für Erholungsfürsorge sind überfüllt, aber leider haben wir so wenig Heime in der amerikanischen Besatzungszone und in der französischen Zone sind vorläufig die Ernährungsschwierigkeiten zu groß.

Dann wandere ich zum Staatlichen Gesundheitsamt und schaue mir still die Menschen an, die hier wartend sitzen.

Ein Riesenapparat läuft hier. Er wurde aufgezogen unter nationalsozialistischer Fahne, als das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Sterilisations- und andere Gesetze eine Ueberwachung der Bevölkerung nach erbgesundheitlichen Gesichtspunkten notwendig machte. Unter einer Flut von Akten und Papier ist damals erstickt, was einst das Werk edler Menschenliebe war. Vorbei sind die Zeiten der guten Bezirksärzte, deren Aufgabe es war, Krankenhäuser, Aerzte, Apotheken und das weitere Heilpersonal zu überwachen. Sie sahen ihr Ziel in der Bekämpfung der Seuchen (Pocken, Typhus, Cholera). Sie überwachten die Desinfektion der Wohnungen, zogen durch alle Schulen, um die Pockenimpfungen vorzunehmen, machten Wasser- und Bodenuntersuchungen, schauten nach Giften, die möglicherweise Speisen beigemengt sein könnten. Wohl waren sie auch Polizeiärzte und überwachten und behandelten die Insassen der Gefängnisse, wurden als Gutachter bei jedem Mordfall zugezogen, aber nebenbei hatten sie noch Zeit, Beamte auf ihre Tauglichkeit zum Beruf zu untersuchen oder in der Irrenfürsorge tätig zu sein. Ihre amtsärztliche Tätigkeit war und ist durch Gesetze und Verordnungen festgelegt. In ihrer Stellung glichen sie dem unabhängigen Richter. Ihre Tätigkeit fand ihren Niederschlag teils in der Statistik, teils in Gutachten.

Gänzlich verschieden war die Tätigkeit der Aerzte in der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. Sie hatten nicht neben sich als Helferin das Schreibmaschinenfräulein, sondern die im Krankenhaus ausgebildete Gesundheitsfürsorgerin. Statistik diente hier nur zur Ueberprüfung, ob die Wege, die man beschritt, von Erfolg seien oder nicht. Kein Gesetz und keine Verordnung regelte ihre Tätigkeit, sondern sie waren verantwortlich ihrem ärztlichen Gewissen und der Kommunalbehörde, wobei sie im Rahmen ihres von den Parteien beschlossenen Etats bleiben mußten. In engster Zusammenarbeit mit den caritativen Verbänden trieben sie vorbeugende Gesundheitsfürsorge für Mütter und Säuglinge. In den Säuglingsberatungsstunden wurden rechtzeitig die Kinder zum behandelnden Arzt geschickt, Vigantol oder Lebertran ausgegeben. Die Kleinkindergärten wurden regelmäßig reihenuntersucht. In strenger Auslese wurden die Erholungsbedürftigen in Heime geschickt. Alle Gesundheitsärzte vor 1933 waren der Ansicht, daß „Landerholung", d. h. die Versendung von Stadtkindern wahllos zu Bauernfamilien, das Kind mehr gefährde als ihm helfe. Diese Kommunalärzte haben in den Jahren der Not nach dem letzten Krieg zusammen mit den führenden Männern und Frauen der Stadt- und Kreisräte die Kinderspeisung in den Schulen organisiert. Auch auf kommunaler Grundlage sind die Schulzahnkliniken, die Fürsorgestellen für Gebrechliche und Krüppel, die Beratungsstellen für seelisch abnorme Kinder und schließlich die Tuberkulose- und Krebskrankenfürsorge entstanden. Die gute Zusammenarbeit aller dieser Stellen mit den frei praktizierenden Aerzten ist wohl noch im Gedächtnis der älteren Generation.

Still gehe ich zurück durch die halbzerstörte Stadt und sehe, was eine Stadtverwaltung im Wegräumen der Trümmer und im Wiederaufbau von Wohnungen seit einem Jahr geleistet hat, und der Gedanke drängt sich mir auf: Wieder wie einst müssen die Kommunen Vorkämpfer sein in der Sorge, daß der Bevölkerung ihr wichtigstes Grundrecht erhalten bleibt, nämlich: Das Recht auf Gesundheit. —S.

## *Interessantes in Kürze*

(DANA-Meldungen)

**München.** „Ich bin für eine strenge Durchführung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus", erklärte unter anderem der bayerische Staatsminister für Sonderaufgaben, Dr. Anton Pfeiffer, auf einer Pressekonferenz am Samstag vor amerikanischen und deutschen Pressevertretern.

**München.** Der Vorsitzende der Münchener Spruchkammer IV, Dr. Roman Geiger, und der öffentliche Kläger, Hans Stahl, sind mit sofortiger Wirkung ihrer Posten enthoben worden.

**Frankfurt.** Den lizenzierten deutschen Zeitungen in der amerikanischen Zone soll die Erlaubnis gegeben werden, amerikanische Zeitungen direkt zu beziehen, wie die Nachrichtenkontrolle der Militärregierung mitteilt. Diese führt zur Zeit Verhandlungen über die Verteilung der in den USA gedruckten Sonntagsausgabe der „New York Times" an die deutschen Zeitungen.

**Bremen.** Max Brauer, vor 1933 Oberbürgermeister, und Dr. Rudolf Katz, früher Stadtverordnetenvorstand in Altona, befinden sich im Auftrag der amerikanischen Gewerkschaft „American Federation of Labor" auf einer Studienreise durch Deutschland. Beide mußten als Mitglieder der SPD nach der Machtübernahme Hitlers Deutschland verlassen und sind amerikanische Staatsbürger geworden.

**Wiesbaden.** Sechs Polen und ein Deutscher, die des gemeinschaftlichen Raubüberfalls und versuchten Mordes an zwei amerikanischen Soldaten angeklagt waren, wurden vom Obersten Militärgericht zu Zuchthausstrafen von 10 bis zu 30 Jahren verurteilt.

**Darmstadt.** Das Mittlere Militärgericht in Darmstadt verurteilte am 26. Juli den vierzigjährigen Arzt Dr. Otto Heinrich Wienkopp aus Rosdorf zu drei Jahren Zuchthaus, da er wissentlich falsche Angaben im Fragebogen gemacht hatte.

**Bremen.** Dr. Schlange-Schöningen, der Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone, erklärte am Freitag, daß der Tiefpunkt der Ernährungskrise erreicht sei, und daß man mit einer Besserung der Gesamtversorgung im kommenden Herbst rechnen könne.

**Berlin.** Zwei von den rund hundert Kindern, die aus dem von der SS niedergebrannten Dorf Lidice in der Tschechoslowakei verschleppt worden, sind nach Meldung der Berliner Zeitung „Telegraf" in Mecklenburg ermittelt und nach Berlin gebracht worden.

## *Gewerkschaftliches*

### Tagung der Berufsmusiker in Stuttgart

In Stuttgart fand die erste Delegiertenzusammenkunft der Berufsgruppe Musiker (Deutscher Musiker-Verband) des Württbg.-Bad. Gewerkschaftsbundes statt. Die Delegierten der amerikanischen Zone aus den Ortsverwaltungen Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim, Ulm, Crailsheim, Heilbronn und Frankfurt wählten den bisherigen Bezirksleiter Gustav Aßmuß als ersten Verbandsvorsitzenden einstimmig. Neue Statuten wurden ausgearbeitet und Tarife mit Anstellungsordnungen für Theaterorchester, Sinfonie- und Rundfunkorchester festgelegt, sowie die zur Zeit möglichen Gagen für Ensembleengagements und freistehende Musiker und Musiklehrer besprochen. Wie notwendig der Zusammenschluß aller Musikausübenden in der Gewerkschaft ist, zeigte sich im Verlauf der Verbandssitzung, zu welcher der erste Offizier für Theater und Musik der gesamten amerikanischen Zone Mister Jenkings, mit einem Rechtsanwalt erschienen war. Mit größter Befriedigung gab Mr. Jenkings seine vollste Zustimmung zu den Wünschen, welche in freier Aussprache von den Delegierten zum Wohle der Deutschen Musikerschaft vorgetragen wurden. Vom Gewerkschaftsvorstand wurde ein Referat über Zweck und Ziele der Verbandstagung gehalten, dem sich ein Referat des Gewerkschaftsrechners über Finanzwesen in der Gewerkschaft anschloß. Der Kulturwart der Gewerkschaft machte interessante Ausführungen über Förderung und Erziehung unseres jungen Nachwuchses für Bühne und Orchester. Die Tagung verlief einmütig und war ein voller Erfolg.

**Verbandstag für das Post- und Fernsprechpersonal**

Übers Wochenende fand in Stuttgart in Anwesenheit von Verkehrsminister Steinmeier und Ministerialrat Hof der erste Verbandstag für das Post- und Fernsprechpersonal von Nord-Württemberg und Nord-Baden statt. Über 10 000 Mitglieder waren durch 57 Delegierte vertreten. Herr Eichhorn-Stuttgart wurde zum Vorsitzenden für die Tagung gewählt. Ganter-Stuttgart und Flößer-Karlsruhe erstatteten die Tätigkeitsberichte. Unter starkem Beifall wurde dabei hervorgehoben, daß es für die Zukunft bei der Deutschen Post nur noch eine Organisation für die Beamten, Angestellten und Arbeiter gäbe, und zwar den „Verband für das Post- und Fernsprechpersonal" im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Nachdem eine Oberdirektion für die drei Länder in der US-Zone geschaffen wurde, müsse auch eine zentrale Zusammenfassung des Post- und Fernsprechpersonals angestrebt werden. Zunächst solle nun der Zusammenschluß von Nord-Württemberg und Nord-Baden vollzogen werden. Der Zusammenschluß der ganzen Zone ist in Vorbereitung. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands müsse unbedingt erstrebt werden und damit auch der wirtschaftliche Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ganter ging dabei auf die rechtliche Stellung der Beamten ein, während Flößer mehr die wirtschaftliche Seite des kommenden Aufbaues behandelte. Beide Redner fanden lebhaften Beifall. Ministerialrat Hof referierte über die Entwicklung der Deutschen Post in der US-Zone. Seine tiefgründigen Ausführungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Nach ausgiebiger Diskussion wurde einstimmig der Zusammenschluß zwischen Nord-Württemberg und Nord-Baden zu einer Organisation beschlossen und die vorbereitete Satzung einstimmig angenommen.

Zu Vorsitzenden des Verbandes wurden Ganter und Flößer gewählt. Auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes setzen sich paritätisch aus Württembergern und Badenern zusammen. Nachdem noch die Delegierten zu dem demnächst stattfindenden Bundestag gewählt waren, fand die schöne und richtunggebende Tagung ihren Abschluß. le.

### Treuhändergesetz für US-Zone vorbereitet

**Wiesbaden,** 29. Juli. (DANA) Ein Treuhändergesetz, das mit Billigung der amerikanischen Militärregierung vom Länderrat in Kürze erlassen wird, bezweckt, wie das großhessische Wirtschaftsministerium mitteilt, die einheitliche Regelung der Bestellung, Tätigkeit und Abberufung von Treuhändern und schafft die gesetzlichen Grundlagen für die Verwaltung von Vermögen, deren Verfügungsberechtigte entweder unbekannt oder aber auch an der Verwaltung rechtlich oder tatsächlich verhindert sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Sie gaben dem Teufel die Macht

**Die Schlußrede des amerikanischen Hauptanklägers Geoffrey Jackson vor dem Nürnberger Tribunal — „Würde man von diesen Männern sagen, daß sie nichtschuldig seien, so könnte man mit dem gleichen Recht sagen, es gab keinen Krieg, keine Toten, kein Verbrechen"**

**Nürnberg**, 29. Juli. (DANA) „Diese Angeklagten, unfähig, abzuleugnen, daß sie diejenigen waren, die die höchsten Machtstellen innehatten und unfähig, die von mir dargelegten Verbrechen abzustreiten, wissen, daß ihr Leugnen unglaubhaft erscheint, ohne daß sie jemanden nennen können, der schuldig ist."

Mit diesen Worten entkräftete am 26. Juli der amerikanische Hauptankläger Geoffrey Jackson in seiner Schlußrede alle Verteidigungsversuche der Angeklagten.

### Die Grundlagen des Prozesses

Im ersten Teil seiner Schlußrede ging Oberrichter Jackson auf die Grundlagen des Nürnberger Prozesses ein. So sagte er u. a.: Es ist üblich, unser eigenes Zeitalter als auf dem Höhepunkt der Zivilisation stehend zu betrachten, von dem aus die Mängel der verflossenen Zeitalter in gönnerhafter Art und Weise in einem Licht betrachtet werden können, das so allgemein als Fortschritt angesehen wird ... Die ersten 40 Jahre dieses zwanzigsten Jahrhunderts werden jedoch in den Annalen der Geschichte zu den blutigsten aller Zeiten gerechnet werden ... Kein halbes Jahrhundert hat je zuvor Mord in einem solchen Ausmaß, derartige Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten, solche unterschiedlosen Deportationen von Völkern in die Sklaverei und solche Ausrottungen von Minderheiten gesehen.

Wenn wir nicht in der Lage sind, die Ursachen dieser barbarischen Geschehnisse auszuschalten und ihre Wiederholung zu verhindern, dann ist es wohl keine unverantwortliche Prophezeiung, wenn man sagt, daß es diesem 20. Jahrhundert vielleicht noch gelingen wird, das Ende der Zivilisation heraufzubeschwören. Durch diese Tatsachen angeregt, sind wir daran gegangen, diesen Gifthauch über die Annalen unserer Zeit wieder zu beseitigen."

„Das Abkommen von London (das dem Prozeß zugrundeliegt)", so fuhr Jackson fort, „ob es jetzt neue Grundsätze aufstellt oder nur alte niederlegt, bedeutet jedenfalls eine Aenderung im Völkerrecht, die ungefähr der Evolution des primitiven Gesetzes entspricht, als die Menschen aufhörten, örtliche Verbrechen nach dem Gefühl zu bestrafen und begannen, Logik und Untersuchung als Grundlage der Strafe einzuführen."

**Das Statut des Gerichts ist für alle gleich bindend**

Oberrichter Jackson betonte ausdrücklich, daß die Punkte des Gerichtsstatuts, die aus einem Uebereinkommen von 23 Nationen entstanden sind, für jeden Teilnehmer an den Verhandlungen unabänderlich und bindend seien. Die Anständigkeit, mit der, das Verfahren von seiten der Alliierten betrieben würde, sei ein Zeichen der Stärke dieser Nationen. „Die Sache der Anklagebehörde", erklärte Oberrichter Jackson, „schien am Ende ihrer Vorbringung so unangreifbar, weil sie ganz überwiegend auf deutschen Urkunden von unbestrittener Echtheit beruhte ... Spätere Generationen werden mit Mißbilligung fragen müssen, was die Nazis zu ihren Gunsten hätten sagen können. Die Geschichte wird wissen, daß sie sagen durften, was immer zu sagen war. Ihnen wurde eine Art von Prozeß gewährt, wie sie ihn selber auf dem Höhepunkt ihrer Macht niemals irgend jemandem zugestanden hätten."

**„Vorbehalte nicht mehr angemessen ..."**

Auf die Anklagepunkte eingehend, führte der amerikanische Ankläger folgendes aus:

„Unsere Anklage richtet sich gegen den gesetzwidrigen Angriff, Aber wir sitzen nicht zu Gericht über die Beweggründe, die Hoffnungen oder Enttäuschungen, die Deutschland dazu geführt haben, zum Angriffskrieg als einem Instrument seiner Politik zu greifen ... Lassen Sie mich einen prinzipiellen Punkt betonen: Die Vereinigten Staaten haben durch die Verurteilung irgendeines Angeklagten nichts zu gewinnen, wenn wir nicht seine Schuld in mindestens einem Punkte seiner Anklageschrift beweisen können ... Vor uns liegen jedoch die erbrachten Beweise für verbrecherische Handlungen, und wir haben die fadenscheinigen Entschuldigungen und erbärmlichen Ausreden der Angeklagten gehört. Vorbehalte, mit denen wir diesen Prozeß begannen, sind nun nicht mehr angemessen. Die Zeit ist gekommen, ein endgültiges Urteil zu fällen, und sollte die Darstellung, die ich hier vorbringe, hart und unnachgiebig erscheinen, so ist dies nur, weil das Beweismaterial sie so gestaltet."

**Die Verbrechen des Nazisystems**

„Die Stärke der Anklage", so fuhr Jackson fort, „liegt in der Einfachheit des Falles. Es sind nur drei endgültige Erhebungen notwendig:

1. Sind die in dem Statut als Verbrechen beschriebenen Taten begangen worden?
2. Wurden sie aufgrund eines gemeinsam gefaßten Planes oder einer Verschwörung begangen?
3. Befinden sich diese Angeklagten unter denjenigen, die strafrechtlich verantwortlich sind?

Die Anklage der Verschwörung stützt sich auf fünf Gruppen unverhüllter Taten, deren Charakter und Größe wichtige Beiträge zu der Abschätzung des Beweises der Verschwörung liefert.

**Machtergreifung und Unterordnung Deutschlands unter einen Polizeistaat**

Göring sagte im Jahre 1933 das ganze Programm geplanter Grausamkeiten und Bedrückung voraus, als er folgendes öffentlich verkündete:

„Wer immer in Zukunft seine Hand gegen einen Vertreter der nationalsozialistischen Bewegung oder des Staates erhebt, soll wissen, daß er in sehr kurzer Zeit sein Leben verlieren wird" ...

„Die Gestapo und der SD waren Instrumente eines Spionagesystems, welches das gesamte öffentliche und private Leben durchsetzte. Die für je 50 Haushalte eingesetzten Parteiblockleiter spionierten ununterbrochen innerhalb ihres Bereiches. Die politische Polizei wurde der gesetzlichen Verantwortung für ihre Handlungen enthoben."

**„Deutschland in den Krallen eines Polizeistaates"**

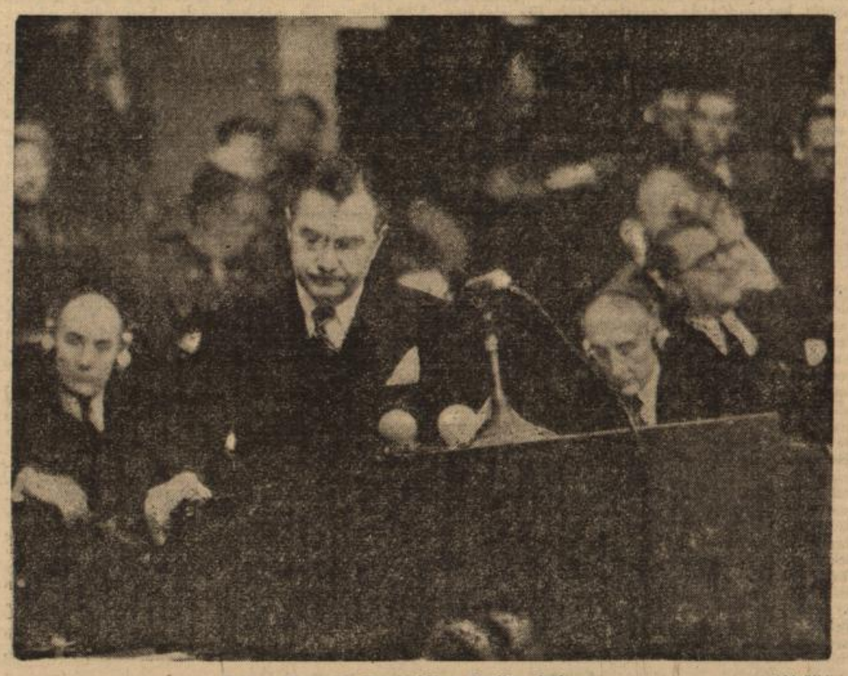
„Da nur das Gesetz war", so schloß Oberrichter Jackson seine Ausführungen über den ersten Anklagepunkt, „was die Nazis als solches bezeichneten, wurde jede Form des Widerstandes entwurzelt und jede abweichende Stimme erstickt. Deutschland befand sich in den Krallen eines Polizeistaates, der, um die Aufgabe jeglichen Widerstandes zu erzwingen, die Furcht vor dem Konzentrationslager als seine Waffe gebrauchte. Die Partei war der Staat, der Staat war die Partei. Schrecken bei Tage und Tod in der Nacht waren beider Verfahren."

**Rücksichtslose Angriffskriege geplant und ausgeführt**

Oberrichter Jackson kam dann zum zweiten Anklagepunkt: „Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen".

„Von dem Augenblick an", so sagte der amerikanische Hauptankläger dazu, „da die Nazis die Macht ergriffen hatten, setzten sie unter Mißachtung des Vertrages von Versailles fieberhafte, aber heimliche Anstrengungen zwecks Rüstung zur Kriegführung in Bewegung." Nachdem im Jahre 1933 keine Luftflotte bestanden hätte, habe man 1939 bereits 21 Geschwader vorgefunden, die aus 240 Staffeln mit insgesamt 2400 erstklassigen Flugzeugen beständen. Nachdem im Jahre 1933 die Armee aus drei Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen bestanden habe, sei sie bis 1939 auf 51 Divisionen angeschwollen, von denen vier Divisionen voll motorisiert und vier weitere als Panzerdivisionen ausgerüstet waren. Während die Marine 1933 aus einem Schweren und sechs Leichten Kreuzern bestand, wurde sie zu Beginn des Krieges 1939 aus vier Schlachtschiffen, einem Flugzeugträger, sechs Kreuzern, 22 Zerstörern und 54 Unterseebooten gebildet.

„Am 1. September 1939", heißt es in der Rede Jacksons, „griff dieses wiederaufgerüstete Deutschland Polen an. Der April des folgenden Jahres war Zeuge der Besetzung von Dänemark und Norwegen, im Mai wurden Belgien, die Niederlande und Luxemburg überrannt. Der nächste Frühling sah, wie Jugoslawien und Griechenland überrannt wurden, und im Juni des Jahres 1941 fand der Angriff auf Sowjetrußland statt. Danach griff Japan, das von Deutschland als Bundesgenossen aufgenommen wurde, im Dezember 1941 ohne Warnung Pearl Harbour an, und vier Tage später erklärte Deutschland den Krieg gegen die Vereinigten Staaten. „Ich werde Ihnen zeigen, daß nach Anwendung jeder Art von Prüfung, wie sie von einer berufenen Autorität überhaupt nur angewendet werden kann, und unter Stützung auf all das, was der gesunde Menschenverstand ins Feld zu führen hat, dies ungesetzliche Angriffskriege waren, die unter Bruch bestehender Verträge und mit Verletzung gegebener Versprechen stattfanden."



Der amerikanische Hauptankläger Geoffrey Jackson (DANA-Bild)

**Mißachtung des Völkerrechts**

Zu dem dritten Punkt der Anklage — Kriegführung unter Mißachtung des Völkerrechts — stellte Oberrichter Jackson fest, daß er sich angesichts der Aussagen der Angeklagten selbst hier nur kurz zu fassen brauche. Die Angeklagten hätten mit ihren Aussagen die Anklage bereits bestätigt.

„Dieser Anklagepunkt erfordert daher nicht die Wiederaufzählung der empörenden Einzelheiten, der Hungertode, des Schlagens, des Mordens, des Erfrierens und der Massenausrottung, deren man sich zugegebenermaßen gegen die östlichen Soldaten bediente", erklärte der amerikanische Ankläger.

**Methoden aus „dem dunkelsten Zeitalter des Sklavenhandels"**

Zu der Anklage der „Versklavung und Ausplünderung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten" zitierte Jackson die Feststellung des Angeklagten Sauckel, nach der „von fünf Millionen Fremdarbeitern, die in Deutschland arbeiteten, nicht einmal 200 000 freiwillig gekommen sind". „Sauckel selbst berichtete", so erklärte der amerikanische Ankläger, „daß männliche und weibliche Agenten auf Jagd nach Menschen gingen, sie in Trunkenheit versetzten und sie dann gewaltsam nach Deutschland abschleppten".

„In den besetzten Ländern waren Gewalttaten an der Tagesordnung. Zivilisten wurden ohne Ankündigung verhaftet, ohne Rechtsbeistand abgeurteilt, ohne Verhandlung hingerichtet. Das Ausmaß des Gemetzels in Polen allein wird von Frank angedeutet, der berichtet:

„Wenn ich für je sieben Polen, die erschossen wurden, ein Plakat anschlagen wollte, so würden die Wälder Polens nicht ausreichen, um das für die Plakate notwendige Papier herzustellen."

Nachdem Jackson abschließend kurz auf die Plünderung von Kunstgegenständen durch „Görings und seine Verbrecherbande" eingegangen war, kam er zum fünften und letzten Anklagepunkt — Verfolgung und Ausrottung von Juden und Christen:

„Die Nazibewegung wird in der Geschichte stets in üblem Andenken bleiben wegen ihrer Judenverfolgung, der weitestreichenden und furchtbarsten Rassenverfolgung aller Zeiten ... Adolf Eichmann, diese finstere Gestalt, die für das Ausrottungsprogramm verantwortlich war, schätzte, daß die antijüdischen Aktionen die Ermordung von sechs Millionen Juden zur Folge hatten. Davon wurden vier Millionen in Vernichtungslagern ermordet, während zwei Millionen von den Einsatzgruppen umgebracht wurden."

**Die Planung der Verbrechen**

In Folgendem setzte sich der amerikanische Ankläger mit der Frage auseinander, ob diese Gruppen der verbrecherischen Handlungen in dem allgemeinen Plan oder dem der Verschwörung enthalten waren.

Er zeigte, wie sämtliche Angeklagten an der Vorbereitung und Planung des Angriffskrieges beteiligt waren oder zum mindesten mit dem Wissen um diese Vorbereitungen belastet werden können. In Zusammenarbeit mit den Großindustriellen des „Dritten Reiches" wurde die Rüstung auf ein über die Bedürfnisse der Verteidigung hinausgehendes Maß gesteigert und wurden schließlich in aller Heimlichkeit die Angriffspläne gegen die Länder Europas ausgeklügelt.

„Andere Verbrechen in der Kriegführung", erklärte Jackson, „wurden mit derselben Sorgfalt geplant, um den deutschen Waffen den Sieg zu sichern. Bereits im Oktober 1938, fast ein Jahr vor Kriegsbeginn, wurde die großangelegte Verletzung der anerkannten Landkriegsordnung beabsichtigt, und das Oberkommando gab eine geheime Liste von falschen Erklärungen heraus, die vom Propagandaministerium in solchen Fällen abgegeben werden sollten. Sogar vor dieser Zeit wurden Wehrmachtkommandeure angewiesen, jedes Mittel der Kriegführung anzuwenden, solange es nur den Sieg erleichterte. Nachdem der Krieg einmal seinen Lauf nahm, nahmen die Befehle an Grausamkeit zu. Ein typischer, die rohesten Mittel fordernder Befehl Keitels legte fest, daß „es die Pflicht der Truppen ist, uneingeschränkt alle Mittel anzuwenden, auch gegen Frauen und Kinder, solange sie den Erfolg gewährleisten".

„Genau so", fuhr Jackson fort, „fügt sich die ganze Reihe der Vorkriegsverbrechen einschl. der Verfolgung innerhalb Deutschlands in den Plan des Angriffskrieges, wie ein Stein in einem zierlich gearbeiteten Mosaik".

**„Alle an den Judenverfolgungen beteiligt"**

Auch in bezug auf die Judenverfolgungen konnte der amerikanische Ankläger das Bestehen einer Verschwörung nachweisen, an der u. a. Göring, Funk, Heydrich und Goebbels führend beteiligt waren. „Die Rollen der anderen Angeklagten", so sagte er, „obwohl nicht ganz so allumfassend und aufsehenerregend, waren doch wesentliche und notwendige Beiträge zu dem gemeinschaftlichen Unternehmen."

Nachdem Jackson die Schuld und das Anteilmaß eines jeden Angeklagten an der Verschwörung aufgezählt hatte, versuchte er zu beweisen, daß die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit keine planlosen, vereinzelten oder spontanen Taten waren. „Abgesehen von dem unbestreitbaren Beweis ihrer Planung", erklärte der amerikanische Ankläger, „genügt es, sich zu fragen, ob man sechs Millionen Menschen verschiedener Nationen auf Grund ihrer Geburt und ihres Blutes absondern konnte, ob man sie vernichten und ihre Leichen wegschaffen konnte, ohne daß dieser Vorgang in den allgemeinen Plan der Regierung hineingepaßt hätte."

Jackson wandte sich dann dem Versuch der Angeklagten zu, den von der Anklage angewandten Begriff „Verschwörung" zu verzerren und die Möglichkeit einer Anwendung in ihrem Falle auszuschließen. Das Gericht habe in Voraussicht dieser Tatsache von vornherein einen Riegel vorgeschoben, indem es den zusätzlichen und nicht technischen Ausdruck „gemeinsamer Plan" anwandte.

„Es wird unserer Sache nicht schaden", fuhr Jackson fort, „anzunehmen, daß rein abstrakt keiner der Angeklagten den Krieg gewollt hätte, jedoch sie wollten Dinge, von denen sie wußten, daß sie sie ohne Krieg nicht erlangen konnten, sie wollten Land und Güter der Nachbarn, ihr Gedankengang scheint zu sein, daß, falls die Nachbarstaaten nicht einwilligen sollten, diese die Angreifer und für den Krieg verantwortlich sind."

„Die Angeklagten", so erklärte Jackson, „versuchten jetzt alle Verantwortung mit dem Hinweis auf das Führerprinzip, das ihnen selbst keine Handlungsfreiheit gelassen habe, von sich abzuschieben. Er fuhr fort: „Wie so viele abstrakte Argumente der Verteidiger, bricht die Behauptung, daß die absolute Macht Hitlers eine Verschwörung ausgeschlossen hätte, angesichts der bewiesenen Tatsachen zusammen. Wie Göring behauptet hat, war das Führerprinzip des Absolutismus selbst ein Teil des gemeinsamen Planes. Die Angeklagten mögen Sklaven des Diktators gewesen sein, jedoch er war ihr Diktator, ihn dazu zu machen, war nach Görings Zeugenaussage das Ziel der Nazi-Bewegung von Anfang an ..."

**„Sie machten ihn trunken mit Macht"**

„Was diese Männer übersehen haben, ist, daß Adolf Hitlers Taten ihre Taten waren. Diese Männer, die Millionen von anderen führten, waren es, die Adolf Hitler und seiner psychisch anormalen Person nicht nur unzählige kleinere Entscheidungen, sondern auch die letzten Entscheidungen über Krieg und Frieden anvertrauten. Sie machten ihn trunken mit Macht und Anbetung, seine Schuld ist festgestellt. Einige Angeklagte tun es mit Zögern, andere aus Rachsucht. Seine Schuld aber ist die Schuld all derjenigen, die auf der Anklagebank sitzen und die Schuld jedes Einzelnen von ihnen."

Die Angeklagten versuchten jetzt, so sagte Jackson, wenn sie schon das Bestehen einer Verschwörung nicht ableugnen könnten, wenigstens ihre eigene Teilnahme an dieser Verschwörung abzustreiten. Dazu sagte der Ankläger: „Bei der Verschwörung bestrafen wir nicht einen Mann für die Verbrechen eines anderen Mannes. Wir bemühen uns, einen jeden wegen eines eigenen Verbrechens zu bestrafen, das darin besteht, daß er sich einem gemeinsamen, verbrecherischen Plan anschloß, an dem auch andere beteiligt waren. Der Kern des Vergehens liegt in der Beteiligung an der Ausarbeitung oder Ausführung des Planes. In ganz Deutschland, in jeder Besatzungszone, werden heute die kleinen Nazis, die diese verbrecherischen Methoden auf Befehl ausführten, verurteilt und bestraft, aber es wäre eine große und unverzeihliche Verzerrung der Gerechtigkeit, wenn die Männer, die diese Politik planten und die ausführenden Organe leiteten, aller Strafverfolgung entgehen sollten."

Nachdem er die führende Stellung eines jeden Angeklagten auf seinem Gebiet erklärt hatte, stellte der amerikanische Ankläger fest: „Jeder dieser Männer leistete einen wirklichen Beitrag zum Nazi-Plan. Jeder von ihnen hatte eine Schlüsselrolle. Ohne die Funktionen eines Schacht, eines v. Papen oder eines Göring wäre das Nazi-System nicht denkbar gewesen.

**Zuviel Widersprüche**

Die Schwäche der Verteidigung der Angeklagten, so sagte Jackson, bestände darin, daß sie in zu großem Maße protestierten und abzustreiten versuchten. So wollten sie selbst den Inhalt der Dokumente, die sie erhielten und deren Befehle sie befolgten, nicht kennen. Daß sie sich bei einer solchen Führung der Verteidigung in Widersprüche verwickeln müßten, sei nur natürlich. „Schacht", erklärte Oberrichter Jackson, „trat erst dann offen der Nazi-Bewegung bei, als sie gewonnen hatte und verließ sie erst, als sie verloren hatte. Er gibt zu, daß er nie öffentlich Widerstand gegen sie geleistet hat, versichert aber, daß er ihr persönlich nicht treu gesinnt gewesen sei. Wenn wir ihn fragen, warum er den verbrecherischen Kurs dieser Regierung, deren Minister er war, nicht aufhielt, so sagt er, er habe nicht den geringsten Einfluß besessen. Wenn wir ihn aber fragen, warum er Mitglied einer verbrecherischen Regierung blieb, so erzählt er uns, daß er das Programm durch seinen Einfluß zu mäßigen hoffte. Unter allen Naziangriffen, über die er jetzt empört gewesen sein will, ist nicht ein einziger, den er nicht vor der Welt mit dem Gewicht seines Namens und seiner Stellung verteidigt hätte.

Diese Angeklagten, unfähig abzuleugnen, daß sie diejenigen waren, die die höchsten Machtstellen innehatten, und unfähig, die von mir dargelegten Verbrechen abzustreiten, wissen, daß ihr Leugnen unglaubhaft erscheint, ohne daß sie jemanden nennen können, der schuldig ist. Die Angeklagten waren einig, wenn es darum ging, die Schuld auf andere abzuwälzen, einmal auf den einen, einmal auf den anderen. Aber die Namen, die sie immer wieder aufgriffen, waren Hitler, Himmler, Heydrich, Goebbels und Bormann. Alle diese Männer sind tot oder zumindest nicht anwesend. Ganz gleich, wie stark wir auch die Angeklagten im Kreuzverhör in die Enge trieben, keiner hat den anklagenden Finger gegen einen Lebenden erhoben. Man ist versucht, die launigen Wege des Schicksals mit Zweifel zu betrachten, wenn dieses Schicksal nur die Schuldigen tot und die Unschuldigen am Leben läßt ... Dies ist fast zu merkwürdig."

**Die Lüge der Nazi-Lehre**

Mit der Bemerkung: „Lassen Sie mich einen Augenblick lang den Anwalt des Teufels spielen", begann Jackson nunmehr zu beweisen, daß diejenige Person, auf die fast sämtliche Angeklagten die Schuld abzuwälzen versuchten, nämlich Hitler, ohne die eifrige Mithilfe eben dieser Angeklagten niemals imstande gewesen wäre, seine Verbrechen zu begehen.

„Sie waren es", erklärte Jackson, „die sich verschworen, ihm unumschränkte Gewalt über ganz Deutschland zu geben. Er und das System, das sie für ihn geschaffen hatten, brachte ihnen allen den Untergang."

Oberrichter Jackson begann dann mit der Prüfung der Frage, welchen Wert die Aussagen der Angeklagten für die Urteilsfällung des Gerichts hätten. Er erklärte: „Die Tatsache besteht, daß der Hang der Nazis, mit der Wahrheit sparsam umzugehen, ihnen den Boden unter den Füßen ihrer eigenen Verteidigung wegzieht.

Die Lüge hat in der Nazi-Lehre immer in hohem Ansehen gestanden. Hitler hat in „Mein Kampf" Verlogenheit als ein Mittel der Politik befürwortet. Ribbentrop gibt den Gebrauch diplomatischer Lügen zu, Keitel riet, daß die Tatsache der Wiederaufrüstung geheimgehalten werden sollte, so daß sie in Genf geleugnet werden konnte. Raeder betrog die Welt beim Wiederaufbau der deutschen Kriegsmarine unter Verletzung des Versailler Vertrages. Göring drängte Ribbentrop, dem englischen Auswärtigen Amt eine „legale Lüge" über den Anschluß zu erzählen und half ihm dabei nur auf einem Weg, den Ribbentrop schon lange betreten hatte. Selbst Speer schlug vor, die Franzosen zu täuschen, damit sie die Spezialarbeiter unter den Kriegsgefangenen bekanntgaben."

Aber auch mit indirekten Lügen, so sagte Jackson, mit ihrer „Nazi-Doppelzüngigkeit", hätten die Angeklagten gearbeitet. So sei z. B. der Begriff „Schutzhaft" gleichbedeutend mit KZ gewesen, der Begriff „Dienstverpflichtung" mit Sklavenarbeit.

**„Dies ist der Hintergrund", so schloß Jackson seine Schlußrede vor dem Nürnberger Tribunal, „vor dem diese Angeklagten heute den Gerichtshof bitten, sie für nichtschuldig zu erklären am Planen, an der Ausführung oder der Verschwörung zu dieser langen Liste der hier enthüllten Verbrechen. Sie stehen vor den Beweisen dieses Prozesses wie der blutbesudelte Gloucester an der Bahre des erschlagenen Königs. Er bat die Witwe — wie die Angeklagten Sie bitten —: „Sag', daß ich sie nicht erschlagen habe, und die Königin antwortete: „Dann sag', sie seien nicht erschlagen worden, doch sie sind tot und von dir, Teuflischer, getötet worden."**

**Würde man von diesen Männern sagen, daß sie nichtschuldig seien, so könnte man mit dem gleichen Recht sagen, es gab keinen Krieg, keine Toten, kein Verbrechen."**

### Für Verhängung der Todesstrafe

**Nürnberg**, 29. Juli. (DANA) Der französische Ankläger Charles Dubost sprach sich am Montag in seinem Plädoyer für die Todesstrafe aus, indem er erklärte: „Wie könnten wir die Todesstrafe für einen Kramer, einen Höß beantragen, Lagerkommandanten, die infolge von Befehlen Millionen Menschen auf dem Gewissen haben, wenn wir heute zögern, die Todesstrafe gegen jene zu beantragen, die Werkzeuge eines verbrecherischen Staates waren, der die Befehle erteilte?"

# „Das Schicksal wird sie schlagen"

**Des britischen Hauptanklägers, Sir Hartley Shawcross, Schlußrede**

„Das Schicksal wird sie schlagen, weil sie sich selbst verrieten und nicht sein wollten, was sie sind. Daß sie den Reiz der Wahrheit nicht kennen, ist zu beklagen, daß ihnen Dunst und Rauch und berserkerisches Unmaß so teuer sind, ist widerwärtig, daß sie sich jedem verrückten Schurken gläubig hingeben, der ihr Niedrigstes aufwühlt, sie in ihren Lastern bestärkt und sie lehrt, Nationalität als Isolierung und Roheit zu begreifen, ist miserabel."

Diese düstere Prophezeiung Goethes zitierte der britische Hauptankläger Sir Hartley Shawcroß, als er in der Freitagnachmittag-Sitzung des Nürnberger Gerichtshofes im Namen Großbritanniens die Schlußrede gegen die 21 Angeklagten hielt.

Er ließ seine Rede ausklingen mit der Hoffnung, daß nach der Sühne der im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen Deutschland wieder zu sich selbst finden möge und zitierte auch hier wieder die Worte Goethes: „So sollten es die Deutschen halten: Weltempfangend und weltbeschenkend, die Herzen offen jeder fruchtbaren Bewunderung, groß durch Verstand und Liebe, durch Mittlertum und Geist — so sollten sie sein, das ist ihre Bestimmung."

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte Sir Hartley Shawcroß fest, daß es die Männer auf der Anklagebank in Nürnberg waren, die mit einer Handvoll Helfershelfer die furchtbare Schuld von zwölf Millionen Morden — die Gefallenen der Schlachtfelder nicht eingerechnet — auf das deutsche Volk geladen haben.

**Der Gerichtshof habe in vielen Monaten das Beweismaterial geprüft und die Tatsachen untersucht, „um nun das Gesetz anzuwenden, damit sowohl diesen Menschen als ihren zahllosen Opfern Gerechtigkeit geschehen möge und damit die Welt auch wisse, daß schließlich die Vorherrschaft der Macht ausgetrieben wird und Gesetz und Recht die Beziehung zwischen den Staaten beherrschen werden."**

„Innerhalb eines Jahres ist eine in der Geschichte einmalige Beweisführung gesammelt, ausgesucht und vorgebracht worden. Diese Beweise wurden nicht widerlegt und werden ewig denen vor Augen stehen, die in Zukunft versuchen sollten, das Geschehene zu entschuldigen oder zu beschönigen."

In seinen weiteren Ausführungen stellte Shawcroß die Frage, wer für all diese Verbrechen verantwortlich sein sollte, wenn nicht diese Männer, die zusammen mit Hitler, Himmler und Goebbels die Führer und Aufheger des deutschen Volkes waren. Er erinnerte daran, daß die Nazi-Führer, solange sie noch „angetan mit ihrer kurzlebigen Macht über die Bühne Europas stolzierten", der Welt und dem deutschen Volk nicht erzählten, sie seien nur unwissende und machtlose Puppen des Führers gewesen.

**Auf den Aufstieg der Nazi-Partei hinweisend,** erklärte er, daß die Angeklagten anstatt Widerstand zu leisten, die Hitler-Legende aufbauten und Hitler den Weg zur Macht ebneten. Zu ihrer Entschuldigung könne man keineswegs anführen, daß ihnen die Ziele Hitlers unbekannt gewesen seien. Paul Schmidt, Hitlers Dolmetscher, habe auf dem Zeugenstand erklärt, die allgemeinen Ziele der Nazi-Herrschaft seien von Beginn an bekannt gewesen: Beherrschung des europäischen Kontinents durch Einverleibung aller deutschsprechenden Gruppen ins Reich und durch Gebietsausdehnung unter dem Schlagwort „Lebensraum".

**Hitlers Streitruf „Versailles".**

Der Streitruf „Versailles" sei, wie der britische Hauptankläger weiter ausführte, nur ein Mittel gewesen, um das deutsche Volk auf die Aggressionspolitik vorzubereiten. Noch verwerflicher müßte man jedoch die zum Antisemitismus aufrufende Hetze beurteilen, von der Hitler selbst einmal erklärte: „Antisemitismus ist ein nützliches, revolutionäres Hilfsmittel, antisemistische Propaganda in allen Ländern ist ein fast unentbehrliches Mittel für die Ausbreitung unseres politischen Feldzuges. Sie werden sehen, wie wenig Zeit wir brauchen werden, um die Ansichten und Maßstäbe der ganzen Welt umzustoßen, einzig und allein, indem wir das Judentum angreifen. Es ist über alle Zweifel erhaben, daß dies die wichtigste Waffe in unserem Propaganda-Arsenal ist."

Im Januar 1933 standen, nach den Worten Shawcroß', der brutalen Diktatur Hitlers und seiner

Das Nürnberger Tribunal (DANA-Bild)

Trabanten folgende Widerstände entgegen: Die politischen Parteien, das demokratische Wahlsystem, die Versammlungsfreiheit, die Gewerkschaften und das durch die Kirche geförderte sittliche Niveau des deutschen Volkes. Hier erwähnte der britische Ankläger u. a. auch eine Rede des Angeklagten Frick vom Jahre 1927, in der dieser erklärt hatte: „Die Nationalsozialisten sehnen den Tag herbei, an dem sie dem Teufelsspuk (Parlament) das verdiente, unrühmliche Ende bereiten können und die Bahn frei machen für eine völkische Diktatur.“

Vor allem dem Angeklagten Schacht müsse man es zur Last legen, daß er 1935 schon in der Ueberzeugung, Hitlers Politik würde eine Politik des Schreckens sein, im Amt verblieb und sogar zwei Jahre später das Goldene Parteiabzeichen aus den Händen Hitlers nahm.

Sir Shawcroß wandte sich sodann gegen die von den Angeklagten aufgestellte Behauptung, Deutschland sei im Jahre 1939 nicht auf einen Krieg vorbereitet gewesen und zitierte die Denkschrift Hitlers vom 9. Oktober, worin Hitler die Ueberlegenheit der deutschen Waffen feststellte. Ribbentrop hatte zwar auf dem Zeugenstand erklärt, daß er bis zuletzt den Kriegsausbruch vermeiden wollte, aber auch diese Behauptung wurde von dem britischen Hauptankläger mit einer Anweisung Ribbentrops widerlegt, der bereits einen Monat vor München erklärt hatte: „Unvermeidlich muß die deutsche Abkehr von den südöstlichen Grenzproblemen und der Uebergang zu den östlichen und nordöstlichen die Polen hellhörig machen. Daß nach Liquidation der tschechischen Frage Polen an der Reihe ist, wird allgemein vermutet werden. Wichtig in diesem Sinne aber ist es, die deutsche Politik bis auf weiteres unter landläufigen und bewährten Maximen, wie Selbstbestimmungsrecht und „völkische Gemeinschaft“ fortzuführen. Alles andere könnte uns als reiner Imperialismus ausgelegt werden und den Widerstand der Entente zu früh und zu energisch auf den Plan rufen.“

Nachdem Shawcroß eingehend die Neutralitätsbrüche Deutschlands behandelt hatte, nahm er gegen die von Prof. Jahreiß in seinem völkerrechtlichen Plädoyer aufgestellten Theorien Stellung. Prof. Jahreiß hatte bekanntlich folgende Leitmotive in seine Ausführungen aufgenommen: „nulla poena sine lege“ (keine Strafe ohne Gesetz), den Gedanken der Staatssouveränität, die die Haftbarmachung der Regierung anderen Staaten gegenüber ausschließen soll, und die Behauptung, das System der Kriegsverhütung (Briand-Kellogg-Pakt) sei praktisch vor dem Kriege schon zusammengebrochen und könne daher keine Rechtsgrundlage mehr darstellen.

Im einzelnen erklärte Sir Hartley Shawcroß hierzu, daß es rechtlich sehr wohl möglich sei, a posteriori, also nach Begehen einer Tat, ein Gesetz aufzustellen, das diese zum Verbrechen und ihren Urheber zum Verbrecher macht.

Die anfänglichen Erfolge Deutschlands und seiner Verbündeten konnten niemals beweisen, daß das bis zum Ausbruch des Krieges bestehende Vertragssystem in Europa an Gültigkeit verloren hatte. „Beraubten die Angriffe Japans und Italiens und später die deutschen Angriffe gegen Oesterreich und die Tschechoslowakei jene Verpflichtungen ihrer bindenden Wirkung, weil diese Verbrechen einen vorübergehenden Erfolg erzielten? Seit wann hat die zivilisierte Welt den Grundsatz anerkannt, daß die zeitweilige Straffreiheit des Verbrechers nicht nur das Gesetz seiner bindenden Kraft beraubt, sondern auch das Verbrechen zur gesetzlichen Handlungsweise erhebt?“ Jeder Staat könne zwar das Recht der Selbstverteidigung für sich in Anspruch nehmen und zu dessen Durchführung auch einen Krieg beginnen. Dies bedeute jedoch nicht, daß der Staat, der dies tue, die letzte Instanz über die Rechtmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit seines Vorgehens sei. „Er handelt auf eigene Gefahr, genau wie die Einzelperson für die Ausübung ihres gewohnheitsrechtlich feststehenden Rechts zur Selbstverteidigung verantwortlich ist, wenn er sein Recht mißbraucht und die Selbstverteidigung zu einem Werkzeug der Eroberung und Gesetzlosigkeit macht.“

„Es steht zu hoffen“, sagte Sir Hartley, „daß das Urteil dieses Gerichtshofes für alle Zukunft der Behauptung den Boden entzieht, daß ein Vertrag nicht die Kraft habe, völkerrechtlich bindende Verpflichtungen aufzuerlegen, nur weil er den Signatarmächten das Recht auf Selbstverteidigung einräumt.“

**Anstand — die Grundlage der völkerrechtlichen Ordnung**

Ebenfalls sei es abwegig, zu behaupten, daß Staaten bzw. Regierungen von Staaten immer legal handeln, da es keine Macht gibt, den Gehorsam eines Staates dem Gesetz gegenüber zu erzwingen. Das Nichtbestehen einer Vollzugsgewalt könne niemals das Völkerrecht entkräften. Auch die These, daß nur der Staat und nicht Einzelpersonen für die Verbrechen einer Regierung verantwortlich gemacht werden könnten, sei falsch, da das Völkerrecht, wenn nötig, sehr wohl auch Einzelpersonen verurteile, wie die Beispiele der Piraterie, des Blockadebruchs und der Spionage eindeutig zeigten. Es sei zwar richtig, daß eine Reihe von gerichtlichen Entscheidungen vorläge, denen zufolge kein Staat über einen anderen Staat oder dessen Oberhaupt rechtliche Gewalt hat. „Diese Entscheidungen gründeten sich aber auf die Regeln nationalen Anstandes und friedlichen, reibungslosen, internationalen Verkehrs. Diese Regeln haben die Unantastbarkeit fremder Souveränität zur Voraussetzung, und zwar so weit, als die Anerkennung der Souveränität die internationalen Beziehungen fördert. Sie bilden jedoch keinerlei Stütze für die Auffassung, daß die Organe des Staatsaufbaues berechtigt seien, sich hinter dem von ihnen selbst geschaffenen metaphysischen Gebilde zu verschanzen, wenn dieser Staat darauf ausgeht, den Anstand, der die Grundlage für das Bestehen einer völkerrechtlichen Ordnung bildet, zu zerstören.“

Die Entschuldigung der Angeklagten, sie hätten lediglich auf Befehl Hitlers gehandelt und seien nur seine ausführenden Organe gewesen, wies Sir Hartley mit folgenden Worten zurück: „Die Diktatur, hinter der sich diese Männer zu verschanzen suchen, war ihre eigene Schöpfung. Von dem Wunsche getrieben, sich selbst eine Machtstellung zu schaffen, bauten sie das System auf, von dem sie ihre Befehle empfingen.“

„Außerdem muß es hier jetzt ganz einfach gesagt werden, daß diese Angeklagten auch gewöhnlicher Morde angeklagt sind. Diese Verbrechen allein würden genügen, um die Todesstrafe gegen sie auszusprechen. Die Tatsache, daß das Verbrechen gegen den Frieden noch hinzukommt, kann nichts an dem Strafmaß ändern, das ohnedies gegen die Angeklagten angewandt werden kann. Sir Hartley Shawcroß nahm zunächst zu der Behauptung der Angeklagten Raeder und Dönitz Stellung, daß es eine zu große Gefahr bedeutet habe, Schiffbrüchige zu retten. „Es ist keine Antwort“, so führt er aus, „daß es ein größeres Risiko für den Angreifer bedeute, wenn man Nicht-Kombattanten am Leben läßt. Der Mörder geht nicht frei aus, wenn er behauptet, er habe das von ihm verletzte Opfer töten müssen, damit es ihn in der Folge nicht wiedererkenne.“

Sir Hartley beschäftigte sich darauf mit den einzelnen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die den Angeklagten vorgeworfen werden. Er wandte sich zunächst der Behandlung der Kriegsgefangenen zu, die allein „für alle Zeiten die Ehre der deutschen Armee beflecken wird“. Er zitierte den Befehl des OKW über die Behandlung russischer Kriegsgefangener vom 8. Sept. 1941, in dem es heißt: „Rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Hetzern, ist daher zu befehlen. Jeder aktive oder passive Widerstand muß sofort mit der Waffe (Bajonett, Kolben oder Schußwaffe) restlos beseitigt werden. Wer zur Durchsetzung eines gegebenen Befehls nicht oder nicht energisch genug von der Waffe Gebrauch macht, macht sich strafbar.“

Dieser Befehl, den Keitel trotz aller Einwendungen von Canaris und anderen aufrechterhielt, führte in seiner Folge zur Verbringung Zehntausender von Kriegsgefangenen in die Konzentrationslager und zu ihrer Erschießung. Sir Hartley beschäftigte sich ausführlicher mit der Erschießung der 50 britischen Flieger aus dem Stalag Luft III und führte aus, daß die Mitschuld der Angeklagten Göring, Keitel und Kaltenbrunner an diesem Mord erwiesen sei, während Jodl und Ribbentrop zumindest davon gewußt hätten. Ebenso seien Keitel, Jodl, Dönitz, Raeder, Göring und Kaltenbrunner unmittelbar für den Kommandobefehl und seine Durchführung verantwortlich, „ein Befehl, von dem Jodl selbst zugab, daß er Mord bedeute und dessen Ungesetzlichkeit Keitel unter gleichzeitigem Eingeständnis seiner Scham einräumte.“

„Der Kommandobefehl“, fuhr der Ankläger fort, „kann sich an Gemeinheit und Brutalität nicht mit dem Nacht- und Nebelbefehl vom 7. Dez. 1941 messen. Diese von Keitel unterzeichnete Weisung Hitlers wurde von Keitel folgendermaßen begründet: „Eine wirksame und nachhaltige Abschreckung ist nur durch Todesstrafen oder durch Maßnahmen zu erreichen, die Angehörigen und die Bevölkerung über das Schicksal des Täters im Ungewissen halten. Diesem Zwecke dient die Ueberführung nach Deutschland.“

Frank schrieb am 16. Dez. 1941 in sein Tagebuch: „Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt.“ Abgesehen davon, daß sie nicht einmal Mitleid mit ihren eigenen Leuten hatten, haben die Angeklagten diesen Grundsatz getreulich durchgeführt.

**Zwangsarbeit — ein Bestandteil des Nazi-Programms**

Das umfangreiche Beweismaterial über die unmenschliche Partisanen-Bekämpfung, über die Erschießung unschuldiger Dorfbewohner, das Niederbrennen ganzer Ortschaften, selbst die Ermordung von Frauen und Kindern im Partisanengebiet, beweise eindeutig die Mitschuld Keitels, Jodls, Görings und Ribbentrops. Ein weiteres offenbares Kriegsverbrechen sei der Einsatz von Zwangsarbeitern gewesen, der, von Göring, Frick, Funk und Raeder schon im Juni 1939 geplant, von Sauckel mit „unbarmherziger Brutalität“ durch die Deportation von insgesamt fast sieben Millionen ausländischer Arbeiter nach Deutschland durchgeführt wurde. Bezüglich der menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen ein Großteil dieser Zwangsarbeiter in Deutschland lebte, verwies Sir Hartley auf die Beweisaufnahme. „Die Zwangsarbeit war ein wesentlicher Bestandteil eines vorsätzlichen und systematischen Planes. Um das Tausendjährige Reich zu gründen, begannen die Nazis mit der Ausrottung oder dauernden Schwächung der rassischen und völkischen Gruppen Europas. Der Ursprung dieses fürchterlichen Anschlages auf das Dasein freier und alter Völker geht auf die gesamte Lehre der Nazis vom totalen Krieg zurück, die den Krieg nur gegen Staaten und ihre Heere, so wie er vom Völkerrecht vorgeschrieben wird, ablehnte.“

Sir Hartley zitierte einen Befehl Bormanns: „Die Sklaven sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben. Impfzwang und deutsche Gesundheitsfürsorge sind daher überflüssig. Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis 100 zählen können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig.“

Nachdem der britische Ankläger auf das „Märtyrertum“ Polens hingewiesen hatte, in dem ein Drittel der Bevölkerung ermordet und Millionen in völliger Verarmung zurückgelassen wurden, wandte er sich dem „ungeheuerlichsten aller Naziverbrechen“ zu, der Ausrottung der Juden. „Hätten die Angeklagten kein anderes Verbrechen begangen, dieses allein, in das sie alle verwickelt sind, würde zu ihrer Verurteilung genügen. Die Geschichte kennt keine Parallele zu diesem Schrecken.“

Sir Hartley erinnerte an die Aussage des Zeugen Hoeß, des ehemaligen Kommandanten von Auschwitz, und andere Beweise dafür, daß der Massenmord an Millionen Juden keinem der Angeklagten verborgen bleiben konnte. Ebensowenig wie die Ermordung hunderttausender Deutscher, die wegen Geistesschwäche oder unheilbarer Krankheit von den Nazis zum „Gnadentod“ verurteilt wurden.

Shawcroß wandte sich zur Richterbank: „Man mutet Ihnen zu, zu glauben, daß ein Mann, der entweder Minister oder leitender Beamter in einem Staate war, in dem innerhalb von sechs Jahren unter entsetzlichen Bedingungen einige sieben Millionen Männer, Frauen und Kinder zur Zwangsarbeit verschleppt, 725 000 seiner eigenen Alten und Geistesschwachen vernichtet sind, ganz gering geschätzt, zwölf Millionen Menschen in den Gaskammern oder durch Erschießen getötet wurden, daß solch ein Mann nichts von diesen Verbrechen gewußt hat und nicht verantwortlich für sie war. Es wird von Ihnen verlangt, daß Sie glauben, daß die Schrecken der Transporte, die Zustände in den Arbeitslagern, die über das ganze Land verbreitet waren, der Gestank der verbrannten Leichen, alles der Welt wohlbekannte Dinge, diesen 21 Männern, auf deren Befehl sie geschahen, unbekannt waren. Obwohl diese Männer in Wort und Schrift diese entsetzliche Politik der Völkerausrottung befürworteten, verlangt man von Ihnen, daß Sie glauben, daß diese Aeußerungen in Unkenntnis der Tatsachen oder lediglich aus taktischen Gründen erfolgten, d. h., daß sie durch derartiges Sprechen und Schreiben nur Hitler von Terror und Grausamkeit ablenken wollten.“

**Das Individuum wichtiger als der Staat.**

Nachdem Sir Hartley noch einmal einen Ueberblick über die Verantwortung jedes einzelnen der Angeklagten für die Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit gegeben hatte, erklärte er abschließend: „In gewisser Hinsicht bedeutet das Schicksal dieser Menschen nur wenig, ihre persönliche Macht zum Bösen ist für immer zerbrochen. Sie haben sich gegenseitig überführt und in Verruf gebracht und endgültig die Legende zerstört, die sie um die Gestalt ihres Führers geschaffen hatten. Trotzdem hängt von ihrem Schicksal noch sehr viel ab, denn der Weg der Wahrheit und des Rechts unter den Völkern der Welt, die Hoffnung auf zukünftige internationale Zusammenarbeit liegen in der Hand des Gerichts. Dieser Prozeß muß zu einem Markstein in der Geschichte der Zivilisation werden, nicht nur, indem man an den schuldigen Menschen Vergeltung übt und betont, daß das Recht schließlich über das Böse triumphiert, sondern auch durch die Entscheidung des einfaches Mannes auf dieser Welt, daß das Individuum wichtiger sein soll als der Staat.

# „Genocidium“ (Völkermord)

**Ein neuer Begriff des internationalen Rechts**

Nürnberg, 29. Juli (DANA). „Genocidium“ — Völkermord — dieser neue Begriff des internationalen Rechtes, der die biologische und kulturelle Vernichtung „ganzer Gruppen“ von Menschen, nationaler, rassischer oder religiöser Gruppen bezeichnet, wurde in den letzten Tagen im Nürnberger Gerichtsverfahren gefestigt. Der Ausdruck wurde von dem britischen Hauptankläger, Sir Hartley Shawcroß in seiner Schlußrede mehrmals benutzt und wird auch in den Ausführungen der französ. und russischen Anklägers erwähnt werden.

Sollte das internationale Militärtribunal die in Nürnberg angeklagten früheren Naziführer dieses Verbrechens des Völkermordes für schuldig finden, ist ein Präzedenzfall geschaffen, um gefährdete Gruppen durch internationales Recht zu schützen, selbst wenn dieses Verbrechen von einer Regierung an ihren eigenen Bürgern begangen wurde.

Der Schöpfer dieses Begriffes, Raphael Lemki, Professor für Völkerrecht an der Duke University in North Carolina, USA, der derzeit in Nürnberg ist, erklärte heute in einem Interview mit einem DANA-Vertreter, daß er in einem Memorandum an die Pariser Friedenskonfrenz vorgeschlagen hat, in die Friedensverträge eine Klausel einzuschalten, die Genocidium als internationales Verbrechen erklärt und international bestraft.

Der Begriff „Genocidium“ — Völkermord — ist bereits im Punkt 3 der Anklageschrift gegen die hier angeklagten ehemaligen Naziführer enthalten.

Die Angeklagten „verübten vorsätzlichen und systematischen Massenmord, das heißt die Ausrottung von Gruppen einer bestimmten Rasse oder Nationalität“, heißt es dort, „um bestimmte Rassen, Volksklassen und nationale, rassische oder religiöse Gruppen, insbesondere Juden, Polen, Zigeuner und so weiter zu vernichten.“

Der britische Hauptankläger stützte sich vielfach auf Beweisdokumente und Aussagen der Angeklagten selbst, als er diesen Punkt der Anklageschrift über Genocidium — Völkermord — unterstrich. „Der totale Krieg der Nazis“, führte er aus, „war ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung, gegen ganze Völker. Die Pläne für Genocidium — Völkermord — wurden von Hitler und Himmler formuliert. Sie gingen über die bloße Germanisierung anderer Völker hinaus. Das waren auch die Pläne für die Tschechoslowakei, die Sowjetunion und für Polen“, sagte Sir Hartley. Genocidium war nicht nur auf die Juden und Zigeuner beschränkt, es wurde in verschiedenen Formen auf die Jugoslawen, die nichtdeutschen Einwohner von Elsaß-Lothringen, die Bevölkerung der Niederlande und Norwegens angewandt. — Shawcroß gab auch ein anschauliches Bild der Technik und der Einzelheiten, wie die Nazis versuchten, durch verschiedene biologische Maßnahmen Genocidium zu verüben: Sterilisierung, Kastrierung, Verhinderung von Eheschließungen usw.

„Es gibt eine Gruppe“, sagte Sir Hartley, „an welcher die Methode der Ausrottung in solchem Maße angewandt wurde, daß es meine Pflicht ist, sie besonders zu erwähnen! Ich habe die Vernichtung der Juden im Auge. Wären diese Männer (die Angeklagten) keines anderen Verbrechens schuldig, als dieses allein, an welchem sie alle teilgenommen haben, es würde genügen, sie zu verurteilen. Die Geschichte der Menschheit kennt keine ähnlichen Schrecken.“

## Die Anklage gegen die Organisationen

Nürnberg, 29. Juli. (DANA) Nach Beendigung der Schlußreden der Anklagebehörde wird vor dem internationalen Tribunal die Beweisaufnahme der Verteidigung zur Entlastung der als verbrecherisch angeklagten Organisationen beginnen.

Es handelt sich dabei um die folgenden inzwischen aufgelösten Nazi-Organisationen:

1. Die Reichsregierung; 2. Das Korps der Pol. Leiter der NSDAP; 3. die Schutzstaffeln der NSDAP (SS) einschl. des Sicherheitsdienstes (SD); 4. die Geheime Staatspolizei; 5. Die Sturmabteilungen (SA); 6. der Generalstab und das OKW. Der Personenkreis, der von dieser Anklage betroffen wird, wurde in der Anklageschrift und in der Rede des amerikanischen Hauptanklägers Geoffrey Jackson vom 28. Februar 1946 folgendermaßen festgelegt:

1. Die Reichsregierung umfaßt sämtliche Kabinettsmitglieder seit dem 30. Januar 1933, außerdem die Mitglieder des Ministerrats für die Reichsverteidigung und des Geheimen Kabinettsrates. Diesen Personen wird vorgeworfen, daß sie Machtfunktionen allererster Ordnung im deutschen Regierungssystem ausübten und deshalb für die von der deutschen Regierung verfolgte Politik verantwortlich gemacht werden müßten, soweit sie verbrecherisch war.

2. Das Korps der Politischen Leiter besteht aus den sog. „Hoheitsträgern“, vom Blockleiter bis zur obersten Parteiführung, außerdem aus den Stäben der Kreis-, Gau- und Reichsleiter — insgesamt etwa einer Million Personen. Nach Ansicht der Anklagebehörde war die NSDAP der „innere Kern“ der Nazi-Verschwörung. Die Politischen Leiter als bedeutender Machtfaktor innerhalb der Partei sind daher für die Verbrechen der Nazi-Führung mitverantwortlich.

3. Die angeklagten Organisationen der SS und des SD umfassen bei einer Mitgliedschaft von insgesamt 753 000 Personen die allgemeine und die Waffen-SS, die SS-Polizeiregimenter und alle Gruppen und Gliederungen der SS, wie z. B. den berüchtigten „Lebensborn“. Die SS wird beschuldigt, durch ihre zahlreichen Aufgaben — darunter die Verwaltung der Konzentrationslager und die Durchführung des Nazi-Terrors in den besetzten Gebieten — geholfen zu haben, „das Nazi-Regime in Deutschland und den besetzten Gebieten zu schützen und auszudehnen“.

4. Die Anklage gegen die Geheime Staatspolizei richtete sich gegen sämtliche Zweigstellen und Gliederungen der Gestapo, die nach dem 30. Januar 1933 bestanden. Es handelt sich dabei um etwa 15 000 Personen. Die Tätigkeit der Gestapo bestand, wie die Anklageschrift erklärt, darin, „Gruppen und Einzelpersonen zu unterdrücken und auszumerzen sowie jeden Widerstand oder den Keim eines solchen in den besetzten Gebieten zu unterdrücken. Bei der Ausübung ihrer Funktion arbeitete die Gestapo ohne jede gesetzliche Bindung“. Sie wird daher für die Naziverbrechen mitverantwortlich gemacht.

5. Die SA umfaßt im Sinne der Anklage etwa vier Millionen Mitglieder, darunter die Reiterstürme, Grenzschutz-Stürme, SA-Musikzüge und andere Unterorganisationen der SA, mit Ausnahme der SA-Reserve. Die Anklagebehörde bezeichnet die SA als eine „Privat-Armee“ der Nazi-Verschwörer, die geschaffen wurde, um Unordnung zu stiften und politische Gegner zu terrorisieren.

6. Unter der Sammelbezeichnung „Generalstab und OKW“ werden die höchsten militärischen Führer der deutschen Wehrmacht angeklagt, sofern sie zwischen Februar 1938 und Mai 1945 eine der folgenden Stellungen innehatten: Oberbefehlshaber des Heeres, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Chef des Generalstabes des Heeres, Chef der Seekriegsleitung, Chef des Generalstabes der Luftwaffe, Chef des OKW, Chef und stellv. Chef des Wehrmachtführungsstabes sowie alle Oberbefehlshaber von Heeresgruppen und Armeen, Luftflotten und Marinegruppen-Kommandos.

Die Inhaber dieser Aemter werden von der Anklage in besonderem Maße für die Planung, Vorbereitung, das Beginnen und die Führung des ungesetzlichen Angriffskrieges und die in dieser Folge aufgetretenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gemacht.

Alle diese Organisationen sind von der Anklagebehörde als verbrecherisch angeklagt. Oberrichter Jackson, der amerikanische Hauptankläger, sagte dazu am 20. November 1945: „Das Urteil, das wir das Gericht zu fällen bitten, daß nämlich diese Organisationen verbrecherische Organisationen sind, wird ihre Mitglieder einer Bestrafung aussetzen, die später durch besondere Gerichte bestimmt werden wird, es sei denn, daß ein persönlicher Entlastungsgrund festgestellt werden kann, so z. B. wenn jemand beigetreten ist, weil er selbst oder seine Familie unter Druck gesetzt oder durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zum Beitritt veranlaßt worden ist oder dergleichen.“

### Zum Tode verurteilt

Braunschweig, 29. Juli. (DANA) Zum Tode durch Erschießen wurde von einem britischen Militärgericht in Braunschweig Ferdinand Grosse, ehemaliger Kapo des KZ Stöcken und Ahlen bei Hannover verurteilt. Grosse ist für schuldig befunden worden, 1944 bis 1945 an medizinischen Experimenten, die an Häftlingen vorgenommen wurden, teilgenommen und Lagerinsassen so schwer mißhandelt zu haben, daß einige an ihren Verletzungen starben.

# Der Repräsentant des Lügenministeriums

**„Nachrichtenfachmann“ Hans Fritsche — „In Irrtum verstrickt“**

Nürnberg, 29. Juli. (DANA) Hans Fritsche war nur „Journalist und Fachmann“ und Propaganda ist kein Verbrechen. Diese These vertrat Rechtsanwalt Dr. Heinz Fritz in seinem Plädoyer für den letzten der 21 Angeklagten vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg.

Dr. Fritz erklärte, daß der Angeklagte, der „selbst in seiner letzten Stellung als Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Rundfunk, nur einer von 12 Beamten gleichen Ranges“ gewesen sei, weder als „Stellvertreter von Goebbels“ noch als „der Schöpfer des großen Kontrollapparates für die deutsche Presse“ beurteilt werden könne.

**Kein „alter Kämpfer“**

Wie der Verteidiger weiter ausführte, könne man Fritsche, der kein „Alter Kämpfer“ gewesen sei und auch nicht „später das Goldene Parteiabzeichen verliehen bekommen habe“, nicht vorwerfen, an einer „Verschwörung zur Herbeiführung eines Angriffskrieges“ teilgenommen zu haben. Nach der Meinung von Dr. Fritz waren es nicht die amtlichen Stellungen Fritsches, sondern seine Rundfunkansprachen, die zur Erhebung einer Anklage gegen ihn geführt hätten. „Die große Bedeutung des Radios für die moderne Nachrichtenübermittlung ließ ihn in einem besonderen Licht erscheinen. Es soll damit nicht bestritten werden, daß er einen großen Einfluß auf das deutsche Volk gehabt hat.

**Propaganda im Kriege**

Anschließend untersuchte Dr. Fritz ausführlich die völkerrechtliche Beurteilung der Propaganda mit besonderer Berücksichtigung der Propaganda im Kriege. Er kam zu dem Schluß, daß es im Kriege nach geltendem Völkerrecht keinerlei Schranken für Propaganda gegen andere Staaten gebe. „Verunglimpfung des Gegners und seiner Staatsmänner“, erklärte der Verteidiger, „seine Verächtlichmachung, Verfälschung der gegnerischen Motive und Absichten, verleumderische Unterstellung, Aufstellung unbewiesener Behauptungen gehören leider zu denjenigen Propagandamitteln, die allseitig und zwar in steigendem Maße im Verlaufe eines Krieges angewandt zu werden pflegen.“

Das Plädoyer für Fritsche wurde in der Donnerstag-Vormittagssitzung durch Rechtsanwalt Dr. Heinz Fritz fortgesetzt, nachdem vorher das Gericht in geschlossener Sitzung getagt hatte.

Das Gericht teilte mit, daß auch das neu bearbeitete Plädoyer von Dr. Alfred Seidl für den Angeklagten Heß in dieser Form nicht zugelassen werden könne, da das Plädoyer immer noch Bemerkungen über die Unfairheit des Versailler Vertrages enthalte sowie Dinge, die mit dem Gericht nichts zu tun hätten. Diese Sätze seien gestrichen worden.

Dr. Fritz wies den Vorwurf der Anklage zurück, nach der Fritsche eine Hetze gegen das Judentum unternommen habe und versuchte zu beweisen, daß Fritsche das „sog. Judenproblem“ nie für sich allein behandelt hätte. Fritsche hat immer gleichzeitig auch von Plutokraten, Bolschewisten, Demokraten und in ähnlichen Phrasen gesprochen, mit denen die Propaganda des Dritten Reiches den Kampf führen zu müssen glaubte.

Auch eine „Teilnahme Fritsches an Verbrechen gegen den Frieden, eine Verletzung des Kriegsrechtes oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verneinte der Verteidiger, nachdem er in einer rechtlichen Untersuchung die Begriffe „Gehilfe“ und „Teilnehmer“ definierte und zu dem Schluß kam, daß sie auf seinen Mandanten nicht anwendbar seien, da dieser als Nachrichtenfachmann nicht Mitglied einer Verschwörung gewesen sei.

**Der notorische Lügner Goebbels**

Am Schlusse seines Plädoyers stellte Dr. Fritz fest, daß nach den Ergebnissen dieses Prozesses Goebbels ein „notorischer Lügner“ gewesen sei und seiner Ueberzeugung nach Fritsche nicht „als Repräsentant des Propagandaministeriums“ auf der Anklagebank sitzen würde, wenn „Goebbels sich nicht durch seine Flucht in den Tod der Verantwortung entzogen hätte“. „Fritsche blieb im Irrtum verstrickt, wie Millionen andere Deutsche . . . natürlich war es eine Sünde — sogar die schwere Sünde wider den Geist — dem System gedient zu haben“.

Der Verteidiger beantragte hierauf eine Freisprechung seines Mandanten, den er als nichtschuldig im Sinne der Anklage bezeichnete. Dagegen ließ er die Frage offen, „inwieweit Fritsche selbst dem deutschen Volke gegenüber verantwortlich ist, dafür, daß er es immer wieder und bis zuletzt zum kriegerischen Durchhalten aufgefordert hat . .“

**Das Plädoyer für Rudolf Heß**

Als letzter der Verteidiger hielt in der Donnerstagnachmittagsitzung Dr. Alfred Seidl sein Plädoyer für den Angeklagten Rudolf Heß.

Dr. Seidl nahm zunächst zu dem Gesetz „zum Schutz von Volk und Staat“ vom Frühjahr 1933 Stellung. Dieses Gesetz, so sagte er, habe die wesentlichen Grundrechte des Volkes: Persönliche Freiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit außer Kraft gesetzt. Seine weiteren Ausführungen bauten sich auf der Behauptung auf, daß die von den Siegermächten des ersten Weltkrieges geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland die Hauptursache für die Entwicklung des Nationalsozialismus und dessen Untaten sei. Der Nationalsozialismus bezw. Hitler, erklärte der Verteidiger, seien völlig legal und verfassungsmäßig zur Macht gekommen. „Richtig ist allerdings“, fügte er hinzu, „daß sich im Laufe der folgenden Jahre die staatsrechtliche Struktur des deutschen Reiches geändert hat.“ Die Teilnahme des Angeklagten Heß an den Kriegsvorbereitungen stellte Dr. Seidl in Abrede. Auch mit dem „Anschluß“ Oesterreichs und der Besetzung des Sudetenlandes habe der Angeklagte nichts zu tun gehabt. Dr. Seidl wies ebenfalls zurück, daß Heß die Auslandsorganisation der NSDAP oder andere Naziorganisationen im Auslande zu einer Tätigkeit der „fünften Kolonne“ veranlaßt habe.

Eine von Heß am 13. März 1940 an die deutsche Zivilbevölkerung herausgegebene „Belehrung“, daß feindliche Fallschirmspringer entweder „festzunehmen oder unschädlich zu machen“ seien, versuchte der Verteidiger mit der Behauptung zu begründen, daß die Unschädlichmachung nur für den Fall des Widerstandes gedacht war.

„Als Stellvertreter des Führers war der Angeklagte Rudolf Heß Inhaber des höchsten Amtes, das es im Korps der Politischen Leiter gab“, erklärte Dr. Seidl. Obwohl die Anklagebehörde den Angeklagten keiner bestimmten Taten bezichtige, wolle sie ihn wegen seiner Zugehörigkeit zum Korps der politischen Leiter verantwortlich machen. Dies sei „ein nicht alltäglicher juristischer Fall“.

Heß' Englandflucht am 10. Mai 1941 sei, wie der Verteidiger sagte, ein Versuch zur Wiederherstellung des Friedens gewesen. Der Verteidiger versuchte zum Schlusse seines Plädoyers, seinen Mandanten durch die Behauptung zu entlasten, daß nach den bisherigen Gesetzen die souveränen Völker das Recht hatten, Krieg zu führen.

# Die Angeklagten während der Jackson-Rede

Nürnberg, 29. Juli. (DANA-Sonderberichterstatter Werner P. Prym) Zum erstenmal seit vielen Wochen waren Gerichtssaal und Pressetribüne des Nürnberger Gerichtssaales bis auf den letzten Platz besetzt, als der amerikanische Hauptankläger Justice Robert Jackson am 26. Juli in einer grundlegenden Rede die Bilanz des Verfahrens gegen „Hermann Wilhelm Göring und andere“ zog.

Justice Jackson gab trotz der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit eine umfassende und beredsame Betrachtung über die „wichtigsten Punkte des düsteren und traurigen Protokolls dieses Prozesses“, von dem er sagte, daß es „als der geschichtliche Text der Schande und Verderbtheit des 20. Jahrhunderts weiterleben wird“. Aber er zeigte nicht nur die „Naziverschwörung“ in ihrer Gesamtheit auf, sondern erklärte auch die Rollen der anderen Angeklagten innerhalb dieser Verschwörung. Das Plaidoyer des amerikanischen Hauptanklägers vor dem Nürnberger Tribunal wurde so zu einem der bedeutendsten Ereignisse dieses Prozesses und während Journalisten und Verteidiger eifrig Notizen machten, waren die Angeklagten sichtlich beeindruckt.

Zu Beginn der Rede Jacksons war auf der Anklagebank eine gewisse „Vorexamensnervosität“ spürbar. Göring sah zur Pressetribüne herüber. Seyß-Inquart unterhielt sich lebhaft mit Speer und dem ironisch lächelnden Kaltenbrunner. Frick, der an seiner Krawatte fingerte, sprach auf Frank ein. Rosenberg studierte ein Dokument, Raeder führte eine lächelnde Konversation mit Doenitz.

Diese Unterhaltungen hörten jedoch auf, als Jackson sich, nachdem er die Komplexe der allgemeinen „Naziverschwörung“ behandelt hatte, mit beißender Ironie den einzelnen Angeklagten zuwandte.

„Göring war halb Militarist und halb Gangster. Er hatte seine fetten Finger in allem“, rief Jackson aus, und Göring setzte mit beleidigtem Gesicht eine dunkle Brille auf.

Der Zelot Heß hatte keine Gelegenheit, seine Beurteilung zu hören, da er krankheitshalber nicht an der Sitzung teilnahm, während „der doppelzüngige Ribbentrop, dieser Reisende in Betrug“, sich bemühte, einen teilnahmslosen Eindruck zu erwecken.

„Keitel, ein schwächliches und ergebenes Werkzeug“, strich nervös seinen Bürstenschnurrbart, aber „Kaltenbrunner, der Großinquisitor“, „Rosenberg, der geistige Hohe Priester der Herrenrasse“ und „der fanatische Frank“ schlugen ihre Augen nieder.

„Der rücksichtslose Organisator Frick“ beugte sich Frank zu und „der giftig-ordinäre Streicher“ starrte vor sich hin und vergaß seine Kaubewegungen.

Funk zuckte sichtlich zusammen, als von den „Goldplomben der Opfer der KZ“ in den Tresors der Reichsbank die Rede war, aber Schacht, „die Fassade steifer Ehrenhaftigkeit“, zeigte keinerlei Bewegung, als Justice Jackson seine verhängnisvolle Rolle klarstellte.

Auch die übrigen Angeklagten gaben sich Mühe, einen unbeteiligten Eindruck zu erwecken, zeigten sich aber sichtlich entspannt, als der amerikanische Hauptanklagevertreter mit den Worten an das Gericht geschlossen hatte: „Würde man von diesen Männern sagen, daß sie nicht schuldig seien, so könnte man mit dem gleichen Recht sagen, es gab keinen Krieg, keine Toten, keine Verbrechen“.

# „Legale Ermordung“

Dachau, 29. Juli. (DANA) Im Flossenburg-Prozeß berichteten Zeugen über die unmenschlichen Methoden, die auch in den Außenlagern von Flossenburg, Hersbrück und Gannacker, angewendet wurden. Besonders belastet wurden in dieser Verhandlung der ehemalige Hauptsturmführer Ludwig Schwarz und der Lagerkapo Christian Eisbusch. Der Zeuge Andrey Olschewski sagte aus, daß Schwarz, um sich unbeliebter Häftlinge auf „legale“ Weise zu entledigen, Fluchtversuche dieser Häftlinge inszenierte und die Gefangenen auf unmenschliche Weise zu Aussagen zwang, die derartige „Fluchtversuche“ bestätigen sollten. Der Zeuge, der als Schreiber im Krankenrevier tätig war, berichtete von einer solchen „Vernehmung“ von 38 Russen im Januar 1945: „Um von den Russen die gewünschten Aussagen zu erhalten, hatte man ihnen die Hände auf den Rücken gebunden, den Körper dann so hoch gezogen, daß ihre Füße den Boden nicht mehr berührten. Durch fortgesetztes Schlagen zermürbt, machten die Russen schließlich die erwünschte Aussage, daß sie einen Fluchtversuch beabsichtigt hätten. „Danach wurden alle so „Verhörten“ in das Hauptlager Flossenburg gebracht und die für solche „Vergehen“ vorgesehenen Strafen auf sie angewandt. Der Zeuge Adam Silverberg sagte gegen den ehemaligen Kapo des Außenlagers Gannacker, Christian Eisbusch, aus, daß dieser als „Waggonführer“ auf einem Eisenbahntransport von Flossenburg nach Gannacker einen Häftling solange mißhandelt habe, bis dieser am Boden liegen blieb und am nächsten Tage starb. Für den dreitägigen Transport war nur für einen Tag Verpflegung ausgegeben worden und der betreffende Häftling hatte den Kapo um einen Nachschlag gebeten. Der Zeuge schloß seine Aussage mit der Erklärung: „Ich habe den von Eisbusch Erschlagenen nach der Ankunft gemeinsam mit Kameraden aus dem Waggon getragen und für ihn ein Grab auf dem Friedhof von Gannacker geschaufelt. k.

„Wenn ein als Stubenältester eingeteilter Häftling bei einem mitgefangenen Juden die zehn Gebote Gottes fand, konnte er diesen Gefangenen erschlagen, ohne selbst dafür bestraft zu werden“, bezeugte am Donnerstag der Pole Sankice Sendevics. Der Pole Max Grünberg sagte aus, daß der frühere stellvertretende Kommandant des Außenlagers Plattling, August Fahrnbauer, einmal die Evakuierung von 300 Häftlingen dieses Lagers durchführte. Dabei seien 100 Gefangene ermordet worden. Fahrnbauer selbst habe eigenhändig drei Häftlinge umgebracht.

Einer der wenigen deutschen Belastungszeugen im Flossenburg-Prozeß, Karl Gautsch, berichtete, daß der letzte Lagerkommandant, Obersturmführer Kögel, am 20. April 1945 den Wachmannschaften befahl, auf dem Evakuierungsmarsch die schwachen Häftlinge zu töten. Die erste Kolonne wurde von dem Untersturmführer Bruno Skierka geführt. Der Zeuge, der als Wachtposten an dem Marsch teilnahm, belastete Skierka mit den Worten: „Ich habe an einem Tage 350 Leichen auf der Straßenseite gezählt, auf der ich marschierte“. Auf die Frage, ob er nicht auch dem ausgegebenen Befehl gehorcht habe, antwortete der Zeuge: „Ich hätte einen fliehenden Häftling laufen lassen und nicht auf ihn geschossen“.

Der Zeuge Nebel sagte gegen den früheren Kapo Johann Lipinski aus: „Geradezu berüchtigt war sein Boxhieb gegen das Kinn und der darauf folgende Schlag in den Magen, den nur wenige überlebt haben. Auf diese Weise hat Lipinski viele polnische und ungarische Juden und Tschechen getötet“.

### Urteile im Hamburger Prozeß

Hamburg, 29. Juli. (DANA) Zum Tode durch Erhängen wurde der ehemalige SS-Oberführer und Chef der Hamburger Polizei und des Sicherheitsdienstes, Johannes Thiele, verurteilt. Der stellvertretende Kreisleiter des Kreises Wandsbeck, Rehmke, wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Die beiden Verurteilten haben sich durch ihre Anwesenheit bei der ohne gerichtliches Urteil erfolgten Erhängung des Polen Szachlewski schuldig gemacht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Karlsruher SPIEGEL

### Porto verrecko!

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
daß ich so traurig bin?! —
Das Rauchen macht keine Freuden,
nichts Rechtes ist dran mehr und drin...
Einst pafften wir himmlische Lüfte
wie Weiherauch in unser Haus . . .
jetzt blasen wir stinkende Düfte
zum Aerger der andern hinaus . . .

Das Rauchen ist teuer geworden —
O Geister, die selber ich rief! —
Und schlechter dazu alle Sorten
quali- und quantitativ . . .
Doch was nützt uns Lamentieren
jetzt über den Preis und Geschmack?! —
Wir rauchen jetzt „Porto verrecko"
und später auch wieder Tabak! —

Franz Grosholz.

### Neue Verkaufszeiten im Einzelhandel

Die Verkaufszeiten im Einzelhandel wurden nach einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Bei den Lebensmittelgeschäften einschließl. Metzgereien und Bäckereien: a) täglich, außer Mittwoch und Samstag, vormittags von 9 bis 13 Uhr, nachmittags von 15 bis 18 Uhr; b) Mittwochs von 9 bis 13 Uhr; c) Samstags von 13.30 bis 16.30 Uhr. Bäckereien, Metzgereien und Milchgeschäfte sollen ihre Läden entsprechenden Bedürfnissen der Berufstätigen möglichst schon um 7 Uhr öffnen.

Die Friseurgeschäfte öffnen täglich, mit Ausnahme von Montag, vormittags von 8 bis 12 Uhr, nachmittags von 14 bis 18 Uhr; Montag vormittags von 8 bis 13 Uhr.

Bei allen sonstigen Geschäften sind die Verkaufszeiten Montags, Mittwochs und Freitags von 9 bis 13 Uhr und Dienstags, Donnerstags und Samstags von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr festgesetzt.

Tabakverkaufsstellen sind mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nur nach Aufruf einer Zuteilung eine Woche lang offenzuhalten.

Alle Einzelhandelsgeschäfte, einschl. der Friseure, haben ihre Verkaufs- und Bedienungszeiten im Schaufenster oder an der Ladentüre gut sichtbar auszuhängen. Die festgesetzten Verkaufszeiten müssen genau eingehalten werden. Die Ueberwachung obliegt den Ortspolizeibehörden. (DANA)

### Zur Kohlenversorgung der Industrie

Die Verbraucher von Kohle, Koks oder Braunkohlenbriketts mit einem Bedarf von über 10 moto (Industrie) werden darauf aufmerksam gemacht, daß die vom Landeswirtschaftsamt, Abteilung Kohle, Mannheim K 7 — übersandten Kohlenmeldekarten bis spätestens 5. August 1946 im Besitze des Landeswirtschaftsamts sein müssen, andernfalls für Monat September keine Zuteilung erfolgt.

Neue Sprechzeiten beim Wohnungsamt. Die Sprechstunden sind von Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr festgesetzt. Samstags keine Sprechstunden.

### Neue Maßnahmen gegen Felddiebe

Eine begrüßenswerte Maßnahme in der Bekämpfung der überhandnehmenden Felddiebstähle wurde jetzt eingeführt, indem in Zukunft die Namen der Felddiebe an den Anschlagtafeln und durch die Presse in den Außenstadtteilen bekanntgegeben werden. Mit großem Interesse wurde vom Publikum die erste Schandliste studiert und überall hat das Vorgehen Anerkennung gefunden. Bei der Veröffentlichung ist angegeben, welche Arten gestohlen worden sind. Dabei fällt auf, daß neben Gemüse und Kartoffeln vielfach vom Halm abgeschnittene Aehren zum Diebesgut gehören. Dieser Frevel kann gewiß nicht mit der Not begründet werden, sondern man wird mit der Annahme nicht fehlgehen, daß die Diebe billiges Hühnerfutter haben wollten.

### Klavierabend Prof. Kurt Arnold

Die Namen zweier großer Zauberer des Klaviers, Chopin und Liszt, führten am Sonntag zu einem ausverkauften Haus. Die Interpretation Kurt Arnolds ließ merklich kühl. Seine brillante Technik ist für den effektreichen Liszt zwar geschaffen, aber die tiefere Einfühlung in Chopin, den leidenschaftlichen „Dichter am Klavier" ist durch seine zu berechnend wirkende Art des Spiels verloren. Der Pianist wird in seiner Wiedergabe zu sehr vom Intellekt beherrscht, die allerdings in ihrer Art außerordentlich ist. Ng.

★

„Geist und Materie" stand als Titel über einem Vortragsabend der Bahai-Bewegung am vergangenen Samstag. Der stilvolle Raum des Scheffelmuseums und die brillante Rhetorik Dr. Großmanns machte den Abend schon äußerlich zu einem künstlerischen Genuß. In seinen geistvollen Ausführungen wies der Redner einen Weg, der aus der Finsternis unserer gegenwärtigen Lage zum Licht einer lebenswerten Zukunft führen soll. Das Wesentliche dieser Religion der Bahai erscheint uns das Streben, in allen Religionen und Konfessionen das Gemeinsame herauszuheben und dadurch die aus Entwicklungsstadien stammenden Mauern der Trennung zu überwinden. rgk.

**Wettervorhersage bis Mittwoch abend**
**Veränderlich, etwas kühler**

Wechselnd bewölkt mit Aufheiterungen, zeitweise schauerartige Regenfälle. Im ganzen nicht mehr so warm wie in der Vorwoche.

**Besprechung von Exportfragen.** In der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlstr. 8, Zimmer 13, findet am Mittwoch, den 31. Juli 1946, während der Zeit von 8.30—12 und 14—17 Uhr, für alle am Export interessierten Firmen ein Sprechtag statt. Herr Köhler vom Wirtschaftskontor Württemberg-Baden G. m. b. H., Stuttgart, wird anwesend sein und Rat und Auskunft erteilen.

**Organisation des Lebensmittel-Großhandels.** Im April wurde in Stuttgart der Verband des Sortiments-Großhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln und verwandt. Waren Württemberg-Baden gegründet. Die badischen Firmen haben in einer am 19. ds. Mts. in Karlsruhe stattgefundenen 1. Hauptversammlung den Beitritt zum Verband vollzogen und bilden für sich den Bezirk Baden. Die Konsumvereine, Genossenschaften und Filialbetriebe sind zur Mitarbeit im Verband ebenfalls herangezogen. Für den Bezirk Baden wurde in Karlsruhe, Kronenstr. 38, II, eine Geschäftsstelle errichtet.

**Bunter Abend des KFV.** Im Kabarett Roland veranstaltete der KFV einen Bunten Abend, der den Fond zum Wiederaufbau seines Sportplatzes füllen sollte. Künstler des Kabaretts stellten sich kostenlos zur Verfügung und verschönten und bereicherten mit ihren Darbietungen den wohlgelungenen Abend. Stimmung, Heiterkeit waren vorzüglich. Es floß kein Wein, dafür aber Geld in um so reicheren Strömen für Lose und Versteigerungen. Es wäre schön, wenn der Abend mit dem gleichen finanziellen Erfolg zugunsten unserer Ostflüchtlinge wiederholt würde. Nichts gegen Sport — aber ist das Flüchtlingsproblem im Augenblick nicht vordringlicher? — M. M.

**Fahrraddieb gestellt.** In der Tullastraße konnte ein Fahrraddieb festgenommen werden, der im Begriff war, in den Nachtstunden ein im Keller abgestelltes Fahrrad zu stehlen. Der Festgenommene hatte mehrere Sperrhaken im Besitz und ist wegen Diebstahls vorbestraft.

**Schwarzschlächter.** Ein Student wurde festgenommen, weil er in seiner Wohnung ein Kalb schwarzgeschlachtet hat.

**Schieber festgenommen.** Die Kriminalpolizei konnte eine Schiebergesellschaft festnehmen, die umfangreiche Schwarzhandelsgeschäfte mit Tabak betrieben hat, der wahrscheinlich aus Diebstählen herrührt. Zehn Beteiligte sind inzwischen ermittelt und festgenommen worden. Eine große Menge Tabak wurde beschlagnahmt.

**Beratung und Betreuung durch den ADGB.** Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund von Karlsruhe Stadt und Land hat für die Sozialrentner, Invaliden-, Alters-, Angestellten- sowie Unfallrentner, wie auch für die Kriegsversehrten und Kriegerhinterbliebenen ein Büro zur Beratung und Betreuung dieser Personenkreise in der Douglasstr. 6, part., eingerichtet. Vorsprechtage sind der Mittwoch und Donnerstag, in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und 14.30—18 Uhr nachmittags. Die ersten Beratungen sind erfolgt.

**Mütter- und Frauenberatungsstunde.** Auf der Geschäftsstelle der CDU, Kriegsstr. 210, findet jeden Mittwoch von 14.30 bis 16.30 Uhr, eine Frauen- und Mütterberatungsstunde statt.

**Ehrungen zu goldenen und diamantenen Hochzeitsjubiläen.** Kürzlich erfolgte in der „BNN" die Mitteilung, daß Ehrungen zum 90. oder 100. Geburtstag, sowie zu goldenen und diamantenen Ehejubiläen durch den Oberbürgermeister und den Präsidenten des Landesbezirks Baden stattfinden werden. Diese Aufmerksamkeitsbezeugung wurde allgemein begrüßt. Zur Ergänzung sei noch darauf hingewiesen, daß Meldungen über solche Anlässe an die zuständigen Bezirksstellen zu erfolgen haben, von wo aus alles weitere veranlaßt wird.

**Goldenes Ehejubiläum.** Die Eheleute Paul Laurson, Rheingoldstr. 8, können am 29. Juli das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Der Herr Oberbürgermeister hat dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche neben einer Ehrengabe der Stadt übermitteln lassen.

**Goldene Hochzeitsfeiern.** Die Eheleute Adolf Domas, Karlstraße 144, konnten am 25. Juli und die Eheleute Wilhelm Rockenberger, Boeckestraße 36, am 26. Juli das goldene Ehejubiläum feiern. Der Oberbürgermeister hat beiden Jubelpaaren die herzlichsten Glückwünsche nebst einem Ehrengeschenk übermitteln lassen.

**Geburtstag.** Seinen 85. Geburtstag feiert am 31. Juli Herr Ignaz Ehmann, Marienstr. 8.

#### Karlsruher Sterbefälle

Karl Christian Wilhelm Billing, 44 Jahre alt; Maria Anna Dilli, 79 J.; Magdalena Sabina Frieda Hurst, geb. Stapf, 50 J.; Alfred Florian Mayer, 81 J.; Otto Saas, 73 J.; Werner Zeh, 15 J.; Marie Niegl, 2 J.; Friederika Kutterer, geb. Schwall, 78 J.; Maria Daum, geb. Ludwig, 35 J.; Josefine Pfaff, geb. Brenner, 78 J.; Karoline Uebelhör, geb. Britsch, 68 J.; Agnes Weber, geb. Oser, 70 J.; Emma Josefine Hahn, geb. Schell, 63 J.; Adolf Burgstahler, 65 J.; Emil Schwörer, 71 J.; Dietlinde Heidrun Rühle, 1 J.; Ludwig Wojtowicz, 3 Monate; Herbert Josef Schwab, 4 Mte.; Arthur Koroxenidu, 6 Mte.; Helga Prieß, 2 Mte.; Camilla Maria Heneka, 1 Mt.

#### Rheinwasserstände

27. Juli: Konstanz 459 cm, — 3 cm; Breisach 303 cm, — 12 cm; Kehl 345 cm, — 7 cm; Maxau 540 cm, — 8 cm; Mannh.-Rhein 448 cm, — 17 cm; Mannh.-Neckar 445 cm, — 18 cm. — 28. Juli: Konstanz 457 cm, — 2 cm; Breisach: 291 cm, — 12 cm; Kehl 340 cm, — 5 cm; Maxau 535 cm, — 5 cm; Mannh.-Rhein 438 cm, — 10 cm; Mannh.-Neckar 435 cm, — 10 cm. — 29. Juli. Konstanz 455 cm, — 2 cm; Breisach 313 cm, + 22 cm; Kehl 345 cm, + 5 cm; Maxau 527 cm, — 8 cm; Mannh.-Rhein 428 cm, — 10 cm; Mannh.-Neckar 422 cm, — 13 cm.

## Regelung der Ferkelbewirtschaftung

**Belieferung aus württembergischen Ueberschußgebieten**

Auf Anordnung des Wirtschaftsministers Dr. Köhler ist die seit langem erörterte Frage der Belieferung Badens mit Ferkeln aus den württembergischen Ueberschußgebieten in der Weise geregelt worden, daß Baden in den 3 württ. Ueberschußkreisen Aalen, Crailsheim und Schw. Hall freie Aufkaufmöglichkeit für Ferkel erhält.

Der Ankauf der Ferkel hat durch ordnungsgemäß zugelassene badische Ferkelhändler zu erfolgen. Für jeden der drei Kreise werden ein, im Höchstfall zwei zuverlässige Händler bestellt werden, die den Aufkauf insgesamt durchführen. Die dem Bedarf entsprechende Verteilung auf die badischen Landwirtschaftsämter, die Einbeziehung der übrigen badischen Ferkelhändler in diese Verteilung, sowie die erforderliche Ueberwachung, die jede Fehlleitung von Ferkeln ausschließt, wird vom Landesernährungsamt Baden (Viehwirtschaftsverband Baden) in eigener Verantwortlichkeit durchgeführt.

Die zum Aufkauf in obigen Kreisen von Baden beauftragten Ferkelhändler melden sich bei dem zuständigen Landwirtschaftsamt des Abgabekreises und erhalten von dort den Transportbegleitschein für jeweils eine Wochenlieferung an Ferkeln. Die bestehenden Vorschriften über die Transportbegleitscheinpflicht bleiben grundsätzlich in Kraft, jedoch mit der Maßgabe, daß die Ausstellung der Transportbegleitscheine für den Aufkauf von Ferkeln durch die obengenannten badischen Händler den Landwirtschaftsämtern Aalen, Crailsheim und Schw. Hall übertragen wird.

Der Aufkauf von Ferkeln und die Ausstellung von Transportbegleitscheinen an andere Händler oder Ferkelhalter aus Baden ist im Interesse einer reibungslosen Durchführung der vorstehenden Maßnahmen grundsätzlich untersagt. Im übrigen verpflichtet sich das Landesernährungsamt Baden durch entsprechende Anweisung an die mit der Ausstellung von Einkaufsgenehmigungen beauftragten Dienststellen und durch Aufklärung der landwirtschaftlichen Kreise im Interesse der geordneten Ferkelverteilung und entsprechend der Regelung für Württemberg in Zukunft jeden Aufkauf von Ferkeln durch andere Personen als die beauftragten Ferkelhändler zu unterbinden.

Diese Regelung war notwendig, um die Versorgung Badens mit Ferkeln in geordnete Bahnen zu weisen. Baden hatte nie eine ausreichende eigene Schweinezucht und mußte seinen Bedarf an Einlegschweinen von jeher durch Einfuhren decken, an denen Württemberg stets beteiligt gewesen ist; vor allem waren es die Kreise Schw. Hall, Crailsheim und Aalen, die ihrer Struktur nach Ferkel-Aufzuchtgebiete sind. Mit der Einkaufsgenehmigung von Ferkeln in diesen Gebieten durch badische Händler ist lediglich ein Zustand sanktioniert, der schon seit Jahrzehnten bestanden hat.

### Zwischenfälle in Wolfratshausen

Heidelberg, 29. Juli. (DANA) Nach einem Bericht aus dem Hauptquartier der dritten amerikanischen Armee versuchten am Dienstag einige Insassen des Lagers von Verschleppten, als sie in einem Außenbezirk der Stadt von deutschen Polizisten kontrolliert wurden, diesen ihre Karabiner abzunehmen. Dabei wurde einer der Verschleppten getötet, ein weiterer verwundet. Später griffen hundert Verschleppte aus dem Lager deutsche Zivilisten in der Stadt an und verwundeten fünf von ihnen. Herbeigerufene amerikanische Truppen, die den ganzen Tag über dort blieben, wurden bei ihrem Aufbruch gegen Mitternacht von einer Gruppe Verschleppter angegriffen. Als eine größere Menge den Lastwagen umringte, stiegen die amerikanischen Soldaten ab und trieben die Verschleppten mit aufgepflanztem Bajonett in ihr Lager zurück. Dabei wurden sechs Verschleppte verwundet. In der gleichen Nacht drohten 150 Insassen des Lagers, die amerikanischen Unterkunftsbaracken bei Windheim anzugreifen. Sie wurden durch Gewehrfeuer auseinandergetrieben u. einer von ihnen verwundet.

### Tabakindustrie arbeitet wieder

w. Heidelberg. In der nordbadischen Tabakindustrie, die seit zwei Monaten stilliegt, wurde bei Verhandlungen beim Arbeitsministerium Württemberg-Baden in Stuttgart eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Industrie sich bereit erklärt hat, im Monat August mindestens 24 Stunden zu arbeiten. Sie ist ferner bereit, im Monat September mindestens 24 Stunden zu arbeiten, sofern die Ware vom Monat August absatzfähig war.

### Landeswirtschaftsamt Stuttgart geschlossen

Stuttgart, 29. Juli. (DANA) Das Landeswirtschaftsamt in Stuttgart ist in der Zeit vom 29. Juli bis zum 3. August einschließlich für jeglichen Besucherverkehr geschlossen. Zukünftig sind die Dienststellen des Amtes Mittwochs und Samstags für jeden Besucherverkehr geschlossen.

### Keine Eintragung in die Kennkarte

Stuttgart, 29. Juli. (DANA) Die in Artikel 51 des Gesetzes zur politischen Säuberung vorgesehene Eintragung von Sühnemaßnahmen in die Kennkarten wird nach einer Mitteilung des Staatssekretariats für Sonderaufgaben in Württemberg-Baden nicht durchgeführt werden.

Eine solche Maßnahme hätte, wie der württembergisch-badische Ministerpräsident Reinhold Maier dazu erklärte, zu einer lebenslänglichen Diffamierung der Betroffenen geführt und sie unter die kriminell vorbestraften Personen gestellt.

## Selbsthilfe-Organisation neu gebildet

**Einheitsverband für Beschädigte und Hinterbliebene**

Wie die Gewerkschaften, haben sich nun auch sämtliche Opfer des Krieges und der Arbeit, Beschädigte und Hinterbliebene des ersten und zweiten Weltkrieges, Fliegeropfer, Arbeitsinvaliden, Unfallverletzte usw. mit Genehmigung der Militärregierung zu einem Einheitsverband — Selbsthilfeorganisation — zusammengeschlossen. Der Verband führt den Namen „Verband der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen für Württemberg-Baden — Selbsthilfeorganisation — Sitz Stuttgart" und bezweckt die Wahrung der Interessen aller Körperbeschädigten, Unfallverletzten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen gegenüber der Gesetzgebung und Verwaltungsbehörden und gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen, ferner die Pflege der Solidarität und Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Organisationen über die Landes- und Reichsgrenzen hinaus. Der Verband ist parteipolitisch und religiös neutral.

Der Zweck des Verbandes soll erreicht werden durch Schaffung und Betreuung von Fürsorgeeinrichtungen jeder Art, insbesondere auf dem Gebiet der praktischen Selbsthilfe der Arbeitsfürsorge; Einwirkung und Mitarbeit bei der Gesetzgebung und Verwaltung in den für die Mitglieder in Betracht kommenden Belangen; Vertretung, Beratung und Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Organisationen bei Abschluß von Tarifverträgen unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen; Förderung des gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungswesens für die Mitglieder des Verbandes. Der Verband gewährt kostenlose Berufsberatung und Rechtsauskunft in Renten-, Fürsorge- und Sozialversicherungsangelegenheiten. In den Verband können Männer und Frauen aufgenommen werden, die durch äußere Einflüsse unverschuldet einen körperlichen Schaden erlitten haben, sowie die Hinterbliebenen von Gefallenen und von verstorbenen Körperbeschädigten und Arbeitsinvaliden.

Am Sonntag, den 21. Juli 1946, fand in Bretten die Landesgründungsversammlung für Nord-Württemberg Nord-Baden statt. Der vorläufige Landesvorstand hat folgende Personen als Vorsitzende gewählt: 1. Vorsitz. Ernst Müller, Verwaltungsrat, Stuttgart, 1. stellv. Vorsitz. Adolf Engelhardt Gewerkschaftsführer, Heidelberg, 2. stellv. Vorsitz. Julius Schumm, Polizeirat, Stuttgart.

Am 24. Juli 1946 fand in Karlsruhe die erste erweiterte Vorstandssitzung statt. Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender Schillinger; 2. Vorsitzender Kögel. Geschäftsstelle Karlsruhe, Kriegsstr. 103 (Versorgungsamt) Zimmer Nr. 6. Sprechstunden Montag und Donnerstag 9—12 Uhr, Mittwoch 17 bis 19 Uhr.

### Mangelhafte Verpackungen der Postsendungen

Die Zahl der mangelhaft verpackten schweren Briefsendungen hat seit der Zulassung von Privatbriefen bis zum Gewicht von 500 g, bzw. in US-Zone bis 1000 g außerordentlich zugenommen. Die Sendungen werden auf dem häufig langen Beförderungswege ohne postseitiges Verschulden oft beschädigt. Dadurch fallen Teile des Inhalts heraus oder werden unbrauchbar. Sämtliche unvorschriftsmäßig aufgelieferten Sendungen werden daher in Zukunft von den Schalterbeamten wieder an die Absender zurückgegeben.

### Konferenz über Fragen des Mädchenbildungswesens

Stuttgart, 29. Juli. (DANA) Eine Versammlung, bei der Fragen des Mädchenbildungswesens behandelt wurden, fand am 25. Juli im württembergisch-badischen Kultusministerium unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Bäuerle statt. Kultusminister Dr. Heuß war ebenfalls zugegen.

Nach einem umfassenden Bericht von Fräulein Dr. Wendel über den Aufbau des weiblichen Bildungswesens und über die vorgesehenen Reformpläne kam es zu einer Aussprache, wie der Frau auch unter den neuen verschlechterten Verhältnissen Deutschlands trotzdem eine höhere Bildung erteilt werden könne und welche Schulformen dem Wesen der Frau am besten entsprechen. Die höhere Mädchenbildung soll gleichwertig sein wie die der Jungen, aber nicht gleichartig, namentlich müsse die Gefahr der Intellektualisierung vermieden werden. Die wichtigste Aufgabe der Frau sei, wurde allgemein erklärt, sich dem Aufbau und Schutz der Familie zu widmen, daneben aber auch in Berufen zu wirken, die der weiblichen Eigenart entsprechen. Dazu bedürfe es eines Schultyps, der die weibliche höhere Bildung vermittelt, aber nicht zu Reifeprüfung und Studium, sondern in die frauliche Ausbildung hineinführt. Künftig sollen nur begabte Mädchen ein Studium ergreifen.

## Radioprogramm

**Stuttgarter Sender**

**Mittwoch, 31. Juli:** 6.12 Ansage, Choral. 6.15 Musik. 6.30 Nachr.,Wetter. 6.45 Morg.-Gymnast. 7.00 Melodien. 7.15 Stimme Amerikas (Magazin). 7.30 Melodien. 8.00 Stimme Amerikas. 8.15 Wasserstände. Musik. 8.30 Tiergeschichten. 8.45 Musik. 9.00 Programmvorschau. 10.00 Schulfunk. 10.30 Melodien. 11.00 Konzert. 11.45 Haus und Heim. 12.00 Musik. 12.30 Kommentare aus Nürnberg. 12.45 Silcher-Sextett. 13.00 Nachrichten. 13.15 Stimme Amerikas. 13.30 Musik. 13.45 Poln. Programm. 14.00 Schulfunk. 14.30 Beschwingte Weisen. 15.00 Alte Bücher. 15.15 Hausmusik. 15.30 Suchdienst. Programmvorschau. 16.00—17.00 Pause. 17.00 Musik. 17.30 Geschichten für Kinder. 17.45 Musik. 18.00 Nachrichten. 18.05 Anschlagsäule. 18.30 Perlen der Literatur. 19.00 Sport. 19.15 Margit Humbrecht singt. 19.30 Fragen, die alle angehen. 20.00 Nachrichten. 20.15 Nürnberger Prozeß. 20.30 Programmvorschau. 20.35 Operettencocktail. 21.00 Hörspiel: „Aneinander vorbei". 22.00 Stimme Amerikas. 22.15 Stimme Amerikas (Magazin). 22.30 Abendkonzert. 23.00 Nachrichten. 23.15 Tanzmusik. 23.30 UNRRA-Suchdienst.

**Donnerstag, 1. August:** 6.12 Ansage, Choral. 6.15 Musik. 6.30 Nachr.,Wetter. 6.45 Gymnast. 7.00 Melodien. 7.15 Stimme Amerikas (Magazin). 7.30 Melodien. 8.00 Stimme Amerikas. 8.15 Wasserstände, Musik. 8.30 Unterricht. 9.00 Pause. 10.00 Schulfunk. 10.30 Konzert. 11.00 Schöne Stimmen. 11.30 Landfunk. 12.00 Musik. 12.30 Kommentare aus Nürnberg. 12.45 Templin-Sextett. 13.00 Nachrichten. 13.15 Stimme Amerikas. 13.30 Musik. 13.45 Poln. Programm. 14.00 Schulfunk. 14.30 Weisen. 15.00 Blick in die Welt. 15.15 Streichmusik. 15.30 Suchdienst. 16.00 Pause. 17.00 Musik. 17.45 Suchdienst. 18.00 Nachrichten. 18.05 Anschlagsäule. 18.30 Wir stellen vor. 19.15 Wirtschaftsfragen. 19.30 Echo des Tages. 19.45 Musikalischer Bilderbogen. 20.00 Nachrichten. 20.15 Nürnberger Prozeß. 20.30 Programmvorschau. 20.35 Musik. 21.00 Konzert. 21.30 Wie hören Sie Musik. 22.00 Stimme Amerikas. 22.15 Stimme Amerikas (Magazin). 22.30 Konzert. 23.00 Nachrichten. 23.15 Tanzmusik. 23.30 UNRRA-Suchdienst.

## In memoriam Theodor Haecker

**Gedenkfeier der Katholischen Studentengemeinschaft Karlsruhe**

Zum ehrenden Gedenken an den am Vorabend der deutschen Katastrophe von 1945 heimgegangenen kath. Philosophen, Schriftsteller und Publizisten Theodor Haecker (1879—1945) fanden sich am Freitag, 26. Juli, die Angehörigen der Kath. Studentengemeinschaft Karlsruhe im Bonifatiussaal zu einer abendlichen Feierstunde zusammen. Neben den jungen Studenten waren auch die Senioren der kath. Akademikerschaft von Karlsruhe zahlreich vertreten. Treffend sagte Pater Fruhstorfer SJ, der Studentenseelsorger, in seiner Begrüßungsansprache, daß Theodor Haecker für uns nicht nur ein Name, sondern ein Zeichen, ein Richtungszeichen, in der Zeit der Richtungs- und Ausweglosigkeit sei. Die Erinnerungsstunde an Th. Haecker ist für uns eine neue Stunde der Begegnung mit ihm, auch der Begegnung der älteren Generation kath. Akademiker mit der neuen studentischen Jugend.

In einem Vortrag, ganz erfüllt vom Geist und der sprachlichen Leuchtkraft des großen Toten, zeichnete Stadtpfarrer Bernhard Hanßler (Schwäbisch-Hall) das Wirken und Schaffen Th. Haeckers in den markantesten Strichen und Umrissen nach. Wir haben das Werk des Toten hinüberzuretten in das Morgen des Volkes und der Kirche. Als Schriftsteller und Publizist übertrifft Th. Haecker die Besten des Jahrhunderts. Er übertrifft sie durch seine Sprache, und hier nicht durch sprachliche Ornamentik, sondern durch die Macht des Gedankens und Wortes, die nicht nur den Verstand belehrt, sondern auch das Herz bewegt. Es geht nicht um die blendende Schönheit der Sprache, sondern um die Lauterkeit und Liebe in der Sprache. Th. Haecker mußte schweigen in den 12 Jahren des Nazismus, in denen unsere Sprache ohne Vergleich vergewaltigt wurde. — Immer geht es bei Th. Haecker um den Primat der Wahrheit und des Guten vor dem des Schönen, um den Primat der Liebe und des Herzens vor dem des Wissens und Verstandes. In der Philosophie betont Th. Haecker den Primat des Logos, aber es ist eine Frage der Ethik, den Logos im Leben durchzusetzen. Dem Bannkreis Kierkegaards entnommen steigt Th. Haecker zu Thomas v. Aquin und Kardinal Newmann auf. „Wer Athen von Jerusalem trennt, trennt sie von Rom". Damit formuliert Th. Haecker eindeutig die Beziehung von Glaube und Wissen, von Logos und Ethos, von Wahrheit und Schönheit zueinander.

Else Stalinski las aus Th. Haeckers Werk „Vergil, Vater des Abendlandes" das 9. Kapitel „Vergil und die Deutschen" vor. Ein Quartett mit Hildegard Ganser-Knopf (Klavier), Elisabeth Neumann Weizenecker (Violine), Georg Drosdowski (Viola), Hertha Peters-Vollmair (Cello) gab mit dem Klavierquartett in G-moll von W. A. Mozart, dem Liebling Th. Haeckers im Reich der Töne, der Feierstunde eine würdige und künstlerisch hervorragende Ausgestaltung. L. A.

## Der unverwüstliche Emil und anderes

**Stuttgarter Theatereröffnung**

Sollte der Bedarf wirklich noch nicht gedeckt sein? Oder geht es darum, eine ganz bestimmte Nachfrage zu befriedigen, wirklich ein „Theater der Jugend" ins Leben zu rufen?

Mit Bühnen, die einander ähnlich sind und kaum miteinander in einen edeln Wettstreit zu treten vermögen, ist nichts gewonnen. Vielmehr geht es auch hier um Individualitäten, um Originale. Sie allein können neben den großen, zur Selbstverständlichkeit gewordenen Häusern noch Daseinsberechtigung haben. So entstand ein von Ingeborg Lüdke unter der künstlerischen Gesamtleitung des Intendanten Ernst Martin errichtetes Theaterchen mit 390 Plätzen, das nun mit Erich Kästners Jugendspiel „Emil und die Detektive" im Beisein des Dichters eröffnet wurde. Es war ein Jubel ohnegleichen, und die Stuttgarter Mädle und Bube haben jetzt eine Bühne, die in erster Linie für sie und ihre Theaterfreudigkeit da ist.

Doch es gehört die große Erfahrung eines Spielleiters und verständnisvollen Freundes der Jugend dazu, in das Gefüge der Berufsdarsteller die Spielschar der vielen kleinen Detektive so nahtlos, so sicher und gebändigt einzubauen, daß es niemanden mehr einfiel, zu fragen: Ja, wie hat er das nur zuwege gebracht, das sind doch lauter Kinder aus Stuttgarter Schulen? Fürwahr, die Erwachsenen (Gerda Maria Jürgens, Olga Mahr, Kurt Wilhelmann u. a.) müssen sogar etwas in den Hintergrund treten, und da alle Kinderrollen doppelt besetzt sind, weiß man nicht einmal genau: war es der Haus Pentenrieder oder der Erich Mack als Emil?

Es wehte aus der lebendigen Aufführung wieder der frische Wind lausbubenfroher Verwegenheit und herzhaft jungritterlicher Freundschaft. Wieviel dunkle Engherzigkeit, wieviel Mangel an Gefühl und Gewissen haben dazu gehört, die kleine Komödie um einen gemeinen Dieb als bedenklich zu verbieten, wo doch der tapfere Sinn und eine so wunderbare namenlose und bescheidene Kameradschaftlichkeit der Justiz vorgreifend zu Hilfe kommen und sich als Anzeichen einer frohen und lebenstüchtigen Menschlichkeit erweisen. Es durfte eben damals nicht sein, daß eine Jugend auch zu etwas zu gebrauchen war, und daß sie eine selbstgewählte Aufgabe aus eigenstem Entschlusse heraus anzupacken verstand, obgleich sie nicht die Segnungen der HJ-Erziehung genossen hatte. Das war der tiefere Grund für Ablehnung und Verbot, denn alles Gelingen, alles Glück sollte betrachtet sein als Leistung der Partei.

„Das Theater der Jugend", in Stuttgart wurde gefeiert wie eine große Bühne, und an der Rampe standen die jungen Spatzen und wurden überschüttet mit Lob und Dank.

Der folgende Tag brachte den weiteren Triumph einer sehr gut gelungenen Uraufführung. Nach einem alten volkstümlichen Motiv von Grimm hat Rudolph Reichler, ein anthroposophischer Denker, in Reimen und kurzweiligen Reden das Märchen vom „Glückskind, oder dem Teufel mit den drei goldenen Haaren" der Vergessenheit entrissen. Der Regisseur aber setzte sich mit seinen Künstlern hin und fügte die Gestalt des verbindenden Märchenerzählers Fridolin und eines kleinen zottigen Teufelchens hinzu. Sie bauen die Brücken zu dem naiven Mysterium vom Glück des Müllerburschen, der die Prinzessin Edelgund freit. Es ist ein graziöses Tölpelspiel geworden mit schlichtem Sinn und tieferer Bedeutung, hinströmend zwischen Verzauberung und handfester Menschlichkeit, kein leichtes Beginnen, aber doch geglückt durch einen liebenswürdigen drastischen Ton und die szenische Illusion mit Hilfe malerischer, wenn auch für Kinder etwas gegenstandsloser farbiger Prospekte, Entwürfe des Malers und Bühnenbildners Wolfgang Reuter.

Fridolin, der jugendliche Kinderonkel und hüpfende Polterer wird nun immer mit dabei sein. Das „Stuttgarter Theater der Jugend" bittet um die Freundschaft seiner kleinen Besucher und hat sich auch schon mancherlei ausgedacht, die Geister, die es rief, sich fest zu verbünden. t-z

*

Mit der Leitung der neugegründeten Unterhaltungsabteilung des „Südwestfunks" in Baden-Baden wurden von Herrn Intendant Friedrich Bischoff der Schauspieler und Conferencier Rudolf Förster und Kapellmeister Gustav Görlich beauftragt. Als erste größere Veranstaltung wurde am 28. Juli ein großer Unterhaltungsabend „Grüße aus Baden" im Baden-Badener Kurhaus durchgeführt. Swf.

# DAS WORT DER FRAU

### *Beratung der Volksschülerinnen*

Im Bonifatiussaal fand unter dem Vorsitz des Leiters der Gewerbeschule, Herrn Ebert, eine Veranstaltung zur Beratung der schulentlassenen Volksschülerinnen statt. In den einleitenden Worten legte Herr Ebert den jungen Mädchen dar, daß die Vorbereitung auf einen Beruf eine Vorschule für das Leben ist. Der Beruf soll nicht nur die wirtschaftliche Existenz sicherstellen, sondern die Menschen auch geistig heranbilden und fördern.

Ueber die gegenwärtigen praktischen Möglichkeiten führte Frau von der Heyden, die juristische Mitarbeiterin des Arbeitsamtes aus, daß unsere wirtschaftliche Lage nach dem verlorenen Kriege sowohl für die Mädchen wie für die Knaben die Berufswahl äußerst schwierig gestalte. Wenn daher ein Teil der schulentlassenen Mädchen sich bei den Eltern nützlich machen könne, und daneben vielleicht eine Nähschule besuche, so sei das zu empfehlen. Die wenigen Lehr- und Anlernstellen, welche zur Zeit vorhanden sind, blieben besser denjenigen vorbehalten, die nach Lage ihrer persönlichen Verhältnisse sofort einen gewinnbringenden Beruf ergreifen müssen. Es ist aber z. Zt. ganz aussichtslos sich dem Büroberuf zu widmen, da dieser unbedingt den Kriegsversehrten vorbehalten bleiben muß. Verkäuferinnenlehrstellen sind nur in geringem Umfang vorhanden. Auch vom Schneiderinnenberuf muß leider allgemein abgeraten werden; es stehen nur wenig Lehrstellen zur Verfügung, die nur besonders Begabten verbleiben sollten. Der beliebte Frisierberuf ist so überlaufen, daß er weiteren Nachwuchs nicht aufnehmen kann. Aussichten bieten dagegen die pflegerischen Berufe. Die Ausbildung als Kinder- und Krankenpflegerin beginnt allerdings erst mit dem 17. oder 18. Jahre, und es empfiehlt sich, die Zeit bis dahin mit dem Erlernen der Hauswirtschaft zu verbringen, wie die gründliche Kenntnis der Hausarbeit überhaupt für alle Mädchen eine Notwendigkeit ist. Während Bayern eine Verordnung erlassen hat, wonach sämtliche Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr, die noch nicht in Lehr-, Anlern- oder Arbeitsverhältnis stehen, zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit oder zur Beteiligung an gemeinnützigen und sozialen Arbeiten herangezogen werden, ist für unser Gebiet mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß das Haushaltsjahr eingeführt wird. — Für junge Mädchen, die dem Broterwerb nachgehen müssen, kommen z. Zt. auch Arbeits- und Anlernstellen in Druckereien und deren Nebenbetrieben in Betracht, wo sie als Einlegerin und Hilfsarbeiterin Verwendung finden.

Die Vertrauensärztin des Arbeitsamtes, Frau Dr. Schretzmann, gab den jungen Mädchen ernste Ratschläge für den Weg ins Leben. Das sittenlose Treiben und die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Gegenwart waren der schwerwiegende Anlaß, die Jugend auf diese Gefahren hinzuweisen.

Ueber den Beruf der Hausfrau und Mutter sprach Frau Anzlinger. Da ein großer Teil unserer männlichen Jugend auf den Schlachtfeldern verblutete, ist die Aussicht auf die Ehe, diesen natürlichen Beruf der Frauen sehr ungewiß. Aber der Mutterberuf ist nicht an die Ehe gebunden: überall, wo es zu pflegen und zu behüten gilt, in der Familie der Eltern und Verwandten, aber auch in fremden Familien, kann das Mädchen ein Feld echt weiblicher Betätigung finden. Viele denken, es bedürfe hierzu keiner Vorbereitung. Gerade in der Gegenwart, wo man nicht wie ehemals aus dem Vollen schöpfen kann, ist aber eine gründliche Kenntnis der Hausarbeit und des Kochens notwendig, ehe die Arbeit selbständig ausgeführt werden kann. Die Beschäftigung im Haushalt wie auch in jeder anderen Arbeit, soll aber nicht ausschließen, daß das junge Mädchen nun alle geistige Arbeit aufgibt. Das Lesen guter Bücher und das Aufschreiben guter Gedichte und Sprüche in ein Heft oder Buch, sollte sich jeder Schulentlassene zur schönen Pflicht machen.

Zwischen den einzelnen Vorträgen spielten die Damen Stotz und Wüst mit großer Präzision Sonaten von Händel und Heydn. Die wohlgelungene Veranstaltung hinterließ in allen Zuhörern einen nachhaltigen Eindruck. Gr.

### *Brennende Zeitprobleme*

Der Einkauf des täglichen Bedarfs ist schon für die Hausfrau eine Schwierigkeit, wird aber für die Berufstätige, welche während der Geschäftszeit in Arbeit steht, geradezu zur Unmöglichkeit. Eine geringfügige, organisatorische Regelung, z. B. die zeitlich bevorzugte Abfertigung bei Vorlage des Arbeitsausweises könnte dem abhelfen. Besonders schwierig wird auch für die berufstätige Frau, welche keine Hilfe hat, wieder das Eindecken mit Winterkartoffeln werden, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die bürokratische Methode der Bezugscheinausgabe für Schuhe, Kleider, Schuhreparaturen für berufstätige Personen ein fast unüberwindliches Hindernis darstellt, ausgerechnet also für Personen, denen derartige Raritäten wie Kleider-, Schuhe- und Schuhreparaturscheine in erster Linie zustünden. Warum schafft man keine Schuhreparaturkarte mit einer bestimmten Anzahl Punkten ähnlich wie die frühere Kleiderkarte? Oder wenn dies dem bockbeinigen Amtsschimmel zu einfach wäre, warum legt man Schuhreparaturscheine nicht in die Lebensmittelkarten, beim Buchstaben A anfangend, soweit der Vorrat reicht ausgehend und bei der nächsten Kartenausgabe beim stehengebliebenen Buchstaben weitergehend?

Bis zum Winteranfang sind es nur noch etwa 100 Tage. Daß keine Aussicht auf Kohle als Heizmaterial besteht, wurde bereits laut verkündet, aber mit was die Oefen im Winter geheizt werden sollen, darüber herrscht bisher feierliches Schweigen. Zumindest könnten inzwischen Pläne ausgearbeitet werden, wie man am zweckmäßigsten die Aexte für den Holzschlag schärft.

Diese kurz umrissenen Probleme sind zeitlich und inhaltlich derart brennend, daß sie unbedingt einmal zum Gegenstand eingehender Behandlung von seiten des hohen Magistrats gemacht werden müssen. Aenderungen in dem oben angedeuteten Sinne würden bei der großen Anzahl der Betroffenen außerordentliche Zustimmung finden.

Frau Ditsch.

---

Zuerst binde dein Kamel fest an den Baum; dann erst vertrau' es der Allmacht Allahs an.

Mohammed.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

# Der Sport

## Neugestaltung der 1. Fußballklasse

Die Würfel über den Fortbestand der Oberliga sind endgültig gefallen. Nach einjährigem Bestehen wurde die Süddeutsche Liga aufgelöst. Ein Fortbestehen wäre nur noch auf professioneller Grundlage möglich und bei dem starken Arm des Finanzamtes hat man von dieser Möglichkeit abgesehen.

Es war ein glücklicher Gedanke, diese vielfach projektierte Sonderklasse zur Ankurbelung des Sports kurz nach dem Zusammenbruch zu verwirklichen. Allen Reiseschwierigkeiten zum Trotz wurden die Spiele pünktlich zu Ende geführt, die nicht nur das Interesse des Publikums weckten, sondern auch die Spielstärke förderten.

Die Reiseschwierigkeiten sind inzwischen nicht behoben und auch von sportlichen Gesichtspunkten war vieles nicht so, wie es sein soll. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Vereine der einheitlichen Führung der Landessportverbände unterstellt würden.

Die geplante nordbadische Spielklasse mit 12 Vereinen dürfte eine etwas einseitige Angelegenheit sein. Mit Ausnahme von Pforzheim würde es sich in der Hauptsache um eine Auseinandersetzung der Städte Karlsruhe, und Mannheim handeln.

Wesentlich interessanter und auf höherer Spielstufe wäre eine badisch-württembergische Spielklasse, die 14 oder 16 Vereine umfassen kann, die etwa dem spielstarken früheren Südkreis entspräche. Reiseschwierigkeiten würden dadurch nicht eintreten und außerdem käme das Publikum auf seine Rechnung. Die Beteiligung der Länder mit je 8 Vereinen entspräche dem gerechten Verhältnis der Spielstärke.

Es ist nun Sache der Landessportverbände, die diesbezüglich bereits eingeleiteten Bestrebungen zu einer gerechten Lösung zu führen. P.S.

**Der internationale Fußballverband** (Fifa) hat auf seinem Kongreß, der in Luxemburg stattfand, Deutschland und Japan von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Die deutsche Sprache, die neben englisch und französisch offizielle Verhandlungssprache war, wurde von der Liste gestrichen.

## Qualifikationsspiele der Bezirksklasse

**Frankonia — Rüppurr 3:1**

Obige Mannschaften trafen sich am Samstag abend im Phönix-Stadion. Die Leistungen waren mäßig. Rüppurr hatte in der ersten Hälfte mehr vom Spiel, war schneller am Ball und zeigte mehr Einsatz. Frankonia brauchte lange, bis sie sich fanden. Mit dem Halbzeitpfiff erzielte der Halbrechte Frankonias den ersten Treffer. Nach der Pause erschien Frankonia frischer und energischer. Fünf Minuten später bringt der Halblinke durch einen Elfmeter Frankonia 2:0 in Führung. In der 55. Minute kommt Rüppurr durch einen äußerst scharf plazierten Elfmeter zum Ehrentor. Immer zügiger werden die Angriffe der Frankonia. In der 59. Minute Steilvorlage des Halblinken, die der flinke Halbrechte im Alleingang zum 3:1 einschießt. Rüppurr versuchte immer wieder, das Ergebnis zu verbessern, aber die Frankonia-Läuferreihe ist im Decken aufmerksamer geworden. Rüppurr hat mit seiner Mannschaftsleistung wieder einen Formanstieg zu verzeichnen. Schiedsrichter Engler war dem fairen Spiel ein umsichtiger und guter Leiter. A.V.

•

Am 26. Juli hielt der FC Frankonia seine Generalversammlung ab. Als 1. und 2. Vorstand wurden Willi Frech und K. Krames gewählt. Der bisherige 1. Vorstand Ludwig Stutz, ein alter Frankonia-Veteran, wurde in Würdigung seiner großen Verdienste einstimmig und unter lautem Beifall zum Ehrenpräsidenten ernannt. Der 1. Vorstand appellierte an alle Mitglieder und bat um ihre Mithilfe am Aufbau des zerstörten Sportplatzes tatkräftig mitzuarbeiten. A. V.

**ASV Durlach — ASV Hagsfeld 5:0**

Dieser Kampf war im großen und ganzen eine sichere Angelegenheit für die Durlacher Mannschaft. Hagsfeld wehrte sich zwar tapfer, war aber namentlich im Sturm zu schwach, um den Einheimischen ernstlich gefährlich zu werden. Bei leichter Ueberlegenheit der Einheimischen kann Krebs nach ca. 20 Minuten Spielzeit durch Kopfball das Führungstor erzielen. Dann beeinträchtigt der niedergehende Regen vorübergehend das Spiel etwas, aber Durlach bleibt trotzdem stets im Angriff. Ein Flachschuß von Bohner ergibt das zweite Tor und ein von Haag verwandelter Handelfmeter, eine allerdings harte Entscheidung, stellt das Halbzeitergebnis her. Nach der Pause ändert sich das Kampfgeschehen nicht wesentlich. Die Einheimischen liegen nach wie vor mehr oder weniger stark im Angriff und stellen durch zwei Tore von Riel und Bohner das Endergebnis fest, während Hagsfeld trotz größter Anstrengungen das verdiente Ehrentor versagt bleibt. Schiedsrichter Schlemmer, Rintheim, leitete das sehr fair und anständig durchgeführte Spiel korrekt und sicher. Sa.

**SV Blankenloch — FV Forchheim 6:1 (2:0)**

Das Spiel trug in allen Phasen den Charakter eines Qualifikationsspieles, das vom Platzverein sicher gewonnen wurde. Nach anfangs ausgeglichenem Spielverlauf gelang es dem Gastgeber durch schönen Schuß seines Linksaußen in Führung zu gehen. Kurz darauf stellte der Rechtsaußen den Halbzeitstand her. Nach dem Seitenwechsel erzielten die Gäste durch erhöhten Einsatz den verdienten Ehrentreffer. Blankenloch kam durch weitere 3 Tore des Rechtsaußens und einem durch den rechten Verteidiger verwandelten Elfmeter zum Endresultat. Der Schiedsrichter befriedigte nicht immer. B.

**Staffel 1**

| | Sp. | gew. | verl. | une. | Tore | Pkt. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Söllingen | 4 | 3 | 1 | — | 6:4 | 6:2 |
| Neureut | 4 | 2 | 1 | 1 | 9:4 | 5:3 |
| Bretten | 4 | — | 3 | 1 | 3:10 | 1:6 |

**Staffel 2**

| | Sp. | gew. | verl. | une. | Tore | Pkt. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Durlach | 7 | 5 | 1 | 1 | 24:10 | 11:3 |
| Frankonia | 6 | 4 | 1 | 1 | 16:7 | 9:3 |
| Weingarten | 6 | 4 | 2 | 0 | 25:11 | 8:4 |
| Ettlingen | 7 | 4 | 3 | 0 | 20:11 | 8:6 |
| Hagsfeld | 5 | 1 | 4 | 0 | 4:20 | 2:8 |
| Rüppurr | 7 | 0 | 7 | 0 | 6:37 | 0:14 |

Spiel Frankonia—Hagsfeld ist in der Tabelle nicht gewertet.

**Staffel 3**

| | Sp. | gew. | verl. | une. | Tore | Pkt. |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Südstern | 5 | 3 | 0 | 2 | 16:8 | 8:2 |
| Mörsch | 5 | 3 | 2 | 0 | 8:6 | 6:4 |
| Blankenloch | 6 | 2 | 3 | 1 | 12:12 | 5:7 |
| Forchheim | 6 | 2 | 3 | 1 | 9:13 | 5:7 |
| Berghausen | 6 | 2 | 4 | 0 | 7:12 | 4:8 |

Spiel Berghausen — Mörsch ist für Mörsch als gewonnen und für Berghausen als verloren in der Tabelle gewertet, da Berghausen wegen Platzsperre in Mörsch nicht angetreten ist.

## Freundschaftsspiele

Zur Eröffnung der Sportwoche hatte Beiertheim den VfB Mühlburg zu Gast. Mühlburg spielte sehr gefällig und geschickt und ließ dem Gastgeber keine Chance, der mit 11:0 eindeutig überfahren wurde.

Phönix weilte mit einer gemischten Mannschaft in Flehingen und siegte 4:1.

Neureut trat mit veränderter Mannschaft dem Fußballverein Daxlanden gegenüber. Die Gäste waren technisch und taktisch einwandfrei besser und kamen zu einem 1:2-Sieg.

In Forchheim hatte die Freie Turnerschaft anläßlich der Platzweihe ein Sportfest veranstaltet. Im Mittelpunkt stand ein Fußballspiel zwischen Forchheim und Knielingen. Die Gäste hatten Mühe, einen 3:2-Sieg zu erringen.

## Handball

**Um die Kreismeisterschaft**

**Rintheim — Linkenheim 4:4**

Der schlüpfrige Boden stellte an beide Mannschaften große Anforderungen. In der 6. Minute geht Linkenheim durch seine Mittelstürmer in Führung. Der äußerst bewegliche Rintheimer Sturm nutzt einen Verteidigungsfehler aus und der Ausgleich ist hergestellt. Linkenheim drückt ist aber im Sturm zu unentschlossen. Linkenheim drückt Rintheim durch den linken Flügel die 2:1-Führung. Kurz vor der Pause kann Rintheims Hüter durch gute Abwehr den Ausgleich verhüten. Nach der Pause drückt Linkenheim aufs Tempo. In der 7. Minute fällt durch Strafstoßabgabe der Ausgleich. Rintheim macht sich frei; der finessenreiche Sturm schafft immer wieder brenzliche Situationen. In der 17. Minute geht Rintheim erneut durch Strafstoß in Führung und kann kurz darauf auf 4:2 vergrößern. Nur noch wenige Minuten sind zu spielen. Linkenheim setzt nochmals alles ein und tatsächlich ist innerhalb 3 Minuten das 4:3 und sogar der Ausgleich hergestellt.

**Rintheim Turniersieger**

Durlach, Rüppurr, Beiertheim und Grötzingen wurden bereits in der Vorrunde ausgeschaltet. Bulach verlor gegen Rintheim I und Rintheim I A unterlag gegen KTSV 46, so daß Rintheim — KTSV 46 das Endspiel bestritten. Das war dann allerdings eine eindeutige Angelegenheit. 12:1 konnte Rintheim den Wanderpreis erringen.

Das Endspiel der Jugend bestritt Rintheim — Grötzingen, das Grötzingen mit 4:5 Toren für sich entschied.

Staffel 4: Knielingen — Jöhlingen 17:0; ASV Durlach — Wössingen 13:5; Aue — Eggenstein 5:3.

Frauen: Grünwinkel — Knielingen 2:1; Aue — Eggenstein 0:3.

## Kurze Sportnotizen

**Die große Turn- und Sportwoche des TuS 1884 Beiertheim** bringt heute und am Donnerstagabend Fußball-Turnier-Spiele, während am Mittwoch- und Freitagabend die Handball-Turnier-Spiele ihren Fortgang nehmen. Die Spiele beginnen um 18.45 Uhr.

**Tischtennis-Turnier.** Am Sonntag fand in Hockenheim ein gut organisiertes Tisch-Tennis-Turnier statt, das von Spitzenspieler der amerikanischen, englischen und französischen Zone beschickt, spannende Kämpfe aufzuweisen hatte. Auch die Tisch-Tennis-Abteilung des KFV nahm am Turnier teil und konnte zwei bemerkenswerte Erfolge erringen. Frau und Herr Baumstieger errangen im gemischten Doppel in hartem Fünfsatzkampf den ersten Preis. Ebenso siegte Frl. Zapf im Frauen-Einzel gegen starke Konkurrenz.

**Zum Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft** der A-Jugend treffen am Mittwoch im Phönixstadion um ... Daxlanden und Hagsfeld zusammen.

**Servette Genf wurde Schweizer Fußballmeister.** Im Endspiel um die Schweizer Fußballmeisterschaft siegte Servette Genf gegen Neuchatel mit 3:1.

**Europameister Rudolf Carracciola, der beim Training** zum „Großen Preis von Indianapolis" schwer verunglückte, beabsichtigt, seinen Beruf als Autorennfahrer aufzugeben und nach Wiederherstellung seiner Gesundheit von Nordamerika in die Schweiz zurückzukehren.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB. Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger, Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst, Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB Sowjet. Nachr.-Büro, INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung unverlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



### Familien-Nachrichten

**Otto Tetzner,** Fabrikbes. u. Handelsger.-Rat a. D., uns. lb. Vater u. Opa, versch. i. 78. Lebensj. a. 16. 7. in Leipzig unerw. in ungebeugt. Geistes- u. Schaffenskr. In still. Tr.: Fam. W. Tetzner, Durlach, Karlsbg. 12.

**Ihre Verlobung geben bekannt:** Ilse Holeisen — J. Maletta. Karlsruhe, 25. 7. 46. Gabelsbergerstraße 7.

**Ihre Verlobung geben bekannt:** Hilde Pfrang — Dr. med. Friedrich Zimmermann. Heidelberg, Hauptstraße 114. Karlsruhe, Lenzstraße 4. Im August 1946.

**Ihre Vermählung geben bekannt:** Waldemar Dres — Lieselotte Dres geb. Glauner Karlsruhe, Römerstraße 23.

**Ihre Vermählung geben bekannt:** Otto Bausch, Kaufmann, Herrenberg — Erna Bausch geb. Merz, Karlsruhe, zur Zt. in Gernsbach, Alte Weinstraße 5.

**Frank Karl.** Die Geburt eines gesunden Stammhalters zeigen an: Frau Margrit Hofmann u. Karl Hofmann, Eggenstein, zur Zeit Neues Vinzentiushaus, Dr. Stahl.

### Veranstaltungen

**Gloria-Palast, Rondellplatz.** Bis einschl. 2. 8. 46: „Sergeant Berry". Ein deutscher Film mit Hans Albers in der Hauptrolle. Benützen Sie den Vorverkauf von 10—12 Uhr für den gleichen und folgenden Tag. Beginn täglich: 13.00, 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Achtung! Besuchen Sie unsere Sondervorstellung um 13.00 Uhr täglich.

**Palast-Lichtspiele,** Herrenstr. 11: Ab 27. Juli wegen Renovierung bis auf weiteres geschlossen.

**Atlantik-Lichtspiele,** Kaiserstraße 5 (Durlacher Tor): „Du warst nie berückender", der große Revue- und Ausstattungsfilm mit Rita Hayworth und Adolphe Menjou. Beiprogramm und neue Wochenschau. Anfangszeiten: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr.

**Rheingold,** Rheinstr. 77, Ruf 6283, tägl. 13 und 15 Uhr. Der große Abenteuerfilm „Nacht im Hafen". Jugendliche zugelassen.

**Metropol,** Neckarstr. 32, Ruf 951, tägl. 15, 17.30, 20 Uhr: „Was Geld kaufen kann". Ein Film: groß — spannend — einmalig und unvergeßlich. Jugendliche zugelassen. Vorverkauf 11—12 Uhr.

**MT. in K.-Durlach,** Ruf 864: Ein russischer Spitzenfilm in Deutscher Sprache „Sie trafen sich in Moskau". Dazu der interessante Dokumentarfilm „Moskau 1944". Tägl. 3.15, 5.30, 8.00 Uhr.

**Kali in K.-Durlach,** Ruf 675: Dick Powell in „Was morgen geschah". Der Meisterregisseur René Clair schuf hier zusammen mit dem Komponisten Robert Stolz eine reizende Filmkomödie. Tägl. 3.45, 6.00, 8.30 Uhr. Tägl. 2.30 Uhr bis einschl. Donnerstag Märchenvorstellungen mit den 2 reizenden deutschen Märchentonfilmen „Kalif Storch" und „Der Geisterkönig" Eintritt 60 u. 10 Pfg. Notgem.

**Skala in K.-Durlach,** Pfinztalstr. 92 a, Ruf 180, tägl. 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Der russische Großfilm in deutscher Sprache: „Sie trafen sich in Moskau" mit Maria Ladynina. Jugendliche zugelassen.

**Konzert-Café „Grüner Baum"** am Durlacher Tor, Kaiserstraße 3, Tel. 7448. Jeden Nachm. u. Abend Konzert. Dienstag und Donnerstag Tanz. Montags Betriebsruhe.

**Kaffee-Kabarett Roland,** Ecke Kreuz- u. Hebelstraße. Täglich abends 19.30, Kabarett. Mittwoch, Samstag u. Sonntag, 16.00 und 19.30 Uhr, Kabarett u. Tanz. An den übrig. Nachm. 16 Uhr Konzert. Vorverk. v. 11—13 Uhr. 31. Juli 1946, Abschied unserer Künstler, ab 1. August 1946 neues Programm.

**Konzertdirektion Kurt Neufeldt**

**„Das Wohltemperierte Klavier"** von Bach spielt Erwin Grosse morgen Mittwoch, 31. Juli, 19 Uhr, im Munz-Saal (II. Teil, 1. Hälfte). Karten zu 4.40, 3.30 u. 2.20 bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 83, Germ.-Kiosk u. a. d. Abendk.

### Vereins-Anzeiger

**Vereinigung der Zeitungs- und Zeitschriftenhändler Nord-Württemberg und Nord-Baden. Vorläufige Geschäftsstelle, Karlsruhe, Durlacher Allee 43.** In Anbetracht der derzeitigen Verhältnisse auf dem Gebiet des Zeitungs- und Zeitschriftenvertriebs ist es erforderlich, daß sich die dafür in Frage kommenden Zeitungs- und Zeitschriftenhändler in einem Verband vereinigen. Der Zweck soll sein, ein Zusammenwirken mit der Militärregierung, den deutschen Behörden, dem Verlegerverband und dem Grossistenverband zu erstreben. Alle interessierten Zeitungs- und Zeitschriften-Einzelhändler, die die amerikanische Registrierung und die Genehmigung der deutschen Behörden haben, sowie bereits gebildete örtliche Vereinigungen bzw. deren Obleute oder Vorstände werden gebeten, sich an vorläuf. obige Adresse zu wenden. I. A. Joh. Martin.

**Karlsruher Männerturnverein. Samstag, 3. August,** 19½ Uhr, Burghof, Karl-Wilhelm-Str. 50: Familienabend mit Vortrag von Land und Leuten im Grenzgebiet von Odenwald u. Bauland von unserm Mitglied Prof. Dr. M. Schwarzmann. Pünktlicher Besuch erbeten. Der Vorstand.



### Amtliche Bekanntmachungen

**Höhere Schulen Karlsruhe, Durlach und Ettlingen. Die Anmeldungen** für die Sexta, unterste Klasse des Schuljahrs 1946/47 sind am Mittwoch, den 31. Juli 1946, vormittags von 9—12 Uhr. Bei den Anmeldungen sind die Schüler(innen) persönlich vorzustellen. Vorzulegen sind das letzte Schulzeugnis, Geburts- und Impfschein. Die Aufnahmeprüfungen für die Sexta sind am Freitag, dem 2. August 1946, um 8 Uhr. Anmeldungen und Aufnahmeprüfungen für die übrigen Klassen sind am Montag, den 2. September 1946, vorm. 9—12 Uhr.

A. Höhere Schulen für Knaben: Gymnasium, Bismarckstraße 8; Goetheschule, Realgymnasium, im Hause der Helmholtzschule, Kaiserallee 6; Helmholtzschule, Realgymnasium, Kaiserallee 6; Kantschule, Realgymnasium, Englerstr. 10; Realgymnasium Durlach, Gymnasiumstr. 3; Realgymnasium Ettlingen, Pforzheimer Straße. B. Höhere Schulen für Mädchen: Fichteschule, Realgymnasium, Sofienstr. 14; Lessingschule, Realgymnasium, Sofienstr. 147. Die Leiter der Höheren Schulen.

**Allgemeine Ortskrankenkasse des Stadt- und Landkreises Karlsruhe. Betr. Beitragszahlung der freiw. Mitglieder.** Die Beiträge sind künftig wieder monatlich im voraus an die Kasse einzuzahlen. Bei Einzahlung durch die Post oder Bank sind unbedingt Name und Mitgliedsnummer anzugeben. Zahltage sind: für Buchstabe A—H vom 1. bis 5., J—O vom 6. bis 11., P—Z vom 12. bis 15. jeden Monats. Die Mitgliedschaft erlischt: a) durch mündliche oder schriftliche Austrittserklärung; b) wenn die Beiträge zweimal nacheinander am Zahltage nicht entrichtet und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind; c) beim Eintritt in eine versicherungspflichtige Beschäftigung, worüber der Kasse sofort Mitteilung zu machen ist.

Für die bis zum Erlöschen der Mitgliedschaft fällig gewordenen Beiträge bleiben die Ausgeschiedenen haftbar. Freiwillige Mitglieder, die nicht mehr im Bereich der Kasse wohnen oder ihren Wohnort aus dem Kassenbereich verlegen, setzen ihre Mitgliedschaft bei der Allg. Ortskrankenkasse ihres Wohnorts fort (§ 313 b RVO.). Jede Wohnungsänderung ist sofort mitzuteilen. Bei der Inanspruchnahme von Kassenleistungen ist die Beitragskarte vorzulegen.

Karlsruhe, 24. Juli 1946. Der Kassenvorstand.

**Rechtsanordnung über die Aufhebung der teilweisen Befreiung des älteren, mittleren und neuesten Neuhausbesitzes von der Grundsteuer.** Mit Zustimmung des Innenministeriums wird für Nordwürttemberg und Nordbaden folgendes angeordnet: Die Vorschriften in § 28 des Grundsteuergesetzes vom 1. Dezember 1936 (Reichssteuerblatt S. 1154) und in den §§ 56 bis 60 der Verordnung zur Durchführung des Grundsteuergesetzes für den ersten Hauptveranlagungszeitraum vom 1. Juli 1937 (Reichssteuerblatt S. 781) treten mit dem 31. März 1946 außer Kraft. Der Neuhausbesitz ist ab 1. April 1946 voll zur Grundsteuer heranzuziehen. Stuttgart, den 14. Mai 1946. Der Finanzminister. Gez. Dr. Cahn-Garnier.

**Bekanntmachung zum Gesetz Nr. 104. Weiterbeschäftigung in gewöhnlicher Arbeit im gleichen Betriebe nach dem 4. 3. 1946.**

1. Grundsatz. Alle nach Art. 58 Abs. 1 Satz 1 Belasteten müssen aus „nicht gewöhnlicher Arbeit" mit dem 5. 3. 1946 ausscheiden. Sie dürfen nicht mehr in der gleichen Behörde oder im gleichen Betriebe tätig sein, auch nicht in gewöhnlicher Arbeit.

2. Personen, die bereits am 5. 3. 1946 in „gewöhnlicher Arbeit", aber vor dem 5. 3. 1946 in nicht gewöhnlicher Arbeit tätig waren. Es gibt eine Reihe von Fällen, in denen von Artikel 58 Abs. 1 Satz 1 Betroffene schon vor dem 5. 3. 1946 (in der Regel aus Gründen des Gesetzes Nr. 8) ausgeschieden waren und seitdem im gleichen Betriebe eine gewöhnliche Arbeit aufgenommen haben. Diese Personen, die aufgrund der Bestimmungen des Gesetzes Nr. 8 nur noch in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt werden durften, die diese gewöhnliche Arbeit im gleichen Betrieb aufgenommen haben und am 5. 3. 1946 dort in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt waren, können mit Ausnahme der unter Nr. 3 aufgeführten Fälle in dieser Tätigkeit weiterbeschäftigt werden.

3. Da nach den vorliegenden Erfahrungen die Vermutung besteht, daß in gewissen Fällen die Aufnahme einer gewöhnlichen Arbeit nur eine äußerliche Tarnung für die tatsächliche Weiterführung der durch das Gesetz Nr. 8 verbotenen leitenden Tätigkeit ist, wird hiermit folgende Ausnahme von dem unter Nr. 2 angegebenen Grundsatz bestimmt:

a) Personen, die bei ihrer Entlassung gemäß Gesetz Nr. 8 die Stellung eines Vorstandsmitgliedes, Geschäftsführers, Direktors, Prokuristen oder sonst eine handelsgerichtlich eingetragene Vertretungsvollmacht besaßen, oder die über die Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften zu bestimmen hatten (z. B. Personalchef), können nicht im gleichen Betrieb in gewöhnlicher Arbeit weiterbeschäftigt werden. Sie müssen gemäß den Bestimmungen des Art. 58 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 ihre Tätigkeit aufgeben und können gewöhnliche Arbeit nur noch in einem anderen Betrieb leisten.

b) Diese Bestimmung wird nicht angewandt, wenn die Betroffenen glaubwürdig nachweisen, daß sie tatsächlich ausschließlich in gewöhnlicher Arbeit im Sinne des Art. 63 in ihrem Betrieb beschäftigt sind und der Betriebsrat — bei dessen Fehlen ein Vertrauensmann des Betriebs — diesen Tatbestand bescheinigt. In diesem Falle erteilt das Staatssekretariat für Sonderaufgaben Württ.-Baden, Stuttgart, eine ausdrückliche Freistellung von der unter a) aufgeführten Vorschrift.

c) Auf Personen, die bei Erlaß des Gesetzes Nr. 8 geringere als die unter a) genannten Tätigkeiten ausgeübt haben und daraufhin im gleichen Betrieb in gewöhnliche Arbeit versetzt worden sind, findet die unter a) aufgeführte Bestimmung keine Anwendung. Sie können gemäß dem unter 2. aufgeführten Grundsatz in ihrer Tätigkeit verbleiben.

4. Dieser Erlaß gilt entsprechend auch für Behördenangehörige.

Stuttgart, den 16. Juli 1946. **Staatssekretariat für Sonderaufgaben** Württemberg-Baden. (gez.) Kamm.

**Durch Strafbefehl des Amtsgerichts C 2 Karlsruhe** vom 22. 6. 46 wurde mir die Befugnis zugesprochen, die **Bestrafung des Drehers Heinz Kirchner** von hier, Saarlandstraße 73, mit einer Geldstrafe von 80 RM öffentlich bekannt zu machen, weil er pflichtgemäß einschreitende Polizeibeamte öffentlich beleidigt hat. Karlsruhe, 25. 7. 46. Der Polizeipräsident.

**Öffentliche Zustellung einer Klage. Karl Klein, Schreinermeister in Bruchsal, Badgasse 24,** vertreten durch Rechtsanwalt Hoffmann in Karlsruhe als Prozeßbevollmächtigten, **klagt gegen seine Ehefrau Emma Klein geb. Hein,** früher in Posen, jetzt unbekannten Aufenthalts, aufgrund des § 42 des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 mit dem Antrag auf Scheidung der am 14. Dezember 1939 in Bukarest geschlossenen Ehe. Die Beklagte wird hierdurch zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zivilkammer II des Landgerichts Karlsruhe auf Mittwoch, den 9. September 1946, vorm. 9 Uhr, Hoffstraße 10, 1. Stock, Zimmer 110, geladen, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, falls sie der Klage entgegentreten will. Karlsruhe, den 23. Juli 1946. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts.

**Amtsgericht Ettlingen, Güterrechtsregistereintrag vom 18. 7. 1946. G.R. II/253 Baumann, Emil,** Verwaltungssekretär, Ettlingen, und Gertrud, geb. Günther. Gütertrennung gemäß § 1427 ff. BGB. durch Ehevertrag vom 1. März 1946. Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen.

**G.R. II/254 Dr. Henn, Benno, prakt. Arzt,** Malsch, und Lieselotte, geb. Sollfrank. Durch Ehevertrag vom 7. Februar 1946 ist Gütertrennung vereinbart.

**Güterrechtsregistereintrag vom 28. Juni 1946, Güterrechtsreg. 252. Blau Karl,** Kaufmann, Ettlingen, und Ingotraut geb. Ganß. Durch Vertrag vom 15. Mai 1946 ist Gütertrennung vereinbart. Ettlingen, den 28. Juni 1946. Amtsgericht.



### Bausparwesen

**Wie und wann kommt man zu einem eigenen Haus?** Diese Frage bewegt so manchen. Viele Tausende wohnen mit unserer Hilfe schon im eigenen Heim. **•Sofortfinanzierung** bei 20 Proz. Eigenkapital möglich. Unser Prospekt „Der Weg zum Eigenheim" gibt Ihnen Aufschluß und zeigt Ihnen schöne Eigenheime mit Grundrissen. Auf Wunsch werden Sie durch einen Mitarbeiter kostenlos und unverbindlich beraten. Verlangen Sie kostenlose Druckschrift! Bausparkasse Mainz A.-G., Mainz.

**Badische Landesbausparkasse** — Anstalt des öffentlichen Rechts. Wir haben unseren Geschäftssitz nach Karlsruhe, Kriegsstraße 212, Fernsprecher 3985, verlegt. Besuchszeit täglich von 8—12 und von 15—17 Uhr (außer Samstag). Druckschriften und ausführliche Beratung über Finanzierung von Hausbau, Hauskauf und Wiederaufbau jederzeit unverbindlich durch uns oder jede öffentliche Sparkasse.

### Verloren

**Aktentasche vertauscht:** Der Arbeiter, der am 17. 7. 46 im 1. Zug Bretten—Bruchsal—Karlsruhe eine Aktentasche vertauscht hat, wird gebeten, sich zwecks Rückgabe mit mir in Verbindung zu setzen. Richard Wößner, Diedelsheim bei Bretten, Hauptstraße 81.

**Dkbl. lg. Wollkr.-Jacke** m. gr. Silberkn. So. abd. v. Dammerst.-Westst. G. Bel. Riegger, Holderweg 15. T. 6528.

**Ersatzrad für Auto** m. Gum. u. Schlauch v. Beierth. üb. Hauptbhf., Nebenius-, Rüppurrer Str., Kapellenstraße, Durlacher Allee verl. Abz. g. gt. Bel. Kohlenhdl. Alb. Haus, Beiertheim, Maria-Alexandrastraße 3.

**Reserve-Autorad,** 4,50 × 17, zwischen Bruchsal u. Untergrombach verl. Gegen Belohnung abzug. b. Pfannkuch & Co., Karlsr., Oberfeldstr. 14, od. Verkaufsst. Bruchsal, bzw. Untergromb.

**Gestohlen: LKW-Anhäng.,** 5 t, militärgrau, 8 Reifen, Fahrgestell-Nr. 3874, linke Bordwand hinten stark beschädigt. 500 M Belohnung für Wiederbeschaffung. Baugeschäft Heinr. Fien, Karlsr., Bussardweg 43. Tel. 402.

### Unterricht

**ENGLISCH: zum 2. Sept. 46 Neuaufnahme von Schulkindern** in uns. Anfänger-, Mittel- u. Spitzenklasse. Anmeldung wird rechtzeitig erbeten. Auslandschule Sorg. Wissenschaftl. Leitung Dr. Hörmann, Karlsruhe, Beethovenstr. 9. Tel. 3069.

### Vermietungen

**Größerer Lagerplatz,** m. Wasseranschluß, spez. f. Sperrgüter, ganz od. teilweise, zu verpachten. Bewachung vorhanden. Strecke Heilbronn—Heidelberg. Zuschriften erbeten unter Nr. 630 an WEMA, Werbebüro, Annonc.-Exp., Mannheim, B 4, 8.

**Lagerräume** u. Werkstätte, ca. 300 qm, Südstadt, ganz od. geteilt, zu vermieten. Angeb. unt. 7064 an BNN.

**Ca. 200 qm Fabrikations-, Lager- u. Büroräume** in Vorort von Khe., auch als Auslieferungslager geeignet, gegen Mitarbeit od. Beteilig. zu verm. Angebote unter 7265 an BNN.

**200 qm Fabrikationsraum** zu verm., wenn üb. Betondecke sof. Zem.-Flachd. ausgef. wird. Ang. u. 7346 an BNN.

**Garage** zu verm. Zu erfr. b. Kroon, Amalienstr. 20, IV.

**Garage,** a. z. Einst. v. Möb., z. verm. Näh. ab 18 Uhr abds. Khe., Südendst. 31, II.

### Mietgesuche

**30—70 qm Büroraum** in Khe. ges. Elektrolux G.m.b.H., Ettlingen, Lauergasse 6.

**Werkst.,** 25—40 qm, ev. m. kl. Gart., Westst. o. Mühlb., ges. Ang. u. 7470 an BNN.

**Lagerraum,** etwa 30 qm groß, für Lastkraftwagen zugänglich, zur Unterstellung von Maschinen gesucht. Angeb. unter K 1917 K an BNN.

**Größere Lagerhalle** in Ettlingen oder Karlsruhe mit guter Zufahrtsmöglichkeit und Hofraum, evtl. auch nur Gelände zur Aufstellung einer Holzhalle baldigst zu mieten ges. Imbert-Generatoren-Vertrieb v. Saint André & Co., Baden-Baden, Langestraße 66.

**Gewerbl. Räume,** ca. 150 qm, für Druckerei in Karlsruhe sofort zu mieten gesucht. Angeb. unt. 7405 an BNN.

### Transporte

**Kleinlieferwagen** übernimmt für 2—3 Tage in der Woche Transporte. Angebote unter 7058 an BNN.

### Immobilien

**Brennerei,** kompl., neu od. gebraucht, evtl. m. Brennereirecht, sof. zu kaufen ges. Zuschr. unt. S.W. 5386 beförd. WEFRA-Werbeges., Frankfurt/M., Stiftstraße 2.

**Besteingef. Transportunternehmen** inf. Krankh. geboten geg. Einfam.-Haus mit 1 bis 2 Morgen Feld, Umgebung Karlsruhe. Angebote unter 7248 an BNN.

**Ca. 2 M. Ackerland m. kl.** Wohnhaus zu kf. od. gegen Gärtnerei zu tauschen ges. Angebote u. 7460 an BNN.

**Wochenendhaus,** od. kl. Garten m. Hütte, Nähe Khe., sf. o. spät. z. kf. o. pcht. ges. Ang. u. 7418 an BNN.

**Fabrikgelände,** 20 000 qm, 4 Hallen, ca. 1300 qm, Fabrikat.-Räume in franz. Zone, Nähe Karlsr., im Auftrag zu verkauf. Adolf Schneider, Immobilien, Karlsruhe, Stefanienstraße 71.

**Einfam.-Haus,** Nähe Khe., 4 bis 5 Zimm., zu kauf. ges. Angeb. unt. 7427 an BNN.

**Bäckerei** von Bäckermeister zu kaufen od. zu pachten gesucht, mögl. Karlsruhe od. Umgebung. Angebote unter 7431 an BNN.

**Bäckerei** m. od. ohne Kolonialw. von strebs., politisch einwandfr. Bäckerm.-Ehep. sofort zu pachten oder kaufen gesucht. Angebote unter 7181 an BNN.

**Gastwirtschaft** od. Café von Fach-Ehepaar sof. zu pacht. ges., politisch einwandfr. Kapital vorhanden. Angebote unter 7180 an BNN.

**Einfam.-Haus,** m. größ. Gart., o. gt. Landh. m. Feld z. kf. ges. Ang. u. 755P an BNN.

**Garten in Landau** (Pfalz), ca. 13300 qm, geg. Gart. in Karlsruhe, 2 Aecker i. Minfeld (Pf., b. Kandel), ca. 1,5 ha, geg. Acker in Khe. Angeb. an E. Schick, Khe., Wendtstr. 15, Tel. 5699.

### Beteiligungen

**Welcher fleiß., ehrl. Mann** will sich selbständ. mach. u. hat kein Geld? Beteiligung gesucht. Angebote unter 7360 an BNN.

**Beteilig. an Briefmarkengesch.** (od. Kauf desselben), ges. Angeb. unt. 7359 an BNN.

**Beschäftigung od. Teilhaberschaft** in Lebensmittel- oder Molkereiprodukten-Geschäft von Fachmann bis zu 6000 Mk. Beteiligung oder Kaution gesucht. Angebote unter 7355 an BNN.

**Beteiligung mit 10.000 RM.,** spät. evtl. mehr, an rent. Untern., mögl. Mitarbeit, ges. Off. u. 2026 an Anz.-Werbebüro Trunk, Karlsruhe, Karlstraße 99.

**Suche Beteiligung** an einem Unternehmen mit 5 bis 10 000 RM. Lebensmittelbranche bevorzugt. Angebote unter 6553 an BNN.

**Suche tätige Beteiligung** mit 5-15 000 RM a. rtbl. Untern. in süd- od. westd. Großst. Angeb. unt. 7433 an BNN.

**Beteiligung,** still od. tätig, mit 12—15 000 RM gesucht. Angeb. unt. 7494 an BNN.

### Stellenangebote

**Besetzung d. Gesundheitsamts Heidelberg.** Beim Gesundheitsamt in Heidelberg ist sofort die Stelle des Leiters und komm. Amtsarztes zu besetzen. Für die Einstellung kommt nur ein politisch unbelasteter, für die Tätigkeit besond. vereigenschafteter erfahr. badischer Arzt in Frage. Die Beschäftigung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis - Verg.-Gr. II TO.A. Bewerbungsgesuche sind u. Vorlage v. Lebenslauf, pol. Fragebogen und begl. Abschriften der Bestallungsurkunde und des Doktordiploms alsbald an den Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abt. Innere Verwaltung — in Karlsruhe, Nördl. Hildapromenade 1, einzureichen.

**Emulsionsfachmann** gesucht, d. auf dem Gebiet Foto, Filmtechnik und Apparatebau interessiert ist sowie frei u. schöpferisch arbeiten will und kann. Eventl. Physiker, Ingenieur, Konstrukt. Zuschriften u. N.P. 5078 bef. WEFRA-Werbeges., Frankfurt a. M., Stiftstraße 2.

**Für den Vertrieb von wichtigen Schädlingsbekämpfungsspritzen** an den einschläg. Groß- u. Fachhandel, Obst- u. Weinbau-Genossenschaften, werden an verschiedenen Plätzen seriöse, zuverläss. Handelsvertreter ges. Bewerbungen erb. an FKL-Löffelbein, München 8, Rosenheimerstraße 145.

**Vertr. f. d. dir. Verkauf** v. Gummistempeln u. Emailschildern an Abnehmerkreise aller Art gesucht. Auch für Nichtkaufleute geeignet. Anfr. u. U 520 an Ann.-Exp. Carl Gabler G.m.b.H., Frankfurt/M., Steinweg 9.

**Vertreter** gesucht für die Bezirke Bruchsal und Bretten v. Privatkrankenkasse. Angebote unter 7493 an BNN.

**Vertreter f. Karlsruhe** u. Umgebung s. Bez.-Dir. anges. Kranken-, Unfall-, Leb.- u. Sach-Vers. Pers. und pol. einwandfr. Herren bewerb. sich u. 7424 an BNN.

**Vertreter(innen)** u. Bez.-Vertreter an all. Plätzen Nordbadens u. Groß-Hessen ges. Ausführl. Angebote a. A. Weber, Mannheim, Stamitzstraße 8.

**Jung. Kaufmann** der Manufakturwarenbr., Kenntnisse in Buchh., Karteiw., Ein- und Verk., Kalkulat., su. Vertrauensst. i. Verk., Büro, a. Reis. od. Lager. (auch and. Br.). Ang. u. 7434 an BNN.

**Buchhaltungsleiter** mit langjähriger Erfahrung in Finanz- und Betriebsbuchhaltung sowie im Steuerwesen von Karlsruher Unternehmen (chem. Branche) baldmöglichst gesucht. Angeb. m. Lebenl., Zeugnisabschr. u. Bild u. 7200 an BNN.

**Verlagsfachmann** (Anzeigenwerber) mit langjähr. Erfahrung von Spezialadreßbuchverl. gesucht. Schriftl. Bewerbung mit Zeugnisabschriften an Bequna-Zentr., Geschäftsstelle Stuttgart, Klingenstr. 14 (Vöhringer).

**2 Mechaniker** für Büromaschinen sofort gesucht. Angebote unter 7189 an BNN.

**Gipsgießer** in ausgez., selbständige Stellung gesucht. Angeb. unt. 7453 an BNN.

**Möbelschreiner (Meister)** gesucht. Wir biet. Gewinnbeteiligung bei guten Bedingungen. Angebote unter 7459 an BNN.

**Maurer,** Maurervorarbeiter, a. solche, die sich zu Maurern o. Maurerpolieren umschulen lass. wollen, wenden sich umgehend a. Bauunternehm. E. Studt, Karlsruhe, Cäciliastraße 40.

**Poliere,** Maurer, Zimmerleute u. Hilfsarbeiter für sof. od. später gesucht. Jos. Krapp, Bauges. m. b. H., Karlsr., Hans-Sachsstraße 2.

**Erf., ält. Alumin.-Fachmann,** der in der Lage ist, Formerei-Kokillengieß. u. Schmelzanlage selbst. zu führen, per sofort ges. Evtl. kann Zwei-Zimmerwohnung gestellt werden. Angebote unter 7402 an BNN.

**Sattler,** welch. Anfertigung u. Umarbeitung v. Taschen u. dergl. in Lohnarbeit übernimmt, sofort gesucht. Eilangeb. unt. 7415 an BNN.

**Zuverläss., erfahrene Baggerführer** für Weserhütte-Dieselbagger zum sofortigen Eintritt gesucht. Ferner werden gesucht Motorenschlosser, spez. f. Dieselmotoren. Arbeitsgemeinschaft Trümmerräumung, Pforzheim, Westliche Karl-Friedrich-Straße 196.

**Möbelpacker,** an selbst. Arbeiten gewöhnt, sofort gesucht. Angebote unter 7191 an BNN.

**Heimarbeiter(innen)** (Kriegsbesch.), f. selbst. Flecht- u. Knüpfarb. (Eink.-, Kindertaschen), sof. ges. Eilangeb. unter 7417 an BNN.

**Mehrere Uhrmacher-Gehilfen oder -Meister** für sofort oder später gesucht. Angebote an P. Mäder, Uhrmachermeister, Mannheim, L 8.5.

**Männliche u. weibliche Arbeitskräfte,** tüchtig und zuverlässig, von Fabrikation chem. Erzeugnisse gesucht. Angebote unter 7407 an BNN.

**Ält. Mann,** (evtl. Kriegsversehrter), kann sich lohnend. Nebenverd. als Hauswart leichte, ganztägige Beschäftigung), verschaffen. Zuschriften unter 7474 an BNN.

**Jg. Mann,** evtl. Ostflüchtl., findet b. Eignung gute Zukunftsmöglichk. als Gehilfe in Gesch. m. Landwirtsch. bei guter Verpfl. in Khe.-Vorort Anruf: Khe. 1214.

**Ein Junge,** der Interesse hat, Industrieblechner zu werd., zu sofortig. Eintritt gesucht. Angeb. unt. 7451 an BNN.

**Für uns. Eisengießerei tücht. Jungen,** die das Former- u. Kernmacherhandwerk erlernen wollen, sowie jugendliche Anlernlinge.

**Für uns. Abt. Maschinenbau Schlosser- u. Dreherlehrlinge** gesucht. Werksküche vorh. Meldung bei der Eisengießerei F. Seneca KG., Khe.-Mühlburg, Kärcherstr. 6/7.

**Perfekte Stenotypistin** von größerem hiesigen Unternehmen für einen Vertrauensposten gesucht, an selbständiges Arbeiten gewöhnt und im Besitz entsprechender Berufserfahrung. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und wenn möglich mit Lichtbild erbeten unt. K 1921 K an BNN.

**Perfekte Stenotypistin** mit gewandt. Auftreten z. sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen an Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft, Bauleitung A, Karlsruhe, Baracke am Ettlingertorplatz.

**Junge Verkäuferin,** perf. in Fleisch- u. Wurstverk., ges. Metzgerei Aug. Windt, Khe., Klauprechtstraße 39.

**Tücht. Friseuse** sof. in Dauerstellung gesucht. Salon Birk-Heß, Karlsruhe, Yorckstraße 19. Tel. 4934.

**Tücht. Friseuse** b. gut. Lohn ges. Ang. u. 7187 a. BNN.

**Aktmodell,** weiblich, von kunstgewerblichem Industriebetrieb gesucht. Angebote unter 7452 an BNN.

**Für Haus- u. Flickarb.,** einige Std. wöchentl., Hilfe ges. Müller, Khe., Festplatz 1.

**Ehrliche Frau** in frauenlosen Haushalt gesucht. Angebote unter 7401 an BNN.

**Haushälterin** v. b. ält. alleinst. Herrn ges. Gt. Unterk. u. Verpfl. Kaufm. Kenntn. erw. Eintr. k. sof. erfolg. Ang. v. Frl. od. Wwe. ohne Anh. unter 7480 an BNN.

**Hausgehilfin** f. Geschäftshaushalt d. Lebensmittelbranche gesucht. Angeb. mit Zeugnisabschr. u. 7473 an BNN.

**Perf., zuverl. Hausgehilfin,** nicht unt. 20 J., in Gesch.-Haush. (4 Pers.), bei gut. Beh. u. Bez. f. sof. o. sp. ges. Angeb. unt. 7462 an BNN.

**Ehrl. fleiß. Mädchen** in gut. Haushalt (3 Pers.) sof. ges. Khe., Gellertstr. 24, II., r.

**Jg. Mädchen** f. leichte Hausarbeit in Vormittagsstellung per sof. od. spät. ges. Ang. u. 6557 a. BNN **Bruchsal.**

**Kinderliebe Hausgehilfin** für gepflegt. Landhaushalt zu 2 Kindern baldigst gesucht. Fam.-Anschl. wird gewährt. Spedition Hepfer, Fuhrunternehmen, Weiler über Radolfzell/Bodensee.

**Ehrl., jung. Mädchen** f. gut. Haushalt ab sof. ges. Ostflüchtling angenehm. Angebote u. 7514 an BNN.

**Perf., ehrl. Mädchen** (auch ält.), das zu Hause schlaf. kann, in gute Dauerstelle gesucht. Vorzustell. Khe., Uhlandstr. 40, 2. St., lks.

**Tücht. Hausgeh.** f. Geschäftshaush. (3 erw. P.) z. 1. 9. 46 ges. Vorzst. b. 3. 8. 46 zw. 11-3 u. 5-8 U. b. Hummel, Khe., Welfenstr. 7, II.

**Halbtagshilfe** bei gutem Lohn ges. Specht, Khe., Mathystraße 29, Telefon 582.

**Haushalthilfe** für tägl. 4 Std. gesucht. Putzfrau vorhand. Angebote u. 7504 an BNN.

**Stundenhilfe** f. Haush. (8—11 U.) ges. Ang. u. 7179 BNN.

**Mädel** od. Frau, zu 2 Mädch. von 2 u. 3 Jahr. f. einig. Stund. am Tage gesucht. Angeb. unt. 7400 an BNN.

**Frau** z. Reinigen von 2 Geschäftsräumen 1mal wöchtl. ges. Khe., Ettlingerst. 17, I.

**Putzfrau** sof. gesucht. Atelier Rausch & Pester, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 3.

### Stellengesuche

**Stelle als Pförtner** oder Bote in Büro bzw. Stadt ges. Angeb. unt. 7438 an BNN.

**Erfahr. Kontorist,** 31 J., mit eig. Schreibmasch., vertr. m. stl. Büroarb., sucht Stellg. Angeb. unt. 7481 an BNN.

**Elektro-Radio-Ing.,** mit allen Rep. vertraut, sucht Stellung, evtl. auch als Radio-Techniker. Angebote unter 7461 an BNN.

**Kaufmann,** Ausl.-Deutsch., 45 J., pol. unbel., früh. in Lebensmitt.-Großh. u. Detail tät., sucht pass. Wirk.-Kr. im Hand. od. Indust., gleich welcher Art, eignet sich für alles. Zuschriften erb. unter 7463 an BNN.

**Kaufmann,** entl. Kriegsgef., 30 J., arbeitsfr., m. allen einschl. Arbeit. best. vertr., sucht n. Wirkungskr., evtl. Vertrauensst. Führersch. Kl. II vorh. Ang. u. 7484 BNN.

**Angestellter,** englisch sprechend, bisher Dolmetscher, sucht Beschäftigung. Angebote unter 7497 an BNN.

**Student s. Nebenbesch.,** evtl. Schreibarb. a. eig. Schreibmasch. Ang. u. 7435 BNN.

**Techn. Angestellter** (Elektrotechn.), sucht Stellung. Angebote unter 7403 an BNN.

**Junger Maschinenschlosser,** erf. in Maschinen u. Reparaturen, Führersch. Kl. II u. III, sucht selbst. Besch. in Karlsruhe oder Umgeb. Angeb. unter 7488 an BNN.

**Jg. Mann, mit Lieferwagen,** (10—15 Ztr. Trgkr.), zuverl., sucht entsprech. Stelle. Angebote unter 7345 an BNN.

**Koch,** perf. in amerik. Küche, sucht per sof. Stellung. Angebote unter 7101 an BNN.

**Beifahrer,** 20 J., sucht Stelle. Angeb. unt. 7441 an BNN.

**Bäckerlehrstelle** sucht schulentlassener Junge. Angeb. unter 7347 an BNN.

**2 weibl. Elektro-Fachkräfte** m. langj. Praxis im Ein- u. Verk., Lagerhaltg., Kunden- u. Rep.-Dienst, suchen passende Stellung. Angebote unter 7496 an BNN.

**Staatl. gepr. Säugl.-Kinderschwester,** 48 J., su. auf Sept. selbständ. Tätigkeit f. Privatpflege in gut. Hause. Angeb. unter 7465 an BNN.

**Frau,** im Wirtsgewerbe sehr erfahr., ehrl. u. durchaus zuverl., sucht Vertrauensstellung in Hotel od. Restaurant. Angebote unter 7455 an BNN.

**Jg. Frau sucht Heimarbeit,** a. schriftl., Schreibmasch. vorh. Angeb. unt. 7495 an BNN.

### Verkauf

**Oelgemälde,** versch. Mot., zu vk. Pr. 150, 450, 600 u. 1500. Hecht, Karl-Friedrichstr. 26.

**Oelgem.** (Kg. Luise), i. Goldr., Zinnteil. (Hdlbg.), 360 M, z. vk. Ang. u. 7419 an BNN.

**Wertvolle Briefmarken-Sammlung,** künstl. einmal., schön angelegt, nur an Liebhaber zum Höchstpreis zu verkaufen. Angebote unter Nr. 6646 an BNN **Pforzheim.**

**Briefmarken d. franz. Zone** (Schiller u. Heine) meistbietend, zu verkaufen. Angebote unt. 7390 an BNN.

**Briefmarken:** Kaufhaus Ermo, Stuttgart, Sophienstr. 22 B, Oesterreich, Posthorn mit Aufdruck „Porto", 15 verschiedene Werte kompl. RM 35.50. Oesterreich, kleiner Gittersatz, 4 versch. Werte, 5, 6, 8 12 Pfg. RM. 52.—. Oesterreich, Wappensatz (Hammer und Sichel), kompl. 23 Werte RM. 68,—. Versand nach auswärts geg. Vorauskasse portofrei.

**Briefmarken!** Sammler, kauft zu wirkl. gut. Preisen bessere Einzelmarken u. Sätze, Altdeutschland, Europa u. Uebersee. Keine Massenware. Sofortkasse bei Abnahme. Angebote unter Nr. 12/027—8 an d. Anzeig.-Zentrale des Westens, Annoncen-Expedition, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Straße 42.

**Briefmarken der Prov. Sachsen:** Wappen, 12 W., kpl., 6.— Mk. Bodenref. geschn., kpl., 1.— Mk. Bodenref. a. Oelpapier, kpl., 1.50 Mk. Wiederaufbau, kpl., 5.— Mk. Ferner alle Marken d. russisch. Zone (Stadt- u. Länderposten) lieferbar! Einsteckalben. Engl., amerik. Zone bitte Vorauskasse (E.-Brief), zuzügl. 1 Mk. Versandporto. Briefmark.-Schröder (19) Schmetzdorf, Bez. Magdeburg.

**Briefmarkensammlung,** Europa u. Übersee, zu verkaufen. Angeb. unt. 7498 an BNN.

**Konzertgeige,** gut. Künstler-Instrum. (Friedenswert RM 600.—) zu verkaufen. Angebote unter 7490 an BNN.

**1 Radio — Nora,** 3 R., neuw., Preis 150 Mk., zu verkauf. Angeb. unter 7408 an BNN.

**Zither,** fast neu, auch mit Noten zum Unterlegen, zu verkaufen. Preis 70.— RM. Angeb. unt. 7341 an BNN.

**Hintere Kragenknöpfe** (Markenartikel) an Wiederverkäufer sofort lieferbar. 100 RM je 1000 Stück. Bestellung u. 2019 a. Anz.-Werbebüro Trunk, Karlsruhe, Karlstraße 99.

**Anbiete** freibl.: Lippenstifte, 100 St. 125 RM; Augenbr.-Stifte, 100 St. 40 RM; Puder in Dosen, 100 St. 200 RM. Topfdeckelhalter, DRP ang., (Hausb.-Neuheit), 1000 St. 175 RM. A. Brunner, Großhandel, Regensburg, Postfach 378.

**Neu! Wasungen: Aufbaublock.** Nominal 10 RM, Aufl. 25 000 St., Preis 20 RM. Lieferung gegen Vorauskasse. Porto extra. Voigt & Hössel, Wasungen/Thüringen., Bahnhofstraße 1.

**Präz.-Stahlrohre,** 115 äuß. Ø × 10 mm Wand, nahtlos kaltgezogen geglüht, ca. 16 000 kg zu verkaufen gegen ½ Eisenbezugsrechte. Josef Mellert, Bretten/Bad.

**Leim u. Klebstoffe** für Leder, Kunstleder, Pappe, Papier, Porzellan u. Glas. Spezialität: Gewebekleber f. Säcke, Planen, Wagendecken ab Lager lieferbar. Franz Stapzinski, Steinbach a. Taunus.

**1 Ammoniak-Kompressor,** 2-Kolbensystem, in bestem Zustande, für größ. Kühlanlage, zu verkaufen. Angebote unt. K 1859 K an BNN.

**An alle Holzgasfahrer f. LKW u. PKW:** Warum fahren Sie immer noch mit Ihrer alten Holzgasanlage? Sie kennen doch bestimmt die Unannehmlichkeiten, das Verteeren, Verrußen, Meilern, Dampfablassen usw. Warum machen Sie sich nicht die Vorteile der neuen Generatorenhaube zu Nutze? Kein feuchtes Gas, Verteeren, Durchrosten der Leitungen mehr! Hohe Ersparnisse an Tankholz - Holzkohle! Hohe Schonung an Batterie, Anlasser, Zündkerzen und Motor. Längere Lebensdauer u. höhere Leistung! Von Fachkr. beste Refer. u. Anerk.! Einbau k. sof. innerhalb 2—3 Std. nach vorherig. Anmeldung, sol. Vorrat reicht, durch Josef Spänle, Khe., Erbprinzenstraße 3, Telef. 8295, beim Rondellplatz, erfolgen.

**Sackkarren,** Speicherkarren, Plateauwagen, Schartgewindefräser, Aufsteckgewindefräser, elektr. Lötkolben, 220 V., 180 W., zu verk. Gustav A. Möller & Co., Hamb., Ein- u. Verk.-Büro Khe./B., Schließf. 56.

### Kapitalmarkt

**25 bis 30 000.— RM** gesucht als I. Hypothek auf ein unbesch. Hausgrundstück. Angeb. unt. 7336 an BNN.

**Bis 10 000 RM** Beteiligung a. Hausaufbau geboten gegen Sicherheit u. Wohnung (3 Zimmer). Off. u. 2026 an Anz.-Werbebüro Trunk, Karlsruhe, Karlstraße 99.

**Hypothekengelder,** Darlehen, Kredite, in jed. Höhe, ab 4% Zins, sofort auszuleihen. Hans Schmitt, vorm. Aug. Schmitt, Immobilien, Khe., Vorholzst. 7, Tel. 2117.

**1. Hypothek, RM. 50 000.—,** gesucht auf hochwertiges Mietshaus zu 3½% Zins. Angeb. u. K 1911 K an BNN.

**5000 RM** vergb. als Darlehen. Angeb. unt. 7486 an BNN.

### Wirtschaftswerbung

**Führ. uns. Holz- u. Kohl.-Hdl.** wieder selbst aus. Gebr. Gerstner, Khe., Schillerst.27.

**Bettfedern reinigt mit mod. elektr. Anlage.** K. Ritter, Khe.-Durlach, Auerstr. 12.

**Gesichtsmassage,** Höhensonne, Voll-Körpermassage: Hildegard Mark, Karlsr., Bachstraße 12, Haltestelle Richard-Wagnerstraße.

**Alle Krawatten,** die defekt etc. zum Kleiderdoktor „REKORD", Markgrafenstr. 30a. Wir formen um.

**Achtung! Gard. i. all. Größ.** werd. a. neuest. Spannr. gesp., sow. a. Tischd. (Filet-Häk.-Arb. usw.). Schn. Lief., Harms, Hirschst. 113,II.

**Gesichtspflege mit den richtigen Mitteln** und richtig angewendet gibt jed. Haut ein blühendes Aussehen. Karlsruher Damen bevorzugen in ständig wachsender Zahl die Methode v. Otto Häuserman, Fachinstitut für allgemeine, wissenschaftl. Gesichts- u. Körperpflege, Karlsruhe, August-Dürr-Str. 7, gegenüber Haupteingang Goetheschule. Tel. 6336. Sprechstunden: Montag bis Freitag, 9—18 Uhr.

**Wir fertigen Ihnen aus Ihren Stoffen** kleidsame Damen-, Herren- und Mädchenkleidung in guter Paßform und Verarbeitung bei preiswertester Berechnung und schnellster Lieferzeit. Eingehende Beratung in unserer Bekleidungs-Abteilung. Kaufhaus Friedrich Hölscher, Karlsruhe.

**Schnellwaagen und Waagen-Rep.** aller Art werd. fachm. sofort ausgeführt von Hornung, Abtlg. Waagenbau, Khe., Kriegsstr. 116, (neben Germania), Tel. 4186.

**Kunstgeschmied. Lampen und Einrichtungsgegenstände** jed. Art können auf Bestellung kurzfristig geliefert werd. Künstler. Ausstattung v. Gaststätten u. Wohnräumen wird durch unser fachm. Personal ausgeführt. Fertigungs- und Verkaufsraum Hornung, Abteilg. Handwerkskunst, Karlsr., Kriegsstraße 116 (neben Germania), Telef. 4186.

**Schnellwaagen,** sämtl. ... kate, für Handel u. Industrie, werden fachm. repar., neu lackiert, u. Überwachungsdienst Abonnement. Spezial-Reparatur-Werkstätte Rob. ... Karlsruhe, Durmersheimerstraße 31. Telefon ...

**Elektro-Klein** lief. Rundfunk-Geräte (def. in Zahl.), Radio-Röhr., Ank., ... Rep.-Werkst. f. ... Mechan. Haushalt... Ing. R. Klein, ...

**Wir berat.** wieder bei ... zialfrag. aus uns. ... bieten Beton u. Holz ... Dach- u. Rostschutz ... A. Braun, Biberwerk, ... brik chem. Baustoffe, Stuttgart - Untertürkheim, Ruf 30 606.

**Ihr Charakter!** Ihr Schicksal ... Charakterbeurteilung ... der Handschrift RM ... Mit prägnantem Horoskop RM 30.—. Zahlreiche Anerkennungen! Erforderlich ca. 15 Zeilen Tintenschrift, Angaben der genauen Geburtszeit mit Geburtsort, auch Geschlecht ... Walter Grzenia, ... 8, Johannisplatz ... lichst per Einschreiben.

**Werbegraphik für Industrie, Handel u. Gewerbe** ... würfe jeder Art: Firmenzeichen, Markenzeichen, ... köpfe, Prospekte, Plakate, Programme, Dispositionen, Werberatung, Werbung u. Ausführung der Idee bis zum Werbemitteleinsatz — durch ... u. spezialisierte Fachkräfte in eigenen Ateliers ... vertreterbesuch unverbindlich. Reklamedienst Schwarz, Heidelberg, Bergheimerstr. ... — Telefon 4093.

**„Der Betriebsberater",** ... monatsdienst f. Wirtschaft u. Sozialrecht. ¼jährl. RM. 15.00. „Der Steuerberater", Steuer- u. Wirtschaftsdienst, ¼jährl. RM. 5.00. Die Einzelnummer 3/4 enthält die ständ. Einkommensteuer-Jahrestabelle. Einzelpreis RM. 3.00. „Neue Linie", Deutscher Industrie-Anzeiger, erscheint wöchentl., ... RM. 3.50 Broschüre ... neuen Steuergesetze", ... RM. 0.60. Steuer-Tabelle Kirchenlohnsteuer in ... Preis: RM. 0.60. Lohnsteuertabelle, wöchentlich ... RM. 1.25. Fachzeitschriften Großhandels - Unternehmen Hampel, Heidelberg, ... nengasse 20/24.

**Menschenkenner durch Handschriftendeutung!** ... Sie Prospekt 12a ... Fernunterricht in Graphologie. Redakteur Hans ... gartner, (24) ... Postfach.

**„Angebot u. Nachfrage"**, ... seratenblatt f. Tausch, ... Stellenanzeigen, Autos, Immobilien, Empfehlungen, Heiratswünsche usw. ... scheint 1—2 mal wöchentlich. ¼-Jahres-Abonnement RM. gegen Voreinsendung im Brief oder P.-Sch. Stuttgart 2653 (k. ... v. Inseraten-Maurer, Stuttgart-S., Mittelstr. ... (Ortsvertreter gesucht!)

**„18 Rezepte",** Kernseife, ... lettenseifen, Schmierseife, flüss. Seife, Vaseline, Glyzerinseife, Scheuerpulver, Bohnerwachs, Schuhcreme, Klebstoffe, Lacke, Schmierfette, Masch.-Öle, Parfüm, Kautabakbeize usw. ... nen Sie selbst herstellen. Gegen Eins. v. 20 RM ... Brief od. Einschreiben ... Schäfer, (21b) Dortmund, Rückertstr. 20, Schließfach ...

**Charakteranalysen aus Handschrift** für jed. ... schaftl. od. persönl. ... von der Einstellung ... Mitarbeiters bis zur ... des Lebensgefährt. ... Grapholux, Institut ... Schriftforschung Dr. ... ser, (13b), Memmingen ... Prospekt.

**Leberwurst-Brotaufstrich** ... vorzügl. Geschmack ... mann überraschd., ... gebrauch eilf. u. billig ... Fleischm. selbst herstel... len. Rezepte geg. RM ... i. Brief d. H. Koch, ... gart-W (33), Schwab...

**Sie können Ihr Eigenheim im Rohbau selbst bauen!** ... stellen Sie sofort Plan... Arbeitsanweisg. „Eigen... durch Selbsthilfe" ... von RM. 35.— bei Zeit... büro für Bau- u. ... technik, Hamburg ... fach 1269 — Nr. ...

**Bei Husten, Asthma, ... rhen, Bronchitis,** die ... 20 Jahren bewährten ... **phoscalin-Tabletten"** ... letten 2,06 RM in den ... theken. Interessante ... schüren kostenlos d... Karl Bühler, Konstanz.

**„Der Schneider",** Fach... für das Schneiderhandwerk, soeben erschienen, ... nur im Abonnement ... RM 3.75. Fachzeitschrift ... Großhandelsunternehmen Hampel, Heidelberg, ... nengasse 20-24. Post... Karlsruhe 21790.